

ABSCHIED VON DER WELTREVOLUTION ?

Zur Entstehung und Entwicklung des revolutionären
Weltprozesses und der friedlichen Koexistenz im
Marxismus-Leninismus

Roman Vinzenz Lutzmann

1977

Abschied von der Weltrevolution?

Zur Entstehung und Entwicklung des revolutionären
Weltprozesses und der friedlichen Koexistenz im
Marxismus-Leninismus

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophie
an der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von

Roman Vinzenz Lutzmann
aus

Gundelfingen/Donau

W. & J. M. Salzer, München

1977

Referent: Universitätspräsident Prof. Dr.

Nikolaus Lobkowicz

Korreferent: Prof. Dr. Peter-Joachim Opitz

Tag der mündlichen Prüfung: 27.6.1977



Inhalt

Vorwort	II
I Theorie und Praxis der sozialen Revolution bei Marx und Engels	1
1 Mensch und Geschichte als revolutionäre Faktoren	
2 Die Entwicklung zur Weltrevolution	25
3 Marx und das revolutionäre Rußland	37
II Die sozialistische Revolution bei Lenin	60
1 Determinismus und Voluntarismus	
2 Koexistenz und revolutionäre Weltbewegung als außenpolitische Relation	79
III Sechzig Jahre Weltrevolution: Von der Koexistenz der Schwäche zur Koexistenz der Herausforderung	94
1 Der Aufbau des Sowjetimperiums	
2 Die Strategie des begrenzten Risikos	110
IV Die Intransigenz der "friedlichen Koexistenz" und des revolutionären Weltprozesses	123
1 Der Primat der staatsbürokratischen Ideologie	
2 Die Asymmetrie der "friedlichen Koexistenz"	141
V Wege zum Kommunismus	152
1 Das sozialistische Weltsystem	
2 Der proletarische Internationalismus	163
3 Die nationalen Befreiungsbewegungen	176
VI Abschied von der Weltrevolution?	183
Bibliographie	192

Vorwort

Die historische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg brachte es mit sich, daß sich der Kommunismus in Europa nicht mehr in der Form ausbreiten kann, wie dies vorher der Fall war. Die Gründe dafür sind verschiedenster Art. Die zweifelhafte Rolle Moskaus innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung, die wirtschaftlich-technische Revolution, die Drohung der atomaren Vernichtung usw. trugen dazu bei, die Weltrevolution als Überholt anzusehen. Die Tatsache, daß es den Kommunisten nicht gelang, in den sechzig Jahren seit Beginn der Weltrevolution die Erde in ihrem Sinn umzugestalten, bedeutet für viele ein Scheitern dieser Idee. Die Konzepte der Begründer des Marxismus-Leninismus werden als veraltet und nicht mehr in unser modernes Zeitalter passend abgetan und eine Weiterentwicklung in Frage gestellt.

Bedeuteten diese Schwierigkeiten, die der Verwirklichung sozialistischer Zielsetzungen im Wege stehen, die Aufgabe der Ideen Marx' und Engels', die Lenin modifiziert hat? Oder gelten jene Erwägungen der Revolutionstheorie und -praxis, welche die Revolutionen als Motor der Entwicklung ansehen und in der Überzeugung Lenins gipfeln, daß die sozialistische Revolution keinen einzelnen Akt, keine einzelne Schlacht, sondern eine ganze Epoche schärfster Klassenkonflikte darstellt, die der kapitalistischen Ausbeutung ein Ende bereiten werden?

Es ist die Aufgabe dieser an der Universität München eingereichten Dissertation dazu entsprechende Fakten aufzuzeigen, Zusammenhänge darzustellen und eine Antwort zu geben, wobei sich der Verfasser bewußt ist, daß die der marxistisch-leninistischen Ideologie immanente Unlogik eine endgültige Antwort nicht zuläßt.

I Theorie und Praxis der sozialen Revolution bei Marx und Engels

1 Mensch und Geschichte als revolutionäre Faktoren

Der Marxismus, dessen Entstehung nicht als das Werk eines einzelnen angesehen werden kann (die "Hauptverantwortung" liegt bei Engels als "unfreiwilligem Vater des Marxismus"), stellt ein Gedankensystem dar, das sowohl zu Lebzeiten seiner Begründer als auch heute noch zu verschiedenen Interpretationen Anlaß gab und gibt /1/. Die Ursachen für die komplexe Deutung sind vielfältiger Natur. So stiftete die Entwicklung vom frühen zum späten Marx und die Publizierung unbekannter Manuskripte einige Verwirrung, Prophezeiungen und irrtümliche Aussagen Marx' und Engels' trugen zu ideologischen Auseinandersetzungen bei.

Auch gelang es Marx, der die Revolution "in erster Linie als Theoretiker des Proletariats vorantreiben" wollte, nicht immer "seine praktischen Entscheidungen mit dem Grundpostulat seiner Theorie, dem Prinzip der proletarischen Selbstbefreiung" zu vereinigen /2/. Einsichtig scheint jedoch, daß Marx' Weltbild mit den sich als Marxismus verstehenden und sich auf ihn berufenden politischen Ideologien nicht mehr viel Gemeinsames hat.

Die Schwierigkeit, Marx' und Engels' Theorie der Revolution zu erfassen, beruht einerseits auf einer fehlen-

1) M. Rubel, Marx, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, 6 Bde., Freiburg i. Br. u.a. 1966-1972 (weiterhin zit. als SDG), Bd. 4, S. 303

2) Ebd. S. 303

den systematischen Darstellung ihrer Ansichten, andererseits auf einander sich widersprechenden Aussagen bei-der. So steht in der Marxschen Philosophie gegenüber der Engelschen ein "anthropologischer Radikalismus" gegen einen "evolutionären Naturalismus", die "Epistemologie der Praxis" gegen die "technologische Interpretation des Wissens", die "evolutionäre Eschatologie" gegen den "unbegrenzten Fortschritt" /3/. Marx unste-tes Wesen hat ein Übriges dazu beigetragen. So schrieb Ruge 1844 an Feuerbach: "... er vollendet nichts, er bricht Überall ab und stürzt sich immer von neuem in ein endloses Büchermeer" /4/.

Marx' humanistischer Ansatz hat mehr und mehr für jene Deutung Platz geschaffen, in seinem Denken eine "ideali-stische und revolutionäre Erlösungslehre" zu sehen /5/. Seine Ziele schienen von dem Bedürfnis getragen, "einen Weg zur Erlösung der Menschheit hier auf dieser Erde zu finden" /6/. Mit der kommunistischen Revolution war für Marx das Endstadium der Geschichte erreicht. Es bedeutete jedoch gleichzeitig einen neuen Anfang, weil alle Hindernisse, welche die Fähigkeiten des Menschen hemmten, beseitigt sein würden. Die Befreiung des Men-schen würde insofern vollkommen sein, als den schöpfe-rischen Bemühungen und der Entfaltung seiner Kräfte nichts mehr entgegenstehen würde /7/.

-
- 3) L. Kolakowski, Marxismus - Utopie und Anti-Utopie, Stuttgart u. a. 1974, S. 30 ff
 - 4) zit. n. M. Rubel, Marx-Chronik. Daten zu Leben und Werk, München 1968, S. 19
 - 5) R. C. Tucker, Karl Marx. Die Entwicklung seines Den-kens von der Philosophie zum Mythos, München 1963, S. 21 ff
 - 6) R. Löwenthal, Der romantische Rückfall. Wege und Irr-wege einer rückwärts gewendeten Revolution, Stuttgart u. a. 1970, S. 46
 - 7) L. Kolakowski, Marxismus - Utopie und Anti-Utopie, a.a. O., S. 35

Die gewaltige Kluft zwischen Vorgeschichte und kommunistischer Gesellschaft konnte jedoch nur durch einen revolutionären Sprung überwunden werden, weshalb die "Idee der Revolution nicht aus dem Marx-schen Denken wegzudenken ist" /8/. Dererlei Gedankengänge brachten Marx das Prädikat "Utopist" ein. Worin besteht nun aber der Unterschied zu seinen sozialistischen Vorläufern Charles Fourier, Louis Blanc usw.? Jene hatten den Sozialismus von der "zunehmenden Einsicht der Menschen in die moralische Verbindlichkeit sozialistischer Ideale" erhofft /9/. Dies war Marx zu wenig. Er wandte sich vom romantischen Utopismus ab und suchte für seine Ideen eine wissenschaftliche Fundierung. Marx fand sie in der Geschichte als einem Prozeß, dessen "Gesetze, Verlauf und Ziel" genau bestimmt werden können /10/. In der Geschichte erblickte er die Möglichkeit zur Verwirklichung der menschlichen Freiheit, die für ihn mit dem Kommunismus identisch war. So ist jene Erscheinung, die heute als "Kommunismus" bezeichnet wird, nicht die Gesellschaft, welche Marx und Engels verheißen haben, denn sie wollten den Menschen "seiner wahren Bestimmung" zuführen und trachteten danach, "alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" /11/.

8) Ebd. S. 35

9) D. Oberndörfer / W. Jäger, Marx - Lenin - Mao. Revolution und neue Gesellschaft, Stuttgart u. a. 1974, S. 9

10) Ebd. S. 9

11) K. Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: K. Marx - F. Engels, Werke, Berlin (Ost) 1959-1968 (weiterhin zit. MEW), Bd.1, S. 385

Im Mittelpunkt der Revolution, wie Marx sie auffaßt, steht der Mensch und die Geschichte. Die Analyse ihrer wechselseitigen Beziehungen auf wissenschaftlicher Basis war für ihn der Schlüssel für eine neue Zukunft.

Ausgangspunkt des revolutionären philosophischen Denkens von Marx und Engels war der deutsche Idealismus. Engels bemerkte dazu: "Wir deutschen Sozialisten sind stolz darauf, daß wir abstammen nicht nur von Saint-Simon, Fourier und Owen, sondern auch von Kant, Fichte und Hegel" /12/. Marx studierte zunächst die Philosophie Hegels, wobei er von einem "bewunderungswürdig großen und kühnen Plan seiner Geschichte der Philosophie" sprach, "von der überhaupt erst die Geschichte der Philosophie datiert werden kann" /13/. Die Bedeutung Hegels für Marx bestand darin, daß Marx erstmals das Problem der menschlichen Entfremdung und die Philosophie der Geschichte richtig bewußt wurde /14/. Hegel legte das Wesen der Geschichte als einen "Kampf auf Leben und Tod" dar /15/. Alle Mittel wie Werkzeuge und Maschinen wurden zu Zwecken, die Geschichte wurde von jedem Menschen gemacht und war in der Religion, Kunst und Philosophie gegenwärtig. Hegel war von "elementaren menschlichen Bedürfnissen ausgegangen" und gelangte "allmählich zu spekulativen Gedanken" /16/. Seine Geistigkeit bedeutete Überlegenheit über Natur und Umwelt, die jedoch durch die Tat bewiesen werden mußte.

12) F. Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Vorwort zur ersten deutschen Auflage (1882), in MEW, Bd. 19, S. 188

13) K. Marx, Die Doktordissertation. Vorrede, in: MEW Erg.- Bd. 1, S. 261

14) J. Hyppolite, Hegel, in: SDG, Bd.2, S.1212

15) Ebd. S. 1203

16) Ebd. S. 1204

Marx entwickelte seine Anthropologie aus den Gedanken Hegels. Der Mensch ist für ihn ein Wesen, das "sich erst zu dem machen muß, was es sein soll", das "arbeitende, sich durch seine eigene Arbeit produzierende Wesen" /17/. Bei Marx' Anthropologie fehlt der spekulative Hintergrund. Der Mensch wird nicht als Geisteswesen gesehen, er ist konkret. Die Entfremdung wird mit dem Proletariat, das potentiell die Befreiung des Menschen in sich trägt, verschwinden.

Hegel hatte die Geschichte als Selbsterhebung des Menschen, als Gottes eigene Selbstverwirklichung im Menschen selbst gesehen. Die Junghegelianer, zu denen sich Marx und Engels zählten, leiteten davon die "Idee der Einheit von Menschlichem und Göttlichem" ab /18/. Die Faszination, die Hegels Lehre auf Marx ausgeübt hatte, lag darin begründet, daß sie den Menschen von der Endlichkeit ins Unendliche hob, und der "Drang zur Gottähnlichkeit" als bewegende Kraft der Weltgeschichte dargestellt wurde /19/. So bedeuteten Hegels Gedanken eine Anleitung, mit der man die Göttlichkeit, das letzte Ziel des Menschen, erreichen konnte. Die Göttlichkeit mußte noch im Dasein erreicht werden durch die Verwirklichung der Philosophie, indem die "Philosophie sich der Welt zuwendet und praktisch wird" und alles Unwahre und Unphilosophische der Welt kritisiert /20/.

In einem Brief aus dem Jahr 1843 resümierte Marx das Ziel des "Wohin". Der Vorzug der neuen Richtung sei, daß man die Welt nicht "dogmatisch antizipiere", sondern aus der "Kritik der alten Welt die neue finden" wolle /21/. Marx erklärte dazu weiter: "Die Philosophie hat sich verweltlicht, und der schlagendste Beweis dafür ist, daß das philosophische Bewußtsein

17) Vgl. I.Fetscher, Von Marx zur Sowjetideologie, Frankfurt/Main 1972, S. 18

18) R.C. Tucker, a.a.O., S. 88

19) O. Rühle, Karl Marx. Leben und Werk, zit.n. Tucker, S.85

20) H. Fleischer, Marx und Engels. Die philosophischen Grundlagen ihres Denkens, München 1970, S. 16

21) K.Marx, Briefe aus den Deutsch-Franz.Jahrb., MEW1, S.344

selbst in die Qual des Kampfes nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich hineingezogen ist. Ist die Konstruktion der Zukunft und das Fertigwerden für alle Zeiten nicht unsere Sache, so ist desto gewisser, was wir gegenwärtig zu vollbringen haben, ich meine die rücksichtslose Kritik alles Bestehenden, rücksichtslos sowohl in dem Sinne, daß diese Kritik sich nicht vor ihren Resultaten fürchtet und ebensowenig vor dem Konflikte mit den vorhandenen Mächten" /22/. Dieses Denken implizierte für Marx eine Neuordnung der Welt, es bedeutete eine "weltrevolutionäre Folgerung" aus der Lehre Hegels und brachte eine Entwicklung in Gang, "die zur Geburt des Marxismus als der Lehre von der Weltrevolution führte" /23/.

Marx entwickelte die Revolutionsidee also aus dem bei den Linkshegelianern entwickelten Prinzip der Kritik. Ausgangspunkt war die Kritik des Überirdischen. Von dort gelangte man zur Kritik des Irdischen, der staatlich-rechtlichen Ordnungen und des ökonomischen Gesellschaftssystems. So ergab sich für Marx die Folgerung: "Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie ad hominem demonstriert, und sie demonstriert ad hominem, sobald sie radikal wird. Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen aber ist der Mensch selbst" /24/.

Marx' Hinwendung zur Praxis war durch seine Tätigkeit als Redakteur im Jahre 1842 begünstigt worden.

22) Ebd. S. 344

23) R.C. Tucker, a.a.O., S. 89

24) K. Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW Bd. 1, S. 385; vgl.

T. Schieder, Revolution, in: SDG Bd. 5, S. 709

Er hatte die spekulativen Höhen des Idealismus verlassen und gelangte durch die Konfrontation mit sozialen Problemen zu der Erkenntnis, daß die "Probleme des Humanismus, der Befreiung des Menschen, auf dem konkreten Boden der Geschichte ausgetragen werden müssen und nicht nur in der Welt der Gedanken" /25/.

Das Jahr 1843 bedeutete eine Wende. Marx unternahm die ersten Schritte, die Philosophie zu verweltlichen und sie konkret zu gestalten. In dieser Beziehung kritisierte er jetzt Feuerbach: "Feuerbachs Gedanken sind mir nur in dem Punkt nicht recht, daß er zu sehr auf die Natur und zu wenig auf die Politik hinweist. Das ist jetzt aber das einzige Bündnis, wodurch die jetzige Philosophie eine Wahrheit werden kann" /26/.

Marx beschäftigte sich nun intensiv mit dem Staat. In seiner beruflichen Praxis wurde er mit Beschränkungen der menschlichen Freiheit durch den preußischen Staat in Form der Pressezensur konfrontiert. Dies veranlaßte ihn, die Frage zu stellen, "ob die Preßfreiheit das Privilegium einzelner Menschen oder ob sie das Privilegium des menschlichen Geistes ist" /27/? Marx ließ in den "Debatten über die Preßfreiheit" lediglich die Kritik als Zensur gelten, die er als "Gericht" bezeichnete, "das sie aus sich selbst erzeugt" /28/. In heftigen Angriffen gegen die Regierung und die preußische Monarchie verglich er Deutschland mit einem "Schiff voll Narren", das man vielleicht "eine gute Weile vor dem Winde treiben lassen" kann, das aber seinem "Schicksal" entgegentreibt, "weil die Narren dies nicht glaubten. Dieses Schicksal ist

25) P. Vranicki, Geschichte des Marxismus, 2 Bde., Frankfurt/Main 1972, Bd. 1, S. 57

26) Marx an Arnold Ruge am 13. März 1843, in: MEW Bd. 27, S. 417

27) K. Marx, Die Verhandlungen des 6. rheinischen Landtags, in: MEW Bd. 1, S. 51

28) Ebd. S. 57

die Revolution, die uns bevorsteht" /29/.

Diese Revolution, die Marx' betont aufklärerisch-liberalem Denken vom Staat entsprach, sollte eine bürgerliche sein und die Monarchie stürzen. Mitte des Jahres 1843 war die Periode des "revolutionären Idealismus" für Marx vorbei /30/. Bereits 1837 hatte Marx danach getrachtet, eine Konzeption zu erarbeiten, die es nicht "mit der Proklamation eines idealen Sollens gegen die schlechte Wirklichkeit" bewenden lassen wollte /31/. Damals hatte er als Student an seinen Vater geschrieben: "Von dem Idealismus, den ich, beiläufig gesagt, mit Kantischem und Fichteschem verglichen und genährt, geriet ich dazu, im Wirklichen selbst die Idee zu suchen" /32/. In der Konfrontation mit den herrschenden Zuständen ging es nun darum, alle Kräfte zu mobilisieren, um die bestehenden Verhältnisse zu überwinden.

In einem Brief an Ruge rechnete er mit der preußischen Monarchie ab und trat für eine neue Welt ein, in der "das Selbstgefühl des Menschen, die Freiheit ... wieder zu erwecken wäre" /33/. Marx bezeichnete dabei Deutschland als "vollkommenste Philisterwelt", das Prinzip seiner Monarchie "ist der verachtete, der verächtliche, der entmenschte Mensch ..." /34/. Der "Übergang von der politischen Tierwelt zur Menschenwelt der Demokratie" ist das eigentliche Ziel: "Von unserer Seite muß die alte Welt vollkommen ans Tageslicht gezogen und die neue positiv ausgebildet werden. Je länger die Ereignisse der denkenden Menschenwelt Zeit lassen, sich zu besinnen, und der leidenden, sich zu sammeln, um so vollendeter wird das Produkt in die Welt treten, welches die Gegenwart in ihrem Schoße

29) K. Marx, Briefe aus den Deutsch-Französischen Jahrbüchern, in: MEW Bd.1, S. 338.

30) P. Vranicki, a.a.O., S.47

31) H. Fleischer, a.a.O., S.24

32) K. Marx, Brief an den Vater in Trier, 10. November 1837, in: MEW Erg.-Bd.1, S.8

33) K. Marx, Briefe aus den Deutsch-Französischen Jahrbüchern, a.a.O., S. 338

34) Ebd. S. 340

trägt" /35/.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1843 beschäftigte sich Marx vor allem mit historischen Studien, auch mit der Geschichte der Französischen Revolution. Werke von Rousseau, Montesquieu, Machiavelli, Hamilton, de Toqueville und de Beaumont beeinflussten seine Wendung zur materialistischen Geschichtsauffassung und zum Kommunismus /36/. Schon 1842 hatte Marx in der "Rheinischen Zeitung" die "europäische Wichtigkeit" des Kommunismus gegen die Augsburger "Allgemeine Zeitung" verteidigt /37/. Damals konnte er den "kommunistischen Ideen in ihrer jetzigen Gestalt nicht einmal theoretische Wirklichkeit zugestehen, also noch weniger ihre praktische Verwirklichung wünschen oder auch nur für möglich halten" /38/.

Durch die Publikation der "Deutsch-Französischen Jahrbücher" suchte Marx seinem Ziel, der Befreiung des Menschen, näherzukommen. Mit Hilfe eines uneingeschränkten Humanismus sollte die bestehende Ordnung unerbittlich kritisiert werden. Eine Demokratie, die mehr implizierte als den politischen Staat, sollte durch aktive Teilnahme an den politischen Kämpfen geschaffen werden. Ausgangspunkt dieses neuen Denkens sollten weder kommunistische noch sozialistische Dogmen sein, sondern eine Reform des Bewußtseins in Form der Analyse des unklaren religiösen oder politischen Bewußtseins /39/. Marx' neue Position war gekennzeichnet durch den Übergang zur Kritik der bürgerlichen Gesellschaft. Diese Kritik erfolgte aus sozialistisch-kommunistischer Perspektive: "Es hindert

35) K. Marx, Briefe aus den Deutsch-Französischen Jahrbüchern, a.a.O., S. 341

36) M. Rubel, Marx-Chronik, a.a.O., S. 17 f

37) K. Marx, Der Kommunismus und die Augsburger "Allgemeine Zeitung", in: MEW Bd. 1, S. 108

38) Ebd. S. 108

39) K. Marx, Briefe aus den Deutsch-Französischen Jahrbüchern, a.a.O., S. 344 f

uns also nichts, unsre Kritik an die Kritik der Politik, an die Parteinahme in der Politik, also an wirkliche Kämpfe anzuknüpfen und mit ihnen zu identifizieren. Wir treten dann nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit, hier kniee nieder! Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien. Wir sagen ihr nicht: Laß ab von deinen Kämpfen, sie sind dummes Zeug; wir wollen dir die wahre Parole des Kampfes zuschreiben. Wir zeigen ihr nur, warum sie eigentlich kämpft, und das Bewußtsein ist eine Sache, die sie sich aneignen muß, wenn sie auch nicht will" /40/. Bruno Bauers Schriften "Die Judenfrage" und "Die Fähigkeit der heutigen Juden und Christen, frei zu werden" gaben Marx Gelegenheit, "mit seiner politischen Vergangenheit als Verfechter eines Idealstaates zu brechen" /41/. Sein Artikel "Zur Judenfrage" beinhaltet Überlegungen zur religiösen, politischen und menschlichen Emanzipation, auch auf die Thematik der Menschenrechte kommt er zu sprechen /42/. Die Quintessenz dieser Überlegungen ist: Weder die religiöse noch die politische Emanzipation befreit den Menschen, dies kann nur die menschliche Emanzipation vollbringen. Diese kann aber nur durch die Abschaffung des Staates und des Geldes erreicht werden. Marx kritisierte an Bauer, daß er nicht das "Verhältnis der politischen Emanzipation" zur "menschlichen Emanzipation" untersucht habe, "daß er nur den 'christlichen Staat' nicht den 'Staat schlechthin' der Kritik unterwirft" /43/. Er suchte zu klären, ob die Religion neben der politischen Emanzipation weiterbestehen könne und kam schließlich zu dem Ergebnis,

40) Ebd. S. 345

41) M. Rubel, Marx-Chronik, a.a.O., S. 18

42) K. Marx, Zur Judenfrage, in: MEW Bd.1, S. 347 ff

43) Ebd. S. 350 f

daß das "Dasein der Religion das Dasein eines Mangels" ist, weshalb die "Quelle dieses Mangels nur noch im Wesen des Staates selbst gesucht werden" kann /44/. Die Religion wird nicht als Ursache, sondern nur als Erscheinung der weltlichen Mängel gesehen. Die religiöse Befangenheit der Staatsbürger wird aus ihrer weltlichen Befangenheit abgeleitet. Die Lösung des Problems sah Marx in der Aufhebung der irdischen Mißstände. Dazu schrieb er : "Wir behaupten nicht, daß sie (die Staatsbürger, R.L.) ihre religiöse Beschränktheit aufheben müssen, um ihre weltlichen Schranken aufzuheben. Wir behaupten, daß sie ihre religiöse Beschränktheit aufheben, sobald sie ihre weltliche Schranke aufheben ... Nachdem die Geschichte lange genug in Aberglauben aufgelöst worden ist, lösen wir den Aberglauben in Geschichte auf. Die Frage von dem Verhältnisse der politischen Emanzipation zur Religion wird für uns die Frage von dem Verhältnis der politischen Emanzipation zur menschlichen Emanzipation" /45/. Die politische Emanzipation bedeutete für Marx einen großen Fortschritt. Er bezeichnete sie als "letzte Form der menschlichen Emanzipation innerhalb der bisherigen Weltordnung", weil sie den Zerfall der alten Sozietät, deren Charakteristikum die feudale Ordnung war, implizierte /46/.

Die politische Revolution hat diese feudale Gesellschaft (Marx nennt sie hier "bürgerliche Gesellschaft") zerstört. Dadurch wurden die Menschenrechte geschaffen, die jedoch, wie sie in der amerikanischen und französischen Proklamation gefaßt sind, den "egoistischen Menschen" nicht überwinden, "wie er Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, nämlich auf sich, auf sein Privatinteresse und seine Privatwillkür zurückgezogenes und vom Gemeinwesen abgesondertes Individuum ist" /47/. Der

44) Ebd. S. 352

45) Ebd. S. 352

46) Ebd. S. 356

47) Ebd. S. 366

egoistische Mensch wurde die Voraussetzung des politischen Staates. Anthropologisch gesehen stellt die Trennung des politischen Staates von der Gesellschaft die Spaltung zwischen dem egoistischen "homme" und dem "abstrahierten, künstlichen citoyen" dar /48/. So bedeutet "alle Emanzipation ... Zurückführung der menschlichen Welt, der Verhältnisse auf den Menschen selbst. Die politische Emanzipation ist die Reduktion des Menschen einerseits auf das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, auf das egoistische unabhängige Individuum, andererseits auf den Staatsbürger, auf die moralische Person. Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, Gattungswesen geworden ist, erst wenn der Mensch seine 'forces propres' als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht"/49/.

Marx sah im Erlangen der menschlichen Emanzipation die revolutionäre Überwindung der entfremdeten politischen Sphäre. Der Mensch sollte seine eigenen Kräfte als gesellschaftliche Kräfte mobilisieren. In diesem Denken wurden theoretische Ansätze für die Überwindung der politischen Dimension und der Gedanken der Selbstverwaltung der Kommune erblickt /50/.

Marx' Position in den "Frühschriften" ist gekennzeichnet durch eine "Verbindung des Selbstbewußtseins mit der historischen Praxis", die die bisherige Philoso-

48) Ebd. S. 370

49) K. Marx, Zur Judenfrage, in: MEW Bd. 1, S. 370

50) P. Vranicki, Bd. 1, a.a.O., S. 89

phie aufhob /51/. Als Marx 1843/44 die "Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, Einleitung" schrieb, wurde ihm bewußt, daß die politische Emanzipation, hervorgerufen durch die bürgerliche Revolution, nicht zur Befreiung des Menschen geführt hatte und auch nicht führen würde.

Marx war von der Religionskritik Feuerbachs ausgegangen. Dieser hatte die Gottesvorstellung auf "Denken und Gesinnung des individuellen Menschen" zurückgeführt und das "Bewußtsein Gottes als ein Selbstbewußtsein des Menschen" verstanden /52/. Marx setzte anstelle von "Denken und Anschauung" das Selbstbewußtsein und die revolutionär-kritische Aktion. Dies kam 1845 besonders in der 4. These über Feuerbach zum Ausdruck: "Feuerbach geht von dem Faktum der religiösen Selbstentfremdung, der Verdoppelung der Welt in eine religiöse und in eine weltliche aus. Seine Arbeit besteht darin, die religiöse Welt in ihre weltliche Grundlage aufzulösen. Aber daß die weltliche Grundlage sich von selbst abhebt und sich ein selbständiges Reich in den Wolken fixiert, ist nur aus der Selbstzerrissenheit und Sichselbstwidersprechen dieser weltlichen Grundlage zu erklären. Diese selbst muß also in sich selbst sowohl in ihrem Widerspruch verstanden als praktisch revolutioniert werden ..." /53/.

Nach Marx Ansicht bot Deutschland zu dieser Zeit keine Möglichkeit zur Verwirklichung revolutionärer Ideen. Zwar waren die philosophischen, jedoch nicht die historischen Voraussetzungen gegeben. In Paris glaubte er die Voraussetzungen für ein revolutionäres Handeln gegeben. Von dort wollte er das Schicksal der Deutschen, die bevorstehende Revolution beeinflussen, weil Frankreich Deutschland und allen anderen europä-

51) I. Fetscher, Herkunft und Ausformung der marxistischen Religionskritik, in: SDG, Bd. 5, S. 605

52) Ebd. S. 603

53) K. Marx, Thesen über Feuerbach, in: MEW Bd.3, S. 6

ischen Staaten außer England historisch weit vorausgeschritten war. Dieser Vorsprung war bürgerlich-kapitalistischer und politisch-ökonomischer Natur. Ende 1843 hatte Marx mit ökonomischen Studien begonnen, was als eine "durch politische Einflüsse vermittelte Transformation der Hegelschen Philosophie ins Ökonomische" charakterisiert wurde /54/.

Wie bereits erwähnt, entsprang die Hinwendung des Marxschen Denkens zum Kommunismus dem Studium der Französischen Revolution und revolutionärer Denker. Es war beeinflusst von der Philosophie der Hinwendung zur Praxis. Die "Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie" war politisch gesehen das Ende Marx' revolutionär-demokratischer Periode. Von nun an machte er die "Sache des Proletariats zu seiner eigenen" /55/. Die "Antriebe zur politisch motivierten ökonomischen Analyse" wurden Ende 1844 "durch die Hoffnung auf eine gesamteuropäische politische Rebellion genährt" /56/. Marx wollte diese mit seiner Theorie vom Kommunismus in eine allgemeine Emanzipation des Proletariats umleiten, er scheiterte jedoch an der "utopischen Auslegung des geschichtlichen Trends auf Grund einer fehlerhaften ontologischen und erkenntnistheoretischen Basis sowie einer Fehleinschätzung objektiver Triebkräfte" /57/.

Die Abkehr von der primären Beschäftigung mit politischen Ideen und Institutionen im Jahre 1845 und die Hinwendung zur Analyse der ökonomischen Verhältnisse mündete mit dem Denken von Engels in der Konzeption der materialistischen Geschichtsauffassung. Der philosophische Ansatz dazu hatte gelautet: "Es ist also die Aufgabe der Geschichte, nachdem das Jenseits der

54) L.G. Bress, Kommunismus bei Karl Marx, Stuttgart 1972, S. 24

55) M. Rubel, Marx-Chronik, a.a.O., S. 18

56) L.G. Bress, a.a.O., S. 24

57) Ebd. S. 24

Wahrheit verschwunden ist, die Wahrheit des Diesseits zu etablieren" /58/.

In seiner Darstellung "Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten" beschrieb Engels die Bedeutung der Geschichtsauffassung für die europäische Arbeiterbewegung als eine "Bewegung der modernen unterdrückten Klasse, des Proletariats, als mehr oder minder entwickelte Formen ihres geschichtlich notwendigen Kampfes gegen die herrschende Klasse, die Bourgeoisie..."; wobei im Unterschied zu allen früheren Klassenkämpfen "das Proletariat seine Emanzipation nicht durchführen kann, ohne gleichzeitig die ganze Gesellschaft von der Scheidung in Klassen und damit von den Klassenkämpfen zu emanzipieren" /59/. Für Engels bedeutete Kommunismus nicht mehr "Ausheckung, vermittelt der Phantasie, eines möglichst vollkommenen Gesellschaftsideals, sondern: Einsicht in die Natur, die Bedingungen und die daraus sich ergebenden allgemeinen Ziele des vom Proletariat geführten Kampfs" /60/.

Marx' und Engels' Gedanken zur materialistischen Konzeption (etwa in der "Deutschen Ideologie") sind gekennzeichnet von der Überzeugung, auf empirischem Weg die materiellen Lebensbedingungen zu erforschen. Nicht was Geschichte ist, sondern wie sie sich ereignet, also Motivationen und Bedingungen der handelnden Kräfte stehen im Vordergrund. Die materialistische Geschichtsauffassung erhebt den Anspruch, die Entwicklung des "wirklichen Produktionsprozesses" zu zeigen, wobei der Ausgangspunkt die materielle Produktion des "unmittelbaren Lebens" ist /61/. Von der Produktionsweise hängt nun die bürgerliche Gesellschaft ab, sie wurde von ihr erzeugt und stellt in ihren verschiede-

58) K. Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW Bd. 1, S. 379

59) F. Engels, Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, in: MEW Bd. 21, S. 212

60) Ebd. S. 212

61) K. Marx und F. Engels, Deutsche Ideologie. I. Feuerbach, in: MEW Bd. 3, S. 28

nen Formen die Grundlage der gesamten Geschichte dar. Die Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Ideen kann nicht durch "geistige Kritik", sondern nur durch praktische Revolution der "wirklichen gesellschaftlichen Verhältnisse" vollzogen werden /62/. Die Revolution ist die "treibende Kraft der Geschichte" und damit auch der "Religion, Philosophie und sonstigen Theorie ..." /63/.

Wie entstehen aber Revolutionen? Marx und Engels sehen sie als Resultat eines in den Formen der Dialektik sich abspielenden Vorganges /64/. Dieser revolutionäre Prozeß weist verschiedene Faktoren auf, die ökonomischer, zivilisatorischer und politischer Natur sind. Den Ausgangspunkt bildet der ökonomische Faktor wenn auf einer "gewissen Stufe ihrer Entwicklung... die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder ... Eigentumsverhältnissen" geraten /65/. Die Eigentumsverhältnisse bewirken eine Trennung der Menschen in die Klasse der Ausbeuter und Ausgebeuteten. Deshalb wird die menschliche Geschichte zu einer Geschichte von Klassenkämpfen. Die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln ist daher das Ziel der künftigen Revolution. Ihr Träger ist das Proletariat. Der Prozeß des Klassenkampfes führt zur Abschaffung aller Klassen und zum Absterben des Staates, der als Instrument der Klassenherrschaft angesehen wird. Damit hat der Mensch auch die Entfremdung überwunden, er kann einsichtig und in Selbstverantwortung die Gesetzmäßigkeiten erkennen und sein Leben gestalten. Der Aspekt des historischen Materialismus als Theorie des gesetzmäßigen Geschichtsablaufes basiert auf der

62) Ebd. S. 38

63) Ebd. S. 38

64) T. Schieder, a.a.O., S. 710

65) K. Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort, in: MEW Bd. 13, S. 9

Überlegung, daß die Geschichte sich selbst aufgrund der in ihr wirksamen Kräfte revolutioniert /66/. Es stellt sich nun dazu die Frage, ob in diesem Zusammenhang auch noch ein revolutionärer Wille notwendig ist und worin die "subjektiv revolutionäre Aktion innerhalb eines objektiv ablaufenden Prozesses, der selbst als Revolution definiert wird," besteht /67/.

Marx und Engels haben sich darüber nicht ohne Widersprüche geäußert, weshalb diese Problematik die verschiedensten Auslegungen erfahren hat /68/.

Der zweite Aspekt der materialistischen Geschichtsauffassung ergibt sich mit der 11. These von Marx über Feuerbach: "Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt drauf an, sie zu verändern" /69/. Die Veränderung und Umgestaltung der bürgerlichen Welt bedeutete nicht nur eine ideelle, sondern auch eine praktisch-revolutionäre Überwindung. Die Philosophie hatte sich der menschlichen Existenz zuzuwenden. Diese wurde als unmenschlich angesehen, als ein Zustand der "Entfremdung" und "Selbstentfremdung" des Menschen /70/. Da sich laut Marx das ganze Leben des Menschen um die materielle Güterproduktion dreht, suchte er in ihr die Ursache der Entfremdung. In der "Deutschen Ideologie" ersetzte er den Begriff "Entfremdung" durch die "Teilung der Arbeit" /71/. "Und endlich bietet uns die Teilung der Arbeit gleich das erste Beispiel davon dar, daß, solange die Menschen sich in der naturwüchsigen Gesellschaft be-

66) T. Schieder, Revolution, a.a.O., S. 710

67) Ebd. S. 710

68) A.v. Weiss, Historischer Materialismus, in: SDG Bd.2, S. 1257

69) K. Marx, Thesen über Feuerbach, in: MEW Bd.3, S.7

70) Vgl. K. Marx, Zur Judenfrage, a.a.O., S. 360;

F. Engels und K. Marx, Die heilige Familie, in: MEW Bd. 2, S. 37;

K. Marx und F. Engels, Deutsche Ideologie. I. Feuerbach, a.a.O., S. 34

71) N. Lobkowicz, Entfremdung, in: SDG Bd.2, S. 152

finden, solange also die Spaltung zwischen dem besonderen und dem gemeinsamen Interesse existiert, solange die Tätigkeit also nicht freiwillig, sondern naturwüchsig geteilt ist, die eigne Tat des Menschen ihm zu einer fremden, gegenüberstehenden Macht wird, die ihn unterjocht, statt daß er sie beherrscht" /72/. Die historische Grundbedingung für die Aufhebung der Entfremdung sah Marx in der Überwindung des Privateigentums -also in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung- und in der Aufhebung der Arbeitsteilung schlechthin: "Die Verwandlung der persönlichen Mächte (Verhältnisse) in sachliche, durch die Teilung der Arbeit kann nicht dadurch wieder aufgehoben werden, daß man sich die allgemeine Vorstellung davon aus dem Kopfe schlägt, sondern nur dadurch, daß die Individuen diese sachlichen Mächte wieder unter sich subsumieren und die Teilung der Arbeit aufheben" /73/. Mit der Aufhebung der Arbeitsteilung besteht die Möglichkeit der individuellen Entwicklung. Es ist deshalb ein Charakteristikum der Revolution, die Arbeit zu beseitigen, da sie die Ursache der Entstehung der Gesellschaftsklassen ist. Mit ihrer Beseitigung verschwinden die Klassengegensätze und die Klassen selbst.

Marx hat den Versuch unternommen, in der "Deutschen Ideologie" die kommunistische Zukunftsgesellschaft zu skizzieren, wobei er meist historisch rückwärts schauend argumentierte und ein idyllisch-romantisch-antitechnisches Bild entwarf /74/. Demnach hat in der kommunistischen Gesellschaft keiner "einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit", sondern kann "sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden" /75/. Die Gesellschaft

72) K. Marx und F. Engels, Deutsche Ideologie. I. Feuerbach, a.a.O., S. 33

73) K. Marx und F. Engels, Deutsche Ideologie. Das Leipziger Konzil. III. Sankt Max, a.a.O., S. 374

74) A.v. Weiss, Historischer Materialismus, a.a.O., S.1253

75) K. Marx und F. Engels, Deutsche Ideologie. I. Feuerbach, a.a.O., S. 33

"regelt die allgemeine Produktion", wodurch sie "mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden" /76/.

Aus diesem Bild wird Marx' Utopie deutlich. Die durch die proletarische Revolution zu beseitigende Arbeit verwandelt sich in eine "allgemeine Produktion", die von der "Gesellschaft geregelt" wird /77/. Im "Kommunistischen Manifest" widerspricht Marx der Aufhebung der Entfremdung, wenn er antihumanitär "gleichen Arbeitszwang für alle" und "Errichtung industrieller Armeen", sowie die "Vermehrung der Nationalfabriken" fordert /78/. Von seinem Ideal der "Verwandlung der Arbeit" in "Selbstbestätigung", frei von gesellschaftlichen Zwängen und nach den individuellen Fähigkeiten sich frei entfaltender Persönlichkeiten hat er sich weit entfernt /79/.

Engels hat in einem Brief vom 11. März 1895 den historischen Materialismus als eine Anleitung zum Handeln verteidigt, als er schrieb, daß "die gesamte Weltanschauung von Karl Marx nicht eine Doktrin, sondern eine Methode ist, die keine fertigen Dogmen liefert, sondern Ausgangspunkte für weitere Forschungen und die Methode für ihre Bewältigung ist" /80/. Vergleicht man beide Aspekte der materialistischen Geschichtsauffassung miteinander, so ergibt sich die Frage, ob einer der beiden Aspekte eine Priorität besitzt und wenn ja, welcher. Dieses Problem sollte -wie noch auszuführen sein wird- für Lenin bedeutsam werden. Kautsky äußerte sich dazu 1927 diplomatisch: "Sie (die materialistische

76) Ebd. S. 33

77) Ebd. S. 33

78) K. Marx / F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW Bd. 4, S. 481

79) K. Marx und F. Engels, Deutsche Ideologie. I. Feuerbach, in : MEW Bd. 3, S. 68

80) A.v. Weiss, Historischer Materialismus, a.a.O., S.1254

Geschichtsauffassung, R.L.) lehrt uns am besten, nicht bloß die bisherige Geschichte erkennen, sondern auch die weitere Geschichte machen, ohne jegliche Mystik, gleich fern von tatlosem Abwarten des Kommenden wie von ungeduldigem Zerren an der Kette der Notwendigkeit ..." /81/.

Da die Entstehungsgeschichte des historischen Materialismus nicht geradlinig verlief, und Marx das System nirgends in geschlossener Form niedergeschrieben hat, wechselt auch die Priorität der Aspekte in den verschiedenen Schriften. Engels schrieb 1890 an Bloch: "Marx hat kaum etwas geschrieben, wo sie (die Theorie des historischen Materialismus, R.L.) nicht eine Rolle spielt" /82/. So wird in der "Deutschen Ideologie" das Kapitel über Feuerbach je nach ideologischem Standort zur Interpretation für einen ökonomischen Determinismus, Fatalismus oder pseudo-naturwissenschaftlichen Evolutionismus herangezogen oder als eine "in den allgemeinsten Zügen formulierte Theorie der sozialistischen Revolution", die man beachten muß, "wenn man ihre Anwendung auf die verschiedenen konkreten historischen Situationen untersucht" /83/.

Sowjetische Philosophen betonen den "wissenschaftlichen Charakter des historischen Materialismus" und "deuten ihn weit deterministischer, als Marx es je getan hat" /84/. Der Grund dafür ist darin zu sehen, daß z.B. eine "allzu große Betonung der Entfremdung ... den inneren Zwiespalt zwischen dem naturwissenschaftlich orientierten dialektischen Materialismus und der letztlich doch romantisch gearteten marxistisch-leninistischen Geschichtsauffassung aufdecken" würde /85/.

81) Zit. n. A.v. Weiss, Historischer Materialismus, a.a.O., S. 1254

82) MEW Bd. 37, S. 464

83) J. Jaroslawski, Theorie der sozialistischen Revolution, Hamburg 1973, S. 34

84) N. Lobkowicz, Entfremdung, in: SDG Bd. 2, S. 157

85) Ebd. S. 157

Die Notwendigkeit der Revolution hoben Marx und Engels am prägnantesten in einem Resümee im bereits oben erwähnten Kapitel über Feuerbach in der "Deutschen Ideologie" hervor. Danach wird durch die ökonomische Entwicklung eine Gesellschaftsklasse geschaffen, die zwar die Mehrheit der Bevölkerung darstellt und auch am meisten leisten muß, ohne jedoch die Früchte ihrer Mühen ernten zu können. Von dieser Klasse muß notwendigerweise der Gedanke der Revolution ausgehen, da die herrschende Klasse mit Hilfe des Staates als Herrschaftsinstrument den bestehenden Zustand erhalten will. Im Gegensatz zu den bisherigen Revolutionen, die lediglich eine äußere Umschichtung zustande brachten, etwa "eine neue Verteilung der Arbeit an andre Personen", wendet sich "die kommunistische Revolution gegen die bisherige Art der Tätigkeit", darüber hinaus wird die "Arbeit beseitigt und die Herrschaft aller Klassen" aufgehoben /86/. Für Marx und Engels ergab sich daher die Folgerung: "... daß sowohl zur massenhaften Erzeugung dieses kommunistischen Bewußtseins wie zur Durchsetzung der Sache selbst eine massenhafte Veränderung der Menschen nötig ist, die nur in einer praktischen Bewegung, in einer Revolution vor sich gehen kann; daß also die Revolution nicht nur nötig ist, weil die herrschende Klasse auf keine andre Weise gestürzt werden kann, sondern auch weil die stürzende Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden" /87/.

Die Konsequenz dieser Gedanken war für Marx die Fortführung intensiver Studien der politischen Ökonomie, die einen wesentlichen Bestandteil in seiner

86) K. Marx und F. Engels, Deutsche Ideologie. I. Feuerbach, a.a.O., S. 69 f

87) Ebd. S. 70

Geschichtskonzeption darstellte. Die Analyse des kapitalistischen Systems, die gleichzeitig ein revolutionäres Programm war und eine Anleitung zum Handeln, sollte ihn seinem Ziel, der Zerstörung der bürgerlich-kapitalistischen Ordnung, näherbringen. Marx' Determinismus bestimmte den Weg zum Kommunismus über die Bourgeoisie, denn die Bedingungen der "wirklichen Bewegung" des Kommunismus "ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung" /88/.

Nach seiner und Engels' Initiative zur Gründung eines Netzes von kommunistischen Korrespondenzkomitees im Frühjahr 1846 griff Marx auf einer Sitzung dieser Vereinigung in Brüssel den "sektiererischen Kommunismus von Weitling und den philanthropischen Kommunismus der 'wahren Sozialisten' an" /89/. Einem Bericht Weitlings an Moses Heß zufolge soll Marx geäußert haben: "Von der Verwirklichung des Kommunismus kann zunächst nicht die Rede sein; die Bourgeoisie muß erst ans Ruder kommen" /90/. Annenkov berichtete von derselben Diskussion, daß Marx es als "Betrug" bezeichnet habe, das "Volk aufzuwiegeln, ohne ihm solide Grundlagen für seine Tätigkeit zu geben" /91/.

In der "Misère de la philosophie" analysierte Marx die politisch-ökonomischen Probleme von einem neuen theoretischen Standpunkt aus. Die historische Schlußfolgerung dieser Überlegungen ergab sich aus dem Widerspruch, der zwischen der unterdrückten Klasse und den herrschenden Produktionsverhältnissen besteht. Diese Klasse muß in einer Revolution befreit werden. Dadurch wird der Widerspruch beseitigt, und neue soziale Verhältnisse können geschaffen werden. Die Schlußsätze des zu Beginn des Jahres 1847 verfaßten "Elend der Philosophie" implizieren eine unerbittliche Forderung

88) Ebd. S. 35

89) M. Rubel, Marx-Chronik, a.a.O., S. 22

90) Ebd. S. 23

91) Ebd. S. 23

nach der totalen Revolution:"Eine unterdrückte Klasse ist die Lebensbedingung jeder auf den Klassengegensatz begründeten Gesellschaft. Die Befreiung der unterdrückten Klasse schließt also notwendigerweise die Schaffung einer neuen Gesellschaft ein. Soll die unterdrückte Klasse sich befreien können, so muß eine Stufe erreicht sein, auf der die bereits erworbenen Produktivkräfte und die geltenden gesellschaftlichen Einrichtungen nicht mehr nebeneinander bestehen können. Von allen Produktionsinstrumenten ist die größte Produktivkraft die revolutionäre Klasse selbst. Die Organisation der revolutionären Elemente als Klasse setzt die fertige Existenz aller Produktivkräfte voraus, die sich überhaupt im Schoß der alten Gesellschaft entfalten konnten" /92/.

Marx verneint die Frage, ob es nach der Beseitigung der alten Gesellschaft die Herrschaft einer neuen Klasse geben wird, weil eben die Voraussetzung der Befreiung die Abschaffung jeder Klasse ist. Auch die "politische Gewalt" wird es nicht mehr geben, weil sie "der offizielle Ausdruck des Klassengegensatzes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist" /93/. Die Auseinandersetzung zwischen Proletariat und Bourgeoisie bedeutet für Marx "eine totale Revolution", die letztlich gewaltsam sein kann und auf "den Zusammenstoß Mann gegen Mann als letzte Lösung hinauslaufen kann" /94/. Die "gesellschaftlichen Evolutionen" werden erst dann "aufhören, politische Revolutionen zu sein", wenn es keine "Klassen und keinen Klassengegensatz" mehr gibt /95/.

92) K. Marx, Das Elend der Philosophie, in: MEW Bd. 4, S. 181

93) Ebd. S. 182

94) Ebd. S. 182

95) Ebd. S. 182

Ein Vergleich dieser Äußerungen über die Revolution mit späteren Aussagen ergibt, daß Marx und Engels die gewaltsame Revolution zunächst in den Vordergrund stellten. Erst in den siebziger Jahren wiesen sie mehr und mehr auf eine friedliche Entwicklung und Veränderung hin.

Zunächst jedoch implizierte die revolutionäre Überzeugung Marx' und Engels' eine verstärkte aktive Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Geschehen, dessen Ergebnis das "Manifest der Kommunistischen Partei" war.

2 Die Entwicklung zur Weltrevolution

Die nun folgende Zeit bedeutete für Marx und Engels eine praktische Weiterentwicklung der Dynamik, die zur Weltrevolution führen sollte. In den "Ökonomisch-philosophischen Manuskripten" hatte Marx auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß eine kommunistische Bewegung und eine kommunistische Weltrevolution unvermeidbar seien /1/. 1844 hatte er dazu festgestellt: "Um den Gedanken des Privateigentums aufzuheben, dazu reicht der gedachte Kommunismus vollständig aus. Um das wirkliche Privateigentum aufzuheben, dazu gehört eine wirkliche kommunistische Aktion. Die Geschichte wird sie bringen, und jene Bewegung, die wir in Gedanken schon als eine sich selbst aufhebende wissen, wird in der Wirklichkeit einen sehr rauen und weitläufigen Prozeß durchmachen" /2/. Im ersten Artikel des Programms, das der "Bund der Kommunisten" im Juni 1847 entwarf, wurde die unmißverständliche praktische Zielrichtung angegeben: "Der Zweck des Bundes ist der Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten, auf Klassengegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und die Gründung einer neuen Gesellschaft ohne Klassen und ohne Privateigentum" /3/.

Nach dem ersten Kongress überarbeitete Engels den Entwurf des von der Zentralbehörde des Bundes verfaßten "Kommunistischen Glaubensbekenntnisses". In dieser Schrift, später "Grundsätze des Kommunismus"

1) Vgl. R.C. Tucker, a.a.O., S. 193

2) K. Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte (1844), in: MEW Erg.-Bd. 1, S. 553

3) F. Engels, Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, in: MEW Bd. 21, S. 215

genannt, nahm Engels zur friedlichen Aufhebung des Privateigentums Stellung, wobei er darauf hinwies, daß "die Kommunisten ... bestimmt die letzten wären, "die sich dagegen auflehnen würden" /4/. Vielmehr betonte er, "daß Revolutionen nicht absichtlich und willkürlich gemacht werden, sondern daß sie überall und jeder Zeit die notwendige Folge von Umständen waren, welche von dem Willen und der Leitung einzelner Parteien und ganzer Klassen durchaus unabhängig sind" /5/. Den gewaltsamen Aufstand der Kommunisten sieht Engels dann als gerechtfertigt, wenn das "unterdrückte Proletariat zuletzt in eine Revolution hineingejagt" wird /6/. Zunächst vertrat er jedoch die Auffassung, daß das Privateigentum nicht auf einmal durch die Revolution beseitigt werden könne, das Proletariat sollte seine Herrschaft durch eine demokratische Verfassung direkt oder indirekt herstellen.

Auch Marx setzte seine ganze Hoffnung auf das Proletariat, dem die Aufgabe der Zerstörung alles Bestehenden aufgrund seiner Lage zufiel. In der Einleitung "Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie" hatte Marx die menschliche Emanzipation mit aller Radikalität gefordert. Ihre Kennzeichen sollten der Form nach eine soziale Revolution, dem Inhalt und aktiven Träger nach die Revolution des Proletariats sein /7/. Zur philosophisch-sozialistischen Theorie geselle sich die Praxis des Proletariats. Beide ergäben die Synthese, wonach die Philosophie sich nicht ohne die Aufhebung des Proletariats verwirklichen könne, das Proletariat aber zur Aufhebung unbedingt

4) F. Engels, Grundsätze des Kommunismus, in: MEW Bd.4, S. 372

5) Ebd. S. 372

6) Ebd. S. 372

7) K. Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW Bd. 1, S. 386; vgl. H. Fleischer, a.a.O., S. 28

die Verwirklichung der Philosophie brauche /8/. Die Herrschaft des Proletariats würde jedoch nicht Selbstzweck sein, sondern "nach einer kurzen, etwas knappen, aber jedenfalls moralisch sehr nützlichen Übergangszeit" die Bedingungen für eine klassenlose Gesellschaft ohne Staat vorbereiten /9/. Das Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft, in dem das Privateigentum durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel aufgehoben wird, ist gekennzeichnet durch die Herrschaft der "ungeheuren Mehrzahl" /10/. Die Verquickung von Bourgeoisie und Proletariat stellte eine Grundbedingung für das Gelingen der proletarischen Revolution dar, ihr Erfolg würde letztlich von einer Überwiegenden proletarischen Mehrzahl der Bevölkerung abhängen /11/.

Den historischen Konflikt zwischen Bürgertum und Proletariat zeigte Marx kurz vor der Februarrevolution, wobei er sich sowohl als ein äußerst revolutionärer Demokrat seiner Zeit erwies, als auch die Rolle eines politischen Erziehers des Bürgertums sich anmaßte /12/. Sein Artikel "Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral" vom 28. Oktober 1847 rechtfertigte das dem Liberalismus und der bürgerlichen Demokratie bewiesene Interesse im Sinne des historischen Materialismus: "Die Arbeiter wissen sehr wohl, daß die Bourgeoisie nicht nur politisch ihnen breitere Konzessionen machen muß als die absolute Monarchie, sondern daß sie im Dienst ihres Handels und ihrer Industrie wider ihren Willen die Be-

8) K. Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, a.a.O., S. 391

9) F. Engels, Einleitung zu Marx' "Lohnarbeit und Kapital", in: MEW Bd. 22, S. 209

10) K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW Bd. 4, S. 472

11) Vgl. N. Lobkowicz, Einleitung zu "Die Technik der Macht", Dokumente der Weltrevolution, Bd.5, hrsg. von H.v. Dahm und F. Kool, Olten u. Freiburg i. Br. 1974, S. 12

12) M. Rubel (Hrsg.), Marx/Engels: Die russische Kommune. Kritik eines Mythos, München 1972, S. 208 f

dingungen zur Vereinigung der Arbeiterklasse hervorruft, und die Vereinigung der Arbeiter ist das erste Erfordernis ihres Siegs. Die Arbeiter wissen, daß die Abschaffung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse nicht herbeigeführt wird durch Erhaltung der feudalen. Sie wissen, daß durch die revolutionäre Bewegung der Bourgeoisie gegen die feudalen Stände und die absolute Monarchie ihre eigne revolutionäre Bewegung nur beschleunigt werden kann. Sie wissen, daß ihr eigener Kampf mit der Bourgeoisie erst anbrechen kann an dem Tag, wo die Bourgeoisie gesiegt hat. ... Sie können und müssen die bürgerliche Revolution als eine Bedingung der Arbeiterrevolution mitnehmen. Sie können sie aber keinen Augenblick als ihren Endzweck betrachten" /13/.

Die Geschichte nahm jedoch einen anderen Verlauf, "die Revolution von 1848 entwickelte sich nicht einmal in radikal-demokratischer Richtung" /14/. Marx und Engels folgerten daraus, daß die Arbeiter sich nie wieder einer bürgerlich-demokratischen Bewegung anschließen dürften. Zukünftig sollten sie vielmehr ihre eigene Partei organisieren, die ihre eigenen Ziele verfolgen sollte. Nur so könnten die Arbeiter den Verlauf einer künftigen Revolution beeinflussen, ihr die nötige Durchschlagskraft vermitteln und die anderen Klassen zwingen, sich ihnen anzuschließen/15/. Damals waren beide noch der Ansicht, daß eine solche Arbeiterpartei schon in naher Zukunft sich an einer weiteren sozialen Revolution beteiligen könne. Als Grund für die Niederlage der Revolution ermittelten sie den wirtschaftlichen Aufschwung seit Mitte 1848. Marx und Engels waren jedoch überzeugt, daß dieser Aufschwung den unvermeidlichen Zusammenbruch des Ka-

13) K. Marx, Die moralisierende Kritik und die kritisierende Moral, in: MEW Bd.4, S. 352

14) N. Lobkowitz, Einleitung ..., a.a.O., S. 15

15) K. Marx/F. Engels, Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850, in: MEW Bd.7, S.248 ff

pitalismus nur kurz aufhalten könnte /16/. Die günstige wirtschaftliche Lage begrub danach ihre Hoffnungen auf den Zusammenbruch.

In den siebziger Jahren sollte das Denken von Marx und Engels hinsichtlich der Revolution sich mehr und mehr demokratischen Überlegungen zuwenden, als sie einen friedlichen Übergang zum Sozialismus ins Auge faßten. Dieses Abwenden vom ursprünglichen Konzept entsprang einer gewissen Revolutionsmüdigkeit, die der Geschichtsverlauf verursacht hatte. Sie hinderte Marx allerdings nicht daran, den Funken der Revolution von Zeit zu Zeit neu zu entfachen, wie das etwa in der "Kritik des Gothaer Programms" geschah: "Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt eine Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats" /17/.

In der politischen Theorie Marx' und Engels' nimmt die Revolution einen breiten Raum ein. Die Beschäftigung mit den "Lokomotiven der Geschichte", wie Marx die Revolutionen nannte, zieht sich von den vierziger bis neunziger Jahren durch das gesamte Werk /18/. Faßt man alle ihre Überlegungen zusammen, so ergibt sich, daß die soziale Revolution für sie nur unter bestimmten Voraussetzungen möglich war. Beide warnten davor, "dem revolutionären Entwicklungsprozeß vorzugreifen, ihn künstlich zur Krise zu treiben, eine Revolution aus dem Stegreif, ohne die Bedingung einer Revolution zu machen" /19/. Zu den

16) Ebd. S. 245

17) K. Marx, Kritik des Gothaer Programms, in: MEW Bd. 19, S. 28

18) K. Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich, in: MEW Bd. 7, S. 85

19) K. Marx/F. Engels, Rezensionen aus der "N.Rh.Ztg. Polit.-ökonom. Revue", in: MEW Bd. 7, S. 273

Bedingungen für das Gelingen der sozialen Revolution gehörte eine hohe Entwicklung des Kapitalismus, weil damit die materiellen Grundlagen geschaffen waren, die nach der Beseitigung des Kapitalismus für die zu verwirklichende klassenlose Gesellschaft "eine absolut notwendige praktische Voraussetzung" bedeuteten, weil ohne sie nur der Mangel verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendigste wieder beginnen und die ganze alte Scheiße sich herstellen müßte" /20/.

Eine zweite Bedingung der Revolution war die Verschärfung des Gegensatzes von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, also dem wirtschaftlich-technischen Stand der Entwicklung und den sozialen Verhältnissen, wobei die Eskalation so weit fortgeschritten sein mußte, daß eine gewaltsame Änderung der politisch-wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse den letzten Ausweg darstellte /21/. Schließlich kam dem Proletariat eine entscheidende Bedeutung zu. Für Marx ergab sich das Fazit, daß "eine radikale soziale Revolution an gewisse historische Bedingungen der ökonomischen Entwicklung geknüpft" ist /22/. Diese Bedingungen setzte er unbedingt voraus, eine Revolution war nur möglich, "wo mit der kapitalistischen Produktion das industrielle Proletariat wenigstens eine bedeutende Stellung in der Volksmasse einnimmt" /23/.

Engels warnte davor, die Revolution ohne ökonomische Voraussetzungen und entsprechende soziale Verhältnisse zu entfachen. Seiner Ansicht nach würde sie dann nur eine neue Diktatur schaffen. Am Beispiel des gescheiterten Revolutionärs Blanqui erläuterte er seine Theorie. Blanqui sei "des Glaubens" gewesen, "daß

20) K. Marx und F. Engels, Deutsche Ideologie. I. Feuerbach, in: MEW Bd. 3, S. 34 f

21) F. Engels, Flüchtlingsliteratur. V. Soziales aus Rußland, in: MEW Bd. 18, S. 556 f

22) Ebd. S. 633

23) K. Marx, Konspekt von Bakunins "Staatlichkeit und Anarchie", in: MEW Bd. 18, S. 633

eine kleine wohlorganisierte Minderzahl, die im richtigen Moment einen revolutionären Handstreich versucht, durch ein paar erste Erfolge die Volksmasse mit sich fortreißen und so eine siegreiche Revolution machen kann" /24/. Nach dem Gelingen der Revolution folge "die Notwendigkeit der Diktatur", allerdings nicht die Diktatur des Proletariats, "sondern der kleinen Zahl derer, die den Handstreich gemacht haben und die selbst schon im voraus wieder unter der Diktatur eines oder einiger wenigen organisiert sind" /25/. Wer denkt bei diesen Gedanken nicht unwillkürlich an die Oktoberrevolution und ihre Folgen! Engels hat sich hier als wahrer Marxist erwiesen.

Die Idee von der Diktatur des Proletariats glaubten Marx und Engels in der Pariser Kommune realisiert, die nach der Niederlage Frankreichs im Jahre 1871 sich nach einem Aufstand gebildet hatte, jedoch nur vom März bis Mai funktionsfähig war. Dazu schrieb Engels: "Wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats" /26/. Die revolutionäre Situation, welcher der Aufstand entsprungen war, war jedoch im Sinne der Revolutionsidee Marx' und Engels' höchst uncharakteristisch, weil sie infolge von Krieg und Belagerung, also weitgehend durch außenpolitische Einflüsse entstanden war /27/. Daß die Kurzlebigkeit der Pariser Kommune ein Charakteristikum des Kommunismus werden konnte, liegt zu einem guten Teil an der nachträglich in sie hineininterpretierten Überbewertung einer politischen Existenzform, die scheinbar alle bisherigen Schwierigkeiten des politischen Staates zu Überwinden schien.

Die Marxisten selbst hatten in der Kommune nur eine geringe Rolle gespielt, Marx hatte seine Freunde in

24) Ebd. S. 529

25) Ebd. S. 529

26) F. Engels, Einleitung zu Marx' "Bürgerkrieg in Frankreich", in: MEW Bd. 22, S. 199

27) H. Swoboda (Hrsg.), Die Pariser Kommune 1871, München 1971, S. 7

Paris vor der "Entfesselung einer Revolution gewarnt" /28/. Der Einfluß der Internationale in der Kommune war nicht allzu groß. Wenn Marx die Pariser Kommune als die "endlich entdeckte politische Form" beschrieb, "unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte", so entsprang diese Äußerung einer ersten Euphorie über den scheinbar geglückten Umsturz /29/. Die lange Jahre gehegten Revolutionserwartungen und die Gesetzmäßigkeit des historischen Materialismus schienen sich endlich zu erfüllen. Unter dieser Perspektive gewinnt die Pariser Kommune für Marx und Engels die Bedeutung eines "deus ex machina" der Revolution. Dies wird besonders deutlich, wenn man Marx' Feststellungen zwei Jahre vor seinem Tod über die Kommune als Ausnahme proletarischer Diktatur liest. In einem Brief schrieb er: "Sie werden mich vielleicht auf die Pariser Kommune verweisen; aber abgesehen davon, daß dies bloß Erhebung einer Stadt unter ausnahmsweisen Bedingungen war, war die Majorität der Kommune keineswegs sozialistisch, konnte es auch nicht sein"/30/.

Der Begriff "Weltrevolution", der sich in der Theorie des Kommunismus später zum "weltrevolutionären Prozeß" entwickelte, wurde von Marx nie, von Engels erst 1890 gebraucht /31/. Zwar stellten Marx und Engels 1850 fest, daß es "unser Interesse und unsere Aufgabe" ist, "die Revolution permanent zu machen", doch ging es ihnen dabei zunächst darum, daß die Bourgeoisie nicht die endgültige Aufhebung des feudalen Systems verhinderte /32/. Trotzdem legten beide das Fundament für dieses Konzept, weil sie überzeugt waren, daß eine so-

28) Ebd. S. 8

29) K. Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW Bd. 17, S. 342

30) K. Marx, Brief an Ferdinand Domela Nieuwenhuis. 22. Februar 1881, in: MEW Bd. 35, S. 160 f

* 31) I. Fetscher, Modelle der Friedenssicherung, München 1973², S. 104

32) K. Marx/F. Engels, Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850, a.a.O., S. 248

ziale Revolution nicht isoliert in einem Land stattfinden würde, sondern nur gleichzeitig in mehreren Ländern. Es ergab sich die Folgerung: "Die kommunistische Revolution wird daher keine bloß nationale, sie wird eine in allen zivilisierten Ländern, d.h. wenigstens in England, Amerika, Frankreich und Deutschland gleichzeitig vor sich gehende Revolution sein. Sie wird sich in jedem dieser Länder rascher oder langsamer entwickeln, je nachdem das eine oder das andre Land eine ausgebildeterere Industrie, einen größeren Reichtum, eine bedeutendere Masse von Produktivkräften besitzt. Sie wird daher in Deutschland am langsamsten, in England am raschesten und leichtesten durchzuführen sein. Sie wird auf die übrigen Länder der Welt eine bedeutende Rückwirkung ausüben und ihre bisherige Entwicklungsweise gänzlich verändern und sehr beschleunigen. Sie ist eine universelle Revolution und wird daher auch ein universelles Terrain haben" /33/.

Zunächst sahen beide die soziale Revolution "nur als die Tat der herrschenden Völker auf einmal" /34/ und als "vereinigte Aktionen, wenigstens der zivilisierten Länder" /35/. Die Revolution müsse dann "sofort den nationalen Boden ... verlassen und das europäische Terrain ... erobern, auf dem allein die soziale Revolution des 19. Jahrhunderts sich durchführen kann" /36/. Marx und Engels erwarteten somit eine Revolution, die gleichzeitig in den entwickelten Industrieländern stattfinden sollte, sie verneinten jedoch eine Gleichförmigkeit des Verlaufs: "... wir haben nicht behauptet, daß die Wege, um zu diesem

33) F. Engels, Grundsätze des Kommunismus, a.a.O., S. 374f

34) K. Marx und F. Engels, Deutsche Ideologie. I. Feuerbach, a.a.O., S. 35

35) K. Marx/F. Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, a.a.O., S. 479

36) K. Marx, Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, a.a.O., S. 19 und 34

Ziel zu gelangen, überall dieselben seien. Wir wissen, daß man die Institutionen, die Sitten und die Traditionen der verschiedenen Länder berücksichtigen muß" /37/. Zehn Jahre später hoffte Engels, daß der Sieg der sozialistischen Revolution in den Industriestaaten motivierend auf die weniger entwickelten Länder wirken würde: "Ist Europa erst reorganisiert und Nordamerika, so gibt das eine kolossale Macht und ein solches Exempel, daß die halb-zivilisierten Länder ganz von selbst ins Schlepptau kommen; das besorgen allein schon die ökonomischen Bedürfnisse" /38/.

Die Universalität der proletarischen Revolution war nach Marx' und Engels' Ansicht nötig, um eine Koalition von Bourgeoisien anderer Staaten auszuschließen. Ein solches Bündnis würde den Sieg der Revolution in einem Land zunichte machen. Außerdem bedeutete die Revolution die Emanzipation der Arbeiterklasse in der "ganzen Welt", was implizierte, daß sie "so universal ... wie die Herrschaft des Kapitals und die Lohnsklaverei" ist /39/. Den Beweis für die Notwendigkeit des internationalen Vorgehens sah Marx im negativen Sinn am Untergang der Pariser Kommune. Ihr fehlte "jenes Grundprinzip der Internationale: die Solidarität" und deshalb war sie zum Scheitern verurteilt /40/.

Marx bezeichnete die Solidarität als "lebensspendendes Prinzip unter sämtlichen Arbeitern aller Länder", das unbedingt erreicht und gefestigt werden mußte, um "das große Endziel, ... die Weltherrschaft des Proletariats" sicherzustellen /41/. Die Umwälzung

37) K. Marx, Rede über den Haager Kongreß, in: MEW Bd. 18, S. 160

38) Engels an Karl Kautsky. 12. September 1882, in: MEW Bd. 35, S. 358

39) K. Marx, Rede auf der Jahresfeier des "People's Paper" am 14. April 1856 in London, in: MEW Bd. 12, S. 4

40) K. Marx, Rede über den Haager Kongreß, a.a.O., S. 161

41) Ebd. S. 161

müsse solidarisch sein, das habe die Pariser Kommune bewiesen, die untergegangen sei, "weil es in allen Zentren, in Berlin, in Madrid etc. zu keinerlei großen revolutionären Bewegungen gekommen war, die dieser machtvollsten Erhebung des Pariser Proletariats ebenbürtig wären" /42/.

Marx und Engels sahen die Stunde des proletarischen Internationalismus im eigentlichen Sinn erst im Augenblick der proletarischen Revolution gekommen. Den genauen Zeitpunkt konnten sie nicht festlegen. Vielmehr mußte vorher das Bürgertum den Boden bereiten. Nationale Kämpfe, wirtschaftliche Expansion und die Auseinandersetzung mit dem Absolutismus war die historische Aufgabe der Bourgeoisie und sozusagen in den gewaltigen Rahmen des planetarischen Klassenkampfes gespannt /43/. 1858 hatte Marx an Engels geschrieben: "Die eigentliche Aufgabe der bürgerlichen Gesellschaft ist die Herstellung des Weltmarkts, wenigstens seinen Umrissen nach, und einer auf seiner Basis ruhenden Produktion. Da die Welt rund ist, scheint dies mit der Kolonisation von Kalifornien und Australien und dem Aufschluß von China und Japan zum Abschluß gebracht" /44/. Gleichzeitig hatte er jedoch auch eingeschränkt, ob die Revolution auf dem europäischen Kontinent nicht unterdrückt würde, weil die bürgerliche Gesellschaft auf einem "viel größeren Terrain eine aufsteigende Tendenz" zeige /45/.

Aufgrund dieser Unsicherheit nahmen Marx und Engels keine eindeutige Stellung zu der Frage, welche Aufga-

42) Ebd. S. 161

43) M. Molnar, Internationalismus, in: SDG Bd.3, S.275

44) Marx an Engels. 8. Oktober 1858, in: MEW Bd.29, S.360

45) Ebd. S. 360

be das Proletariat habe, solange die Emanzipation des Bürgertums noch nicht vollendet sei. Sie traten deshalb sowohl für eine demokratisch-proletarische Zusammenarbeit, als auch für eine selbständige internationale Aktion der Arbeiterklasse ein. Beide "akzeptierten auch die internationale Zurückhaltung der deutschen Arbeiterbewegung" und waren der Ansicht, daß die "Arbeiterbewegung ihre Schlachten überwiegend auf nationalem Boden auszufechten habe" /46/. Damit war jedoch das Ende des Internationalismus verknüpft. Seither und besonders zur Zeit der II. Internationale (1889-1914) "ist die Weltrevolution stets als koordinierte Aktion des Proletariats der fortgeschrittenen Länder, aber nicht mehr wie vorher als spontane Handlung der gesamten Arbeiterklasse in der ganzen Welt verstanden worden" /47/. Der offensiv gedachte Charakter des proletarischen Internationalismus ging verloren, nationale Parteien übernahmen die Führung, aus einem revolutionären internationalen Zentrum wurde eine beratende Institution. Der proletarische Internationalismus der siebziger Jahre wird mehr und mehr zum Zankapfel aller Schattierungen des Kommunismus: Seine dogmatische Interpretation wird von dem Land beansprucht, das nach der Oktoberrevolution in steigendem Maße die internationale Solidarität für nationale Machtgewinne mißbraucht hat.

46) M. Molnar, Internationalismus, a.a.O., S. 279

47) Ebd. S. 279

3 Marx und das revolutionäre Rußland

Marx' Theorie der Revolution stützte sich auf die Demokratie als historisch notwendige Entwicklungsphase, während der sich die Arbeiterklasse zum Endkampf für die Erlangung des Sozialismus vorzubereiten und zu organisieren habe. Die soziale Revolution sollte die Klassen und die Grenzen der Nationalstaaten beseitigen. Vorausgehen aber mußte der proletarischen Revolution eine demokratische, die, wenn sie nicht sofort in eine sozialistische umschlagen würde, doch zumindest eine internationale Ordnung herbeiführen sollte. Bei der Förderung der demokratischen Revolution verfolgten Marx und Engels verschiedene Ziele. So ging es ihnen dabei um den Kampf gegen Absolutismus und Reaktion, der sich vor allem im Kampf gegen den russischen Absolutismus manifestierte. Dieser Kampf sollte das "europäische China", also Österreich zerschlagen und zur Niederlage des reaktionären Preußen führen, beides waren Hauptthemen der "Neuen Rheinischen Zeitung" /1/. Der Krieg mit Rußland schien mit der deutschen Frage unlösbar verbunden. Wenn er nicht stattfände, bliebe Deutschland "an Rußland und die russische Politik geschmiedet" und solange könne man "den patriarchalisch-feudalen Absolutismus bei uns selbst nicht gründlich brechen" /2/.

Bei der Ausarbeitung der Konzeption der sozialen Revolution dachten Marx und Engels auch an Rußland. Ihre Ausführungen basierten auf der Überlegung, ob

1) Vgl. M. Molnar, Internationalismus, a.a.O., S.272 und M. Rubel, Marx-Chronik, a.a.O., S.29

2) K. Marx/F. Engels, "Neue Rheinische Zeitung". Die Polendebatte in Frankfurt, in: MEW Bd. 5, S. 333

in einem wirtschaftlich rückständigen Land mit Hilfe von Übergangsmaßnahmen die Gesellschaft sozialistisch reorganisiert werden könne /3/. Dabei gingen sie zunächst von einer erfolgreich verlaufenen Revolution in Europa aus und kamen zu dem Schluß, "unter Überspringung der ganzen kapitalistischen Periode" Rußland in eine sozialistische Gesellschaft zu überführen /4/. Marx selbst war niemals der Ansicht, daß seine Lehren auf Rußland anwendbar wären und protestierte gegen den Narodnik Michajlovskij, "meine historische Skizze von der Entstehung des Kapitalismus in Westeuropa in eine geschichtsphilosophische Theorie des allgemeinen Entwicklungsganges zu verwandeln, der allen Völkern schicksalsmäßig vorgeschrieben ist ..." /5/. Für Marx und Engels war die Revolution in Rußland identisch mit dem Sturz des zaristischen Absolutismus, weshalb sie sowohl als radikale Demokraten, als auch als revolutionäre Kommunisten dieses System leidenschaftlich bekämpften. In vielen Artikeln saß Marx "über die Westmächte zu Gericht, die gegen den Zarismus als letztes Bollwerk der europäischen Reaktion nur einen Scheinkrieg führten" /6/. Das europäische Rußlandbild dieser Zeit war geprägt durch die Politik der Heiligen Allianz, es war das Urbild der Autokratie und Welteroberung. Auch für Marx war Rußland ein Staat, der außerhalb Europas lag, dem es (zunächst) an innerer Entwicklung mangelte, der historisch zurückgeblieben war und machtpolitisch

-
- 3) W. Leonhard, Die Dreispaltung des Marxismus. Ursprung und Entwicklung des Sowjetmarxismus, Maoismus und Reformkommunismus, Düsseldorf und Wien 1975/2, S. 56
 - 4) F. Engels, Nachwort zu "Soziales aus Rußland", in: MEW Bd. 22, S. 426 f
 - 5) L.R. Schapiro, Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Frankfurt/Main 1962, S.16
 - 6) M. Rubel (Hrsg.), Marx/Engels, Die russische Kommune, a.a.O., S. 13

nach außen drängte. In diesem Zusammenhang verurteilte Marx das außenpolitische Verhalten der Westmächte Rußland gegenüber: "Die traditionelle Art jedoch wie Rußland diese Ziele verfolgt, verdient bei weitem nicht den Tribut der Bewunderung, den ihr die europäischen Politiker zollen. Der Erfolg dieser ererbten Politik ist zwar ein Beweis für die Schwäche der Westmächte, gleichzeitig aber dokumentiert sich in der stereotypen Gleichförmigkeit dieser Politik die innere Barbarei Rußlands.... Die russische Politik mag durch ihre traditionellen Ränke, Listen und Ausflüchte den europäischen Höfen imponieren, die selbst bloß in der Tradition begründet sind, den revolutionären Völkern gegenüber wird sie völlig versagen ... /7/. Für Marx und auch für Engels ging es zunächst darum, dieses Land mit allen Mitteln zu bekämpfen, die Revolution in Polen zu fördern und für ein freies Polen als Bollwerk des revolutionären Westens sich einzusetzen. Westeuropa hätte hinter diesem Schutzwall ungestört seine sozialistische Revolution vollziehen und somit Rußland als ein asiatisches Gebilde ausschließen können /8/. Erst als Marx sich selbst mit der ökonomischen Entwicklung Rußlands beschäftigte, als er entdeckte, daß es eine revolutionäre Bewegung gab, welche die Selbstherrschaft zu stürzen suchte, hoffte er auf die Revolution in Rußland selbst und glaubte, daß die Entwicklung des Kommunismus hin zum Weltmaßstab von dort ausgehen würde.

Am 29. April 1858 schrieb Marx an Engels: "Die Bewegung der Leibeigenenemanzipation in Rußland erscheint mir wichtig, sofern es den Anfang einer inneren Geschichte in dem Lande zeigt, die der traditionellen

7) K. Marx, Mißerfolg der Regierung - Mietdroschken - Irland - Russische Frage, in: MEW Bd.9, S.235 f.

8) H. Krause, Marx und Engels und das zeitgenössische Rußland, Gießen 1958, S. 13

auswärtigen Politik desselben in die Quere kommen mag" /9/. Während die Gegner der Leibeigenschaft unter Rußlands Herrschern sich mit einer Politik der allmählichen Erosion abfanden oder glaubten, daß sich früher oder später die Leibeigenschaft nicht mehr als lebensfähig erweisen und von selbst aufheben würde oder daß sie das Problem einfach an die nächste Generation weitergeben könnten, sah Alexander II. sich jedoch angesichts der im Krimkrieg erlittenen Niederlage gezwungen, Rußlands Zukunft -besonders die wirtschaftliche- durch Reformen zu sichern, deren Grundlage die Verbesserung der Situation der Bauern bilden mußte /10/. Im Jahre 1858 wurden die Reformen durch die Emanzipation der Kronbauern eingeleitet. Für August 1859 wurde eine Versammlung der adeligen Vertreter der Gouvernementskomitees einberufen. Aus diesem Anlaß fand es Marx "tröstlich, daß in Rußland die Revolution angefangen hat" /11/. Die "Zusammenberufung der 'Notables' nach Petersburg" betrachtete er als Beginn der russischen Revolution /12/. Gleichzeitig sah er eine Chance für die europäische Revolution. Marx schrieb in diesem Brief vom 8. Oktober 1858 an Engels weiter: "Es wird den Franzosen nichts schaden, wenn sie sehen, daß die Welt auch ohne sie 'mov't' (pennsylvanisch). Gleichzeitig sind außerordentliche Bewegungen unter den Slawen, namentlich in Böhmen, die zwar konterrevolutionär sind, aber doch Ferment der Bewegung bieten" /13/. Marx sah im Krimkrieg, der in seinen Augen

9) Marx an Engels in Manchester. 29. April 1858, in: MEW Bd. 29, S. 324

10) H.T. Willetts, Die russische Agrarfrage nach der Bauernreform, in: D. Geyer (Hrsg.), Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland, Köln 1975, S. 169

11) Marx an Engels. 8. Oktober 1858, in: MEW Bd. 29, S. 360

12) Ebd. S. 360

13) Ebd. S. 360

leider nur die Türkei und nicht etwa Rußland in Mitleidenschaft zog, die eigentliche Ursache für die Wendung dieser Dinge. Daß in Deutschland die revolutionäre Bewegung ganz von Frankreich abhängig war, rechnete er der Haltung Rußlands dazu an. Mit der "inneren Bewegung in Moskovy" würde dieser "schlechte Witz" aufhören /14/. Die schwierige Frage war für Marx nun die: Auf dem Kontinent stand nach seiner Meinung die Revolution unmittelbar bevor und würde dort auch sofort einen "sozialistischen Charakter" annehmen; würde sie aber nicht niedergeschlagen werden, weil ja hier auf einem viel größeren "Terrain" die Bewegung der bürgerlichen Gesellschaft noch im Ansteigen begriffen war /15/? Marx vermutete in der entstehenden Bourgeoisie Rußlands die Reaktion. Noch hatte er nicht das System der obščina analysiert. Erst später sollte der Mir in seinen Augen Rußland vor dem Kapitalismus retten und zum Ausgangspunkt einer kommunistischen Entwicklung im Weltmaßstab werden. Dies sollte aber zu einer Zeit geschehen, da die ersten Schüler Marx' in Rußland bereits überzeugt waren, daß ihr Land dem Kapitalismus nicht entrinnen könne.

Welche Bedeutung Karl Marx der Abschaffung der Leibeigenschaft mit revolutionären Mitteln beimaß, geht aus drei Artikeln -in der New-York Daily Tribune veröffentlicht- hervor. In dem Leitartikel vom 19. Oktober 1858 schrieb er von einer "ernsthaften Wendung" in der Frage der Leibeigenschaft, dem "außerordentlichen Schritt", den Zar Alexander tun mußte, "indem er eine Art allgemeiner Vertretung des Adels nach St. Petersburg berufen hat, um die Abschaffung der Leibeigenschaft zu beraten" /16/. Das entscheidende Hinder-

14) Marx an Engels. 8. Oktober 1858, in: MEW Bd 29, S. 360

15) Ebd. S. 360

16) K. Marx, Die Frage der Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland, in: MEW Bd. 12, S. 590

nis in dieser Frage erblickte er beim Adel. Zwar gab es darunter eine Minderheit, die für die Emanzipation der Bauern eintrat, zahlenmäßig war sie jedoch unterlegen und zerstritten. Dazu Marx: "In Wirklichkeit ist dieser offene Widerstand gegen die Emanzipation bzw. ihre lauwarne Unterstützung für die alten Anhänger der Leibeigenschaft nur zu natürlich. Fortfall der Einkünfte, Verminderung des Wertes ihres Grundeigentums und ernste Einschränkung der politischen Macht, an deren Ausübung sie sich gewöhnt haben, all die vielen kleinen Selbstherrscher, die sich um den großen Autokraten als Mittelpunkt drehen - das sind die unmittelbaren Folgen, die sie voraussehen; und man kann schwerlich von ihnen erwarten, daß sie sehr begeistert davon sind" /17/. Für die Besitzer der Leibeigenen ging es jedoch nicht nur um ökonomische Verluste. Der Adel besaß in den Leibeigenen auch ein politisches Druckmittel gegenüber dem Autokraten. Daraus folgerte Marx: "Vom Standpunkt der Großgrundbesitzer aus wird die Bauernbefreiung fast wie ein Verzicht auf ihre politische Macht betrachtet. Wenn die Leibeigenen erst einmal befreit sind, welche wirkliche Barriere bleibt dann den Großgrundbesitzern gegen die Willkür des Zaren" /18/? Marx sah seine Philosophie der Revolution bestätigt, wonach man die "unterdrückte Klasse nicht befreien kann, ohne der Klasse, die von ihrer Unterdrückung lebt, Schaden zu tun" /19/. In diesem Zusammenhang erinnerte er an Preußen, das erst von Napoleon unterdrückt werden mußte, ehe es an die Befreiung der Bauern dachte und an Österreich, wo die Revolution von 1848, sowie der Aufstand der Ungarn diese Frage lösen

17) K. Marx, Die Frage der Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland, in: MEW Bd. 12, S. 590

18) Ebd. S. 591

19) Ebd. S. 591

halfen /20/.

Was aber veranlaßte den Zaren zu seinem "außerordentlichen Schritt"? Für Marx war es genauso wenig wie bei den Versuchen Alexander I. und Nikolaus II. die Humanität, sondern die Staatsräson: "Alexander II. fogte nur dem Beispiel Alexander I., der während des Krieges gegen Napoleon die Bauern mit Versprechungen auf Befreiung vertröstete. Außerdem endete der verfloßene Krieg in einer schmachvollen Niederlage, zumindest in den Augen der Leibeigenen, von denen man nicht erwarten kann, daß sie sich in den Geheimnissen der Diplomatie auskennen. Und seine neue Herrschaft mit offensichtlichen Niederlagen und Demütigungen einleiten und dann die den Bauern während der Kriege gemachten Versprechungen brechen - einen solchen Schritt zu wagen war sogar für den Zaren zu gefährlich. Es ist zu bezweifeln, ob selbst Nikolaus, mit oder ohne Orientalischen Krieg, in der Lage gewesen wäre, diese Frage noch länger aufzuschieben. Alexander II. jedenfalls konnte das nicht, aber er nahm an - und die Vermutung war nicht ganz unbegründet -, daß die Adligen, die alle gewohnt waren, sich unterzuordnen, vor seinen Befehlen nicht zurückweichen und es sogar als Ehre für sich betrachten würden, wenn man ihnen mittels verschiedener Komitees gestattet, in diesem großen Drama eine Rolle zu spielen. Diese Berechnungen haben sich jedoch als falsch erwiesen. Andererseits begannen die Bauern, die Übertriebene Vorstellungen davon hatten, was der Zar für sie zu tun gedenke, die Geduld zu verlieren, als sie das langsame Vorgehen ihrer Herren erkannten" /21/.

Die Folgen der Verschleppungstaktik des Adels waren Bauernunruhen in einigen Teilen des Landes. Auch an

20) Ebd. S. 591. .

21) Ebd. S. 592

der Westgrenze waren Unruhen ausgebrochen, was viele Adelige veranlaßte, sich vom Land in die Städte zurückzuziehen, wo sie unter dem Schutz des Militärs vor Übergriffen der Leibeigenen sicher waren. Diese Ereignisse hatten Alexander II. dazu gebracht, "so etwas wie eine Ständeversammlung einzuberufen" /22/. Marx erblickte in der Zuspitzung dieser Geschehnisse das Fortschreiten der Revolution. Die Versammlung konnte Rußland an einen Wendepunkt seiner Geschichte führen, wenn nämlich die Adelligen ihre eigene politische Befreiung als Vorbedingung für die Befreiung ihrer Leibeigenen machen würden /23/.

Auch in dem umfangreichen Artikel "The Emanzipation Question" setzte sich Marx mit allem Nachdruck für die Bauernbefreiung ein. Er führte in diesem Artikel vom 17. Januar 1859 acht von zehn Grundprinzipien eines Dokuments auf, welches das Hauptkomitee für die Bauernfrage in Form von Vorschlägen dem Zaren vorgelegt hatte /24/. Danach sollte die Leibeigenschaft und alles, was mit ihr im Zusammenhang stand, abgeschafft werden, wobei nach 12 Jahren der Leibeigene das Gut verlassen können sollte, wenn der Gutsherr ihm nicht mindestens fünf Desjätinen Land zur persönlichen Bewirtschaftung geben würde. Die Dorfgemeinde sollte ihren Besitz an Immobilien behalten oder gegen Barzahlung verkaufen können. Falls bei der Aufteilung des Landes an die Bauern durch die Gutsbesitzer Grund und Boden nicht ausreichen würden, sollten diejenigen, welche durch Losentscheid kein Land bekommen, Pässe erhalten und gehen können, wohin sie wollten. Dafür und für Vergünstigungen (z.B. Beschaffung von Brennholz aus den Wäldern des Gutsbesitzers zu

22) Ebd. S. 592

23) Ebd. S. 592

24) K. Marx, über die Bauernbefreiung in Rußland, in: MEW Bd. 12, S. 673 ff

einem vorher abgesprochenen Preis) sollte der Bauer ein festgesetztes Maß an Frondiensten leisten. Persönliche Leibeigene sollten gegen Entgelt ihren Herren zehn Jahre dienen müssen, sich aber auch ihre Freiheit zu einem bestimmten Preis (300 Rubel für einen Mann, 120 Rubel für eine Frau) erkaufen können. Der Gutsbesitzer schließlich sollte das Oberhaupt der Dorfgemeinde bleiben und das Vetorecht gegenüber ihren Entscheidungen haben, gegen das nur eine gemischte Kommission von Adeligen und Bauern Berufung einlegen können sollte.

Marx sah in jedem Kapitel dieses Berichts "einen schmerzhaften materiellen Verlust für die Aristokratie" /25/. Da aber die russischen Adeligen mit 400 Millionen Silberrubel verschuldet waren, ergab sich daraus für Marx nur eine Konsequenz: Um nicht ruiniert zu werden, mußte der Adel sich der Befreiung der Bauern aus der Leibeigenschaft entgegenstellen. Wenn der legale Widerstand gegen den Herrscher nichts ausrichte, so müsse er "seine Zuflucht zu anderen wirkungsvolleren Mitteln nehmen" /26/.

Der zweite Teil des Artikels für die New-York Daily Tribune vom 17. Januar 1859 beschrieb den Widerstand der russischen Adeligen. Marx sah ihn zunächst in der "Verschleppung in ihren Kommissionen" /27/. Nachdem das Petersburger Adelskomitee dennoch in Zugzwang geraten war, forderte es ein Adelsparlament, das "gemeinsam mit der Regierung nicht nur die große Frage der Stunde, sondern alle politischen Fragen entscheiden sollte" /28/. So würden die Adeligen mit diesen eigennützigen Versuchen die "veraltete soziale Grund-

25) K. Marx, Über die Bauernbefreiung in Rußland, in: MEW Bd. 12, S. 676

26) Ebd. S. 678

27) Ebd. S. 678

28) Ebd. S. 679

lage unversehrt zu erhalten, ihren politischen Schwerpunkt" angreifen /29/.

Marx erläuterte sodann die Bauernbefreiung aus der Sicht des Zaren. Schon oft hatte die russische Regierung die Befreiung der Bauern "zwar nicht offiziell, so doch mit stillschweigendem Einverständnis des Kaisers, als Belohnung für den Patriotismus in Aussicht gestellt; die Männer, die das Heilige Rußland verteidigt hatten, könnten nicht länger als Sklaven behandelt werden" /30/.

Alexander II. sah sich gezwungen, nachdem schon unter Nikolaus durch mehrere Ukase die Macht der Adligen über die Leibeigenen eingeschränkt worden war, die Befreiung der Bauern durchzuführen. Für Marx war klar, daß der Adel sich dagegen sträuben würde. So prophezeihte er die Schreckensherrschaft der ~~Ber~~ Revolution. Er und Engels verglichen das zaristische Rußland häufig mit dem ancien regime in Frankreich /31/. Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn beide glaubten, daß das russische Volk die Wiederholung der Französischen Revolution in ihren zwei entscheidenden Phasen - 1789 und 1793, also den Sturm auf die Bastille und die Schreckensherrschaft - erleben müßten /32/. Zusammenfassend stellte Marx fest: "Wenn wir uns daran erinnern, daß die Erhebung der Leibeigenen gegen ihre Gutsbesitzer und Gutsverwalter seit 1842 zu einer Epidemie geworden sind, daß die Leibeigenen sogar laut offizieller Statistik des Ministeriums des Innern jährlich ungefähr sechzig Adlige ermordet haben, daß die Aufstände während des letzten Krieges stark zugenommen und sich in den

29) Ebd. S. 679

30) Ebd. S. 680

31) Vgl. C. Brinton, Die Revolution und ihre Gesetze, Frankfurt/Main 1959, S. 46 ff

32) M. Rubel (Hrsg.), Marx/Engels: Die russische Kommune, a.a.O., S. 13

westlichen Gebieten hauptsächlich gegen die Regierung gewendet haben (...), so kann es kaum einen Zweifel geben, daß der Versuch, die Vorschläge des Komitees zu verwirklichen, das Signal für eine gewaltige Feuersbrunst unter der Landbevölkerung Rußlands sein muß, sogar wenn sich der Adel der Emanzipation nicht widersetzt. Der Adel wird sich jedoch bestimmt widersetzen; der Kaiser, der zwischen Staatsnotwendigkeit und Zweckmäßigkeit hin- und hergeworfen wird, zwischen der Furcht vor den Adligen und der Furcht vor den wütenden Bauern, wird bestimmt schwanken, und die Leibeigenen, deren Erwartungen aufs höchste gespannt sind, werden sich in dem Glauben, daß der Zar auf ihrer Seite steht, aber nur von den Adligen zurückgehalten, sicherer denn je zuvor erheben. Und wenn sie dies tun, dann wird das russische 1793 anbrechen; die Schreckensherrschaft dieser halbasiatischen Leibeigenen wird etwas in der Geschichte noch nie Dagewesenes sein, aber sie wird der zweite Wendepunkt in der russischen Geschichte sein und schließlich eine wirkliche und allgemeine Zivilisation an die Stelle der trügerischen und unechten Zivilisation setzen, welche Peter der Große eingeführt hat" /33/.

Zu Beginn des Jahres 1860 hoffte Marx auf den Zusammenbruch in Europa. Er sah die Revolution nicht nur im Westen Fortschritte machen, auch im Osten glaubte er Umwälzungen von ungeheurem Ausmaß ihren Anfang nehmen zu sehen. In einem Brief an Engels in Manchester schrieb er am 11. Januar 1860: "Nach meiner Ansicht ist das Größte, was jetzt in der Welt vorgeht, einerseits die amerikanische Sklavenbewegung, durch Browns Tod eröffnet, andererseits die

33) K. Marx, Über die Bauernbefreiung in Rußland, in: MEW Bd. 12, S. 681 f

Sklavenbewegung in Rußland. Du wirst gesehen haben, daß der Adel in Rußland sich direkt auf konstitutionelle Agitation geworfen und zwei oder drei Leute aus den Hauptfamilien bereits nach Sibirien gewandert sind. Zugleich hat Alexander es mit den Bauern verdorben, indem in dem neuesten Manifest wörtlich erklärt wird, 'the communistic principle' müsse mit der Emanzipation aufhören. So ist die 'soziale' Bewegung im Westen und Osten eröffnet. Dies zusammen mit dem bevorstehenden downbreak in Zentraleuropa wird grandios werden" /34/.

Nach Karl Marx' Tod fand Friedrich Engels in seinem Nachlaß einen Brief an die Redaktion der Otečestvennyje Zapiski (Vaterländische Annalen) in Petersburg. In diesem Dokument aus dem Jahr 1877 prognostizierte Marx das Schicksal der obščina und die revolutionäre Umgestaltung Rußlands. Er hatte diesen Text nach dem Erscheinen des Artikels "Karl Marx vor dem Urteilsspruch des Herrn J. Šukovskij" verfaßt. Der Autor des Artikels war der Schriftsteller N. Michajlovskij, der im Sinne des Narodničestvo wirkte. Michajlovskij hatte sich mit den soziologischen und ethischen Problemen des "Kapital" befaßt, das als Marx' erstes Werk von Danielson ins Russische übersetzt und 1872 -von der Zensur genehmigt- gedruckt worden war. Šukovskij rezensierte das Werk in polemischer Weise. Darauf schrieb Michajlovskij mit Hilfe des Ökonomen N.J. Ziber eine wissenschaftlich verfaßte Widerlegung, die ebenfalls in den "Vaterländischen Annalen" erschien /35/.

Der Grund, warum Marx seinen Brief nicht bereits 1877 abgeschickt hatte, ist in seiner unmarxistischen Stellungnahme zum Problem der russischen Bauernkommune zu sehen, in der Sympathieerklärung für

34) Marx an Engels, nach dem 11. Januar 1860, in: MEW Bd. 30, S. 6

35) Vgl. M. Rubel (Hrsg.), Marx/Engels: Die russische Kommune, a.a.O., S. 49

den Narodničestvo. Seine Ausgangsposition, die später zum Streit zwischen den "Epigonen des sozialistischen Populismus und den Pionieren des russischen Marxismus" werden sollte, war die Frage, ob Rußland auf einem anderen Weg als dem des hochentwickelten Kapitalismus zum Sozialismus gelangen könne /36/. Marx warf in diesem Schriftstück dem von Michajlovs-kij zitierten A.I. Herzen vor, er habe die russische Dorfgemeinde nicht in Rußland, sondern in einem Buch des preußischen Regierungsrates Haxthausen "entdeckt", Herzen würde die russische Kommune nur als Vorwand nehmen, um das "verfaulte alte Europa durch den Sieg des Panslawismus" zu erneuern /37/. Marx kam zu dem Schluß: "Meine Einschätzung dieses Schriftstellers kann richtig oder falsch sein, aber sie kann in keinem Fall den Schlüssel liefern zu meiner Ansicht über die Bemühungen russischer Männer, für ihr Vaterland einen Entwicklungsgang zu finden, verschieden von dem, den das westliche Europa gegangen ist und geht'etc. Im Nachwort zur zweiten deutschen Auflage des 'Kapitals' -das der Verfasser des Artikels über Herrn Shukowski kennt, da er es zitiert- spreche ich von 'einem großen russischen Gelehrten und Kritiker' mit der Hochachtung, die er verdient: Dieser hat in bemerkenswerten Artikeln die Frage behandelt, ob Rußland, wie die liberalen Ökonomen verlangen, mit der Zerstörung der Bauerngemeinde anfangen und dann zum kapitalistischen System übergehen muß, oder ob es im Gegenteil, ohne die Qualen dieses Systems durchzumachen, sich alle Früchte desselben aneignen kann, indem es seine eignen geschichtlich gegebenen Voraussetzungen weiter entwickelt ... Das Resultat, wobei ich angekommen bin, ist dies: Führt Rußland fort, den Weg zu verfolgen,

36) Ebd. S. 49

37) K. Marx, Brief an die Redaktion der "Otetschestwennyje Sapiski", in: MEW Bd. 19, S. 107

den es seit 1861 eingeschlagen hat, so wird es die schönste Chance verlieren, die die Geschichte jemals einem Volk angeboten hat, um dafür alle verhängnisvollen Wechselfälle des kapitalistischen Systems durchzumachen" /38/.

Zwei Jahre vor seinem Tod beschäftigte sich Marx noch einmal mit der russischen Bauerngemeinde und der damit verbundenen revolutionären Umwandlung Rußlands. Die russische Revolutionärin Vera Zasulič hatte sich mit einem französischen Brief am 16. Februar 1881 an Marx gewandt. Sie gehörte einer Gruppe russischer Emigranten an, die in Genf lebten. Vera Zasulič hatte 1878 in Petersburg ein Attentat auf den Polizeibeamten Trepov verübt und ihn erschossen, weil er inhaftierte Studenten mißhandeln ließ /39/. Infolge des Drucks der öffentlichen Meinung wurde sie von einem Schwurgericht freigesprochen. Um der Verfolgung der Polizei zu entgehen, emigrierte sie in die Schweiz /40/. Bereits in den Jahren 1875/76 hatten sich verschiedene Gruppen der Narodniki zu der illegalen Partei "zemlja i volja" zusammengeschlossen. Streitigkeiten über die Einstellung zum Terror spalteten 1879 diese Partei /41/. Die Terroristen gründeten eine neue Organisation, die "narodnaja volja", während ihre Gegner ihre Gruppe "Černyj peredel" nannten. Dazu zählten sich Vera Zasulič, aber auch Pavel Aksel'rod und Georgij Plechanov, die Begründer des russischen Marxismus. In dem Brief wurde Marx gebeten, "seine Ansicht über das Schicksal der russischen Dorfgemeinde zu äußern" /42/.

38) Ebd. S. 107 f

39) A.B. Ulam, Die Bolschewiki, Vorgeschichte und Verlauf der kommunistischen Revolution in Rußland, Köln, Berlin 1967, S. 225

40) M. Rubel (Hrsg.), Marx/Engels: Die russische Kommune, a.a.O., S. 54

41) A.B. Ulam, a.a.O., S. 110 f

42) Vgl. MEW Bd. 19, S. 572

Vera Zasulič schrieb weiter, daß das Kapital in Rußland große Popularität genieße, obwohl sie zugeben müsse, daß es sich mit Rußland so gut wie gar nicht beschäftige /43/. Besonders hervorgehoben wurde in dem Schriftstück die Problematik der Agrarfrage und die Rolle der obščina. Weiter hieß es: "Sie wissen besser als jeder andere, wie außerordentlich dringend diese Frage in Rußland ist ... besonders für unsere russische sozialistische Partei ... In letzter Zeit hörten wir oft sagen, daß die Dorfgemeinde eine archaische Form ist, die die Geschichte ... zum Untergang verurteilt hat. Jene, die das prophezeihen, nennen sich ihre Schüler: 'Marxisten' ... Sie verstehen also, Bürger, inwiefern uns Ihre Meinung zu dieser Frage interessiert und welchen großen Dienst Sie uns leisten würden, wenn Sie ihre Ansichten über das mögliche Schicksal unserer Dorfgemeinde darlegten und über die Theorie der historischen Notwendigkeit, daß alle Länder der Welt alle Phasen der kapitalistischen Produktion durchlaufen" /44/.

Daß Marx diese Thematik sehr ernst nahm, beweisen vier Entwürfe für eine Antwort, wobei der letzte mit der abgeschickten -relativ kurzen- Antwort fast identisch ist. Marx ging es dabei wahrscheinlich weniger um die Revolutionäre, als vielmehr um die Bauernkommune und die Revolution in Rußland /45/. Er kam bei der Beantwortung der Anfrage hinsichtlich der Zukunft der obščina zu keiner klaren Antwort. Seine Briefentwürfe über den Mir zeigen, daß er die Widersprüche zwischen dessen System, der Wirklichkeit und den russischen Hoffnungen als zu gravierend sah /46/.

43) Vgl. M. Rubel (Hrsg.), Marx/Engels: Die russische Kommune, a.a.O., S. 55

44) Vgl. MEW Bd. 19, S. 572

45) K. Marx, Brief an V.I. Sassulitsch. Zweiter Entwurf, in: MEW Bd. 19, S. 397

46) H. Krause, a.a.O., S. 106

In den Entwürfen ging Marx zunächst auf das Entstehen der kapitalistischen Produktion ein. Er wies darauf hin, daß der geschichtliche Ablauf der "Expropriation der Ackerbauern" nur auf die Länder Westeuropas zutreffen würde /47/. Daraus ergab sich die eigentliche Fragestellung: Wie läßt sich diese Entwicklung auf Rußland anwenden, da dort im Gegensatz zu Westeuropa das Land niemals Privateigentum gewesen ist? Die Überlebenschance des Mir bestand nach Marx in der Evolution. Die Dorfgemeinde könnte, da Rußland nicht von der modernen Welt isoliert sei, sich "nach und nach von ihren primitiven Wesenszügen befreien" und die positiven Errungenschaften der kapitalistischen Produktion sich aneignen, "ohne ihre furchtbaren Wechselfälle durchzumachen" /48/. Einen weiteren Pluspunkt für die Entwicklung der russischen Gemeinde sah Marx in der Krise des Kapitalismus, "die erst mit seiner Abschaffung, mit der Rückkehr der modernen Gesellschaften zum archaischen Typus des Gemeineigentums enden wird ..." /49/. Die Chance der russischen Kommune bestand für Marx jedoch letzten Endes im "historischen Milieu", das sie umgab /50/. Die Vorteile des kapitalistischen Systems und die höhere Kultur des Westens, verbunden mit seiner Industrie und Technik sollten von der Kommune zu ihrem Vorteil übernommen werden. Diese Entwicklung sollte jedoch nicht den Übergang zum Privateigentum implizieren, sie sollte vielmehr im Gegenteil die Kollektivierung des Bodens herbeiführen. Die Notlage der Bauern zwang nach Marx' Ansicht zur Kollektivierung des Bodens und der Arbeit, außerdem würde die "physische Beschaffenheit des russischen

47) K. Marx, Entwürfe einer Antwort auf den Brief von V.I. Sassulitsch, in: MEW Bd. 19, S. 384

48) Ebd. S. 385

49) Ebd. S. 386

50) Ebd. S. 392

Bodens zu einer mit Hilfe von Maschinen betriebenen, in großem Maßstabe organisierten und auf genossenschaftlicher Arbeit beruhenden Landwirtschaft" geradezu einladen /51/. Die russischen Bauern würden nach Aufhebung der Lasten von der Methode der ständigen Wiederverteilung des Bodens abgehen. Bereits jetzt würden sie bei der Nutzung der ungeteilten Wiesen die kollektive Arbeitsweise durchführen, wozu auch ihr "Vertrautsein mit den Artelbeziehungen" beitrage /52/. Um jedoch die Dorfgemeinde vor dem Untergang zu retten, bedürfe es einer "russischen Revolution" /53/. Marx folgerte: "Wenn die Revolution zur rechten Zeit erfolgt, wenn sie alle ihre Kräfte konzentriert, um den freien Aufschwung der Dorfgemeinde zu sichern, wird diese sich bald als ein Element der Überlegenheit über die vom kapitalistischen Regime versklavten Länder entwickeln" /54/.

Aus Marx' Überlegungen ergibt sich, daß diese Revolution eine nichtproletarische sein würde. Die Kommune selbst und vielleicht die Intelligenz würden ihre Träger sein. Die Überlegenheit über die westlichen kapitalistischen Länder würde auf dem Gemeindenkommunismus als etwas typisch Russischem beruhen. Sie würde mit keiner europäischen Revolution vergleichbar sein, weil diese auf dem technischen Fortschritt begründet wäre.

Vergleicht man Marx' Gedanken mit seinem Axiom, wonach die zum höheren Kommunismus führende Revolution nur im Weltmaßstab möglich ist, und nur die Proletarier diese Revolution durchführen können, so wäre diese Revolution im Rußland des 19. Jahrhunderts eine eigenständige. Sie könnte dann nicht als Vorstufe

51) Ebd. S. 392

52) Ebd. S. 399

53) Ebd. S. 395

54) Ebd. S. 395

einer folgenden proletarischen Revolution betrachtet werden /55/. Damit entgeht Marx seinem marxistischen Schema, er läßt die Frage offen, bzw. nähert sich den Anschauungen der Narodniki, die die Kommune als Retter des zukünftigen Rußland sahen. Trotzdem bestanden natürlich Gegensätze: "Im Mittelpunkt des Denkens der Narodniki stand immer der bäuerliche Mensch und sein Wohl, bei den Marxisten das kalte Entwicklungsgesetz der Produktionsformen" /56/. Marx glaubte nicht, daß Rußland sich aus eigener Kraft entwickeln könne. Der Anstoß und die Überlegenheit in Form von Technik und Organisationsformen mußten aus dem Westen kommen, um eine Umgestaltung in die Wege zu leiten. Für Marx entstand daraus etwas spezifisch Russisches: die russische Revolution /57/. Marx und Engels warteten auf diese Revolution seit der Aufhebung der Leibeigenschaft und prophezeiten ihren Ausbruch sowohl bei den Bauern als auch beim Adel. Engels schrieb 1878: "... die russische Revolution steht vor der Tür, sie wird bald, vielleicht dieses Jahr ausbrechen; sie wird entgegen den Annahmen von Bakunin, von oben, im Palast, im Schoße des verarmten und frondierenden Adels beginnen. Doch einmal in Bewegung, wird sie die Bauern mitreißen, und ihr werdet dann Szenen sehen, denen gegenüber jene von 1793 verblassen werden. Ist einmal Rußland zur Revolution getrieben, dann wird sich das Antlitz von ganz Europa verändern" /58/. Diese Revolution sollte auch im Westen den Umschwung bringen. Ihre Wirksamkeit hing jedoch vom Intaktsein der obščina und von der gleichzeitigen Zerstörung des Kapitalismus ab. Die Geschichte hat Marx und Engels

55) K. Marx/F. Engels, Vorrede zur russischen Ausgabe des "Komm. Manifests", 1882, in: MEW Bd. 4, S. 576

56) H. Krause, a.a.O., S. 110

57) K. Marx, Entwürfe einer Antwort auf den Brief von V.I. Sassulitsch, in: MEW Bd. 19, S. 395

58) F. Engels, Die Arbeiterbewegung in Deutschland, Frankreich, den USA und Rußland, in: MEW Bd. 19, S. 115

nicht recht gegeben, ihre Erwartungen erfüllten sich nicht. Es fand keine Revolution statt, der Mir löste sich auf, und Rußland ging den Weg der in Europa fest eingewurzelten kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Daraus zog Engels 1894 den Schluß, daß Rußland den Weg des Kapitalismus gehen müsse, bis eine westliche europäische Revolution seine "Leiden" abkürze /59/.

Daß der Marxismus in Rußland verhältnismäßig spät zum Tragen kam, lag an Marx' materialistischem Determinismus und wohl auch an den Wandlungen, die sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts in der Marxinterpretation vollzogen. In der Mitte des Jahrhunderts war dialektisches Denken noch selbstverständlich gewesen. Die marxistische Geschichtstheorie schien unlösbar mit der Wirklichkeit verbunden zu sein. Nun machte sich eine mehr und mehr fatalistische Auslegung bemerkbar /60/. Die marxistische Theorie implizierte für alle Länder und Völker der Welt den gleichen Entwicklungsgang. Deshalb mußte auch in Rußland die westeuropäische Entwicklung nachvollzogen werden. Daß Marx für Rußland eventuell eine eigene Entwicklung in Betracht gezogen hatte, fiel dabei nicht ins Gewicht.

Die Beurteilung des Mir als Erscheinung der Frühgeschichte der Menschheit und seine Einschätzung als Grundlage jeder zukünftigen Ordnung in Rußland stehen in krassem Gegensatz zu vielen Aussagen Marx', z.B. seinen Ansichten im "Kapital". Vieles schien auf die reale Situation in Rußland überhaupt nicht anwendbar, wenn man etwa an die von Marx recht problemlos gedachte Übernahme kapitalistischer Errungen-

59) Vgl. H. Krause, a.a.O., S. 113

60) Ebd. S. 103

schaften durch die obščina denkt. Obwohl die Narodniki Marx als bedeutenden Sozialisten anerkannten, kam seine Lehre dem ethischen Idealismus und der großen Ungeduld eines großen Teils der russischen Jugend kaum entgegen /61/. Die Ermordung Alexanders II. im Jahre 1881 gab dem russischen radikalen Denken ein neues Bewußtsein. Da sie weder den Zerfall der Zarenregierung verursacht hatte, noch eine sozialistische Diktatur an die Stelle der Selbstherrschaft gesetzt hatte, bedeutete dies für viele Radikale das Scheitern, einen eigenen Weg zum Sozialismus unter Umgehung des Kapitalismus zu finden: "Während die Narodniki noch immer am Ideal eines russischen Sozialismus festhielten, glaubten andere, daß die marxistische Ansicht vom Kapitalismus als dem Stadium der sozialen Entwicklung, das dem Sozialismus vorausgehe, auch auf Rußland angewandt werden müsse" /62/.

Die in der Emigration lebenden und sich bekämpfenden sozialistischen Gruppen suchten sich zu einigen. Ehemalige Anarchisten und Populisten wandten sich dem wissenschaftlichen Sozialismus zu. 1882 schrieb Marx zusammen mit Engels auf die Initiative Plechanovs und das Ersuchen Lavrovs die "Vorrede zur zweiten russischen Ausgabe des 'Manifests der kommunistischen Partei'". Der populistische Literat P. Lavrov, der mit Marx und Engels befreundet war, trat hierbei als Mittelsmann zwischen den beiden Gruppen auf /63/. In dieser Vorrede ging Marx zunächst auf die Revolution von 1848/49 ein. Damals wurde der Zar als "Chef

61) G. Stökl, Russische Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 1973/3, S. 582

62) S.V. Utechin, Geschichte der politischen Ideen in Rußland, Stuttgart u.a. 1966, S. 187

63) Vgl. M. Rubel (Hrsg.), Marx/Engels: Die russische Kommune, a.a.O., S. 69

der europäischen Reaktion proklamiert" /64/. Nachdem er damals die europäischen Fürsten und die europäischen Bourgeois vor dem erwachenden Proletariat gerettet habe, bilde heute Rußland die "Vorhut der revolutionären Aktion in Europa" /65/. Marx setzte nun seine ganze Hoffnung auf das Land, das er zusammen mit Engels viele Jahre erbittert bekämpft hatte. Zu oft hatte er vom Westen erwartet, daß von hier die kommunistische Entwicklung zur Weltrevolution anwachsen würde. Der Westen hatte jetzt nur noch eine "ergänzende" Bedeutung. Allerdings machte Marx den Erfolg der Revolution -wie bereits in seinem Brief an Vera Zasulič dargelegt- von der Dorfgemeinde abhängig. Damals sah er die Kommune als "Stützpunkt der sozialen Wiedergeburt Rußlands" /66/. Man müsse "zuerst die zerstörenden Einflüsse, die von allen Seiten auf sie einstürmen, beseitigen und ihr sodann die normalen Bedingungen einer natürlichen Entwicklung sichern" /67/. Somit würde die Rettung der Kommune zu einem guten Teil vom Kapitalismus abhängen. Damit gelangte er wieder zum Ausgangspunkt seines Denkens, nämlich dem Westen, der letzten Endes über Erfolg oder Mißerfolg der Revolution den Ausschlag geben mußte: "In Rußland aber finden wir gegenüber rasch aufblühendem kapitalistischem Schwindel und sich eben erst entwickelndem bürgerlichen Grundeigentum, die größere Hälfte des Bodens im Gemeinbesitz der Bauern. Es fragt sich nun: Kann die russische Obschtschina, eine wenn auch stark untergrabene Form des uralten Gemeinbesitzes am Boden unmittelbar in die höhere des kommunistischen Gemeinbesitzes übergehn? Oder muß sie

64) K. Marx/F. Engels, Vorrede zur zweiten russischen Ausgabe des "Manifests der Kommunistischen Partei", in: MEW Bd. 19, S. 296

65) Ebd. S. 296

66) K. Marx, Brief an V.I. Sassulitsch, in: MEW Bd. 19, S. 243

67) Ebd. S. 243

umgekehrt vorher denselben Auflösungsprozeß durchlaufen, der die geschichtliche Entwicklung des Westens ausmacht? Die einzige Antwort hierauf, die heutzutage möglich, ist die: Wird die russische Revolution das Signal einer proletarischen Revolution im Westen, so daß beide einander ergänzen, so kann das jetzige russische Gemeineigentum am Boden zum Ausgangspunkt einer kommunistischen Entwicklung dienen" /68/.

Die Entscheidung fällte der russische Nationalökonom Orlov, der den wissenschaftlichen Nachweis erbrachte, daß die Kommune im Bezirk Moskau sich rasch zersetze /69/. Dies bedeutete, daß der Weg zum Marxismus in Rußland frei war. Für Marx mag es am Ende seines Lebens die "Ironie der Geschichte" gewesen sein, daß sich in Rußland eine solche Entwicklung anbahnte. Die "Beugung unter das eiserne Gesetz eines ökonomisch determinierten Geschichtsablaufes" fiel zunächst nicht leicht /70/. Plechanov schloß sich 1883 mit seinen Anhängern zu der marxistischen Gruppe "osvoboždenie truda" zusammen. 1880 hatte Marx Plechanov, Aksel'rod, Zasulič und andere Emigranten kritisiert, ehe sie mit ihm und Engels in Briefwechsel traten: "Sie - meist Leute (nicht alle), die freiwillig Rußland verlassen haben - bilden im Gegensatz zu den ihre Haut zu Markt tragenden Terroristen die sog. Partei der Propaganda: (Um Propaganda in Rußland zu machen- ziehn sie nach Genf! Welches Quidproquo!) Diese Herrn sind gegen alle politisch-revolutionäre Aktion. Rußland soll durch einen Salto mortale ins anarchistisch-kommunistisch-atheistische Millennium springen! Unterdes bereiten sie diesen Sprung vor durch ennuyanten Doktrinarismus, dessen sog. principes courent la rue depuis feu Bakou-

68) Ebd. S. 296

69) G. Stökl, a.a.O., S. 584

70) Ebd. S. 583

nine" /71/.

Die Gruppe, die sich durch Abspaltung aus der "Černyj peredel" gebildet hatte, begann den Kampf gegen den Narodničestvo vom streng marxistischen Standort aus. Sie machte es sich zur Aufgabe, die "russischen Verhältnisse und Geschehnisse marxistisch zu interpretieren, den Marxismus in Rußland zu propagieren und der Bildung einer marxistischen sozialdemokratischen Partei den Weg zu ebnen" /72/. Plechanov, der "starrste und doktrinärste aller führenden Marxisten seiner Zeit", unterschied sich von Marx durch die Behauptung, daß Rußland das kapitalistische Stadium durchlaufen müsse, bevor es den Sozialismus erreichen könne /73/. Die Rolle des Revolutionärs sah er in der richtigen Einschätzung der Geschichte: "Rußland ist in die Phase des Kapitalismus eingetreten, der Kampf des Proletariats gegen die kapitalistische Bourgeoisie ist damit unvermeidlich; aber noch steckt die kapitalistische Gesellschaftsordnung in den Anfängen, noch ist der Gegner schwach, je eher er angegriffen wird, desto leichter wird er zu schlagen sein ... Das Gebot der Stunde ist die Bildung einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei aus dem Industrieproletariat, das sich seiner historischen Lage und seiner historischen Chance bewußt geworden ist" /74/. Das Echo auf Plechanovs Bemühungen, die noch dazu aus dem Ausland kamen, war gering. Erst in der letzten Dekade des 19. Jahrhunderts, nachdem 1891 eine Hungersnot ausgebrochen war, und Streiks das Vorhandensein eines geringen Proletariats deutlich gemacht hatten, konnten marxistische Zirkel wirken. So wenig effektiv dieses Wirken auch war, schuf es doch die Voraussetzungen, daß Vladimir Il'ic Ul'janov seine Tätigkeit als marxistischer Revolutionär beginnen konnte.

71) Marx an Friedrich Adolph Sorge. 5. November 1880, in: MEW Bd. 34, S. 477

72) S.V. Utechin, a.a.O., S. 188

73) Ebd. S. 188 f

74) G. Stökl, a.a.O., S. 584

II Die sozialistische Revolution bei Lenin

1 Determinismus und Voluntarismus

Die zur Zeit mächtigste Ideologie, der Kommunismus, beruft sich sowohl auf Marx und Engels, als auch auf Lenin. Es wurde darauf hingewiesen, daß der Kommunismus näher daran ist, "eine Ideologie der de-classes zu sein, die aus diesem oder jenem Grund die bestehende Ordnung hassen lernten, oder die Ideologie einer herrschenden Partei, die allen sozialen Gruppen ihre Entscheidungen aufzwingt" /1/. Tatsache ist, daß die Kommunisten außerhalb des Westens dort an die Macht gelangten, wo sie es verstanden, die Überzeugungen der Menschen mit ihren eigenen zu identifizieren. Häufig schlüpften sie erst nach Erlangung der Macht aus ihrer Tarnkappe und verbreiteten ihre Lehren "extensiv" /2/. Wenn in der heutigen Zeit die Lehren des Marxismus-Leninismus in viel größerem Maße die Ideologie einer Elite als einer Klasse darstellen, so ist dies vor allem Lenin zuzuschreiben. Von der Theorie des organisierten und klassenbewußten Proletariats ausgehend, entwickelte er den Marxismus "auch als das Credo einer militanten und hochdisziplinierten Partei" /3/. Zwar glaubte Marx, daß die Arbeiter einer gewissen Organisation bedürften, doch war ihm dabei der Gedanke fremd, daß eine diktatorische Partei ihre Existenz und ihren Machtanspruch mit Hilfe seiner Lehren etablierte und manifestierte. Eine Ideologie umzupolen, um eine diktatorische Partei zusammenzuhalten, innere Gegner und äußere Feinde

1) J. Plamenatz, Ideologie, München 1972, S. 145

2) Ebd. S. 145

3) Ebd. S. 145

"rechtmäßig" zu beseitigen und anderen einen absoluten Willen aufzuzwingen, diese Konzeption entsprang in ihrer gesamten Konsequenz dem Denken Lenins, auch wenn versucht wird, sie marxistisch zu legitimieren. In Lenin erwuchs diese Vorstellung im Laufe von Jahren, wobei der Marxismus als zu entwickelnde Theorie die Basis bildete, und auch die Geschichte Chancen bot.

Die wichtigsten politischen Verwendungen dieser Ideologie, die Lenin und seine Epigonen im Namen des Marxismus ausgenützt haben, dienen folgenden Zwecken: "Man verwendet sie, um eine disziplinierte Gruppe zusammenzubringen und -zuhalten, die rasch wechselnde Umstände nutzen und dadurch Macht erlangen kann. Man benutzt sie, um die Menschen zu großen Opfern für Dinge zu veranlassen, die ihren Führern mehr bedeuten als ihnen selber. Man wendet sie an, um die Macht einer Regierung oder einer anderen organisierten Körperschaft außerhalb des Landes zu erweitern, in dem sie bereits herrscht. Und man verwendet sie innerhalb einer Partei oder einer anderen Organisation, um die Kontrolle darüber zu erlangen oder zu behalten" /4/. Dies impliziert die Konsequenz, daß es bei der Anwendung dieser Ideologie zu Komplikationen kommt. Wenn man in Erwägung zieht, was die Kommunisten in den letzten sechzig Jahren erreicht haben und was nicht, so erkennt man, wie die Anwendung zu Widersprüchen geführt hat, die schließlich nur durch die (diesem System immanente) Gewalt gelöst werden konnten. Die Theorie und Praxis der russischen Revolution ist untrennbar mit dem Namen Lenin verbunden, obwohl er und die Bol'seviki diese Revolution im Namen des Marxismus durchführten. Als Marx die Idee der proletarischen Revolution entwickelte, waren die Voraussetzun-

4) J. Plamenatz, a.a.O., S. 148

gen für ihr Gelingen noch nicht gegeben, denn das revolutionäre Charakteristikum des 19. Jahrhunderts war die unvollendete bürgerliche Revolution. Um eine soziale Revolution zu erreichen, mußte das Proletariat die bürgerliche Revolution und die Entwicklung des Kapitalismus vorantreiben. Für Lenin bedeutete dies, Marx' Lehre mit der tatsächlichen Entwicklung zu vereinen. Es ist bereits angeklungen, inwieweit Lenin orthodoxer Marxist war. Wie "stellte" er jedoch "Marx auf den Kopf", als er eine Modifizierung seiner und Engels' Ansichten auf Rußland praktizierte /5/? Mit seiner vorwiegend agrarischen Struktur und einem Kapitalismus, der, verglichen mit dem der westlichen Industriegesellschaften mehr als unterentwickelt war, lag Rußland historisch weit zurück und bot keinerlei Ansatzpunkte für eine proletarische Revolution streng marxistischer Prägung. Gewiß ist, daß Lenin den Marxismus "zum Leitfaden seines Handelns" machte, woraus sich die Folgerung ergibt, daß man ihn von zwei verschiedenen Ebenen beurteilen muß, nämlich als "Exponenten der marxistischen Theorie" und als "Mann der Tat, als revolutionären Marxisten" /6/.

Beide Aspekte schließen einander nicht aus. Dabei sollte man jedoch nicht vergessen, inwieweit die revolutionären Tendenzen des russischen 19. Jahrhunderts auf ihn gewirkt haben. Lenin selbst hat sich immer wieder als Marxist dargestellt, wenn er versicherte: "Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist. Sie ist in sich geschlossen und harmonisch, sie gibt den Menschen eine einheitliche Weltanschauung ... Sie ist die rechtmäßige Erbin des Besten, was die Menschheit im 19. Jahrhundert in Gestalt der deutschen Philosophie, der englischen politischen Ökonomie und des

5) D. Oberndörfer/ W. Jäger, a.a.O., S. 70

6) J.C. Rees, Lenin und der Marxismus, in: L. Schapiro (Hrsg.), Lenin, Stuttgart u.a. 1969, S. 38

französischen Sozialismus hervorgebracht hat ... Der historische Materialismus von Marx war eine gewaltige Errungenschaft des wissenschaftlichen Denkens"/7/. Und an anderer Stelle: "Auf dem Wege der Marxschen Theorie fortschreitend, werden wir uns der objektiven Wahrheit mehr und mehr nähern (ohne sie jemals zu erschöpfen); auf jedem anderen Wege aber können wir zu nichts anderem gelangen als zu Konfusion und Unwahrheit" /8/. Lenin betrachtete sich als autorisierten Interpreten des Marxismus und kämpfte, wo es ihm nötig schien, gegen Freund und Feind, um seine Anschauungen durchzusetzen, die auf nichts anderes als die Revolution abzielten. Marx und Engels dienten ihm dabei als ideologische Rückendeckung, die Dialektik rechtfertigte seinen revolutionären Trieb. Der Marxismus bot ihm genügend Spielraum für seine eigene Theorie, Strategie und Taktik der Revolution.

Lenin war zunächst einverstanden, als Plechanov "zum ersten Mal den Versuch machte, ein marxistisches sozialistisches Programm" für das unterentwickelte Rußland aufzustellen /9/. Das Minimalprogramm des Jahres 1903 enthielt jedoch auch Forderungen, die von Lenin bewußt durchgesetzt und in kapitalistische Bahnen gelenkt wurden, um die Bauern für sich zu gewinnen. So sollten die seit 1861 abgetrennten Landstücke an die Dorfgemeinschaft zurückgegeben werden, Ablösungszahlungen wegfallen und die Solidarhaftung im Gemeindeverband aufgehoben werden /10/. Die revolutionären Geschehnisse des Jahres 1905 veranlaßten ihn jedoch, mit der sozialen Entwicklung Schritt zu halten und eine "spezifische Version" des Plechanovschen Generalplans darzulegen, wobei er besonderen Wert auf die "objektive Bedingung", also den "Grad der ökonomischen Ent-

7) W.I. Lenin, Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, in: Lenin, Werke, Berlin (Ost) 1973/5 weiter zitiert LW), Bd. 19, S. 3

8) Zit. nach K.I. Sarodow, Der Leninismus - die Wissenschaft der Revolution, Prag 1974, S. 122

9) S.H. Baron, Plechanow, London 1963, S. 112

10) A.K. Wildman, Lenin, in: SDG Bd. 4, S. 11

wicklung Rußlands" und die "subjektive Bedingung", nämlich "Grad des Klassenbewußtseins und der Organisiertheit der breiten Massen des Proletariats" legte /11/. Lenin befürwortete eine grundlegende Neuverteilung des Bodens, wobei die individuelle Nutzung beibehalten werden sollte, um die kleinkapitalistischen Tendenzen zu stärken. Es galt, dem Proletariat eine starke Basis in Form einer demokratisch-konstitutionellen Republik zu geben, um einer möglichen Konterrevolution der Liberalen und der Großbourgeoisie entgegenzutreten. Aus diesen Überlegungen erwuchs die Konzeption einer revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft /12/. Gemäß der gesellschaftlichen Entwicklung ergab sich für Lenin das Fazit: "Ohne Klassenbewußtsein und ohne Organisiertheit der Massen, ohne ihre Schulung und Erziehung durch den offenen Klassenkampf gegen die gesamte Bourgeoisie kann von der sozialistischen Revolution keine Rede sein" /13/. Lenin wollte sein Ziel durch die Diktatur einer bewaffneten Erhebung gegen die anderen Klassen durchführen. Weil die rückständige russische Bourgeoisie die Revolution nicht zu Ende führen könne, müsse das Proletariat zusammen mit den Bauern dies tun. Dem russischen Kapitalismus sollte ein "amerikanischer Rhythmus" verliehen werden, um die Möglichkeiten für den Kampf um den Sozialismus zu vergrößern /14/.

Das Minimalprogramm des Jahres 1903, dessen Ziel die politische Demokratie war, verlangte eine Revolution in den Grenzen der Bourgeoisie. Wenn soweit

-
- 11) J.C. Rees, a.a.O., S. 42 f; vgl. W.I. Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, in: LW Bd. 9, S. 14
 - 12) W.I. Lenin, Zwei Taktiken ...a.a.O., S. 1 -130.
 - 13) Ebd. S. 15
 - 14) G. u. H. Weber, Lenin-Chronik. Daten zu Leben und Werk, München 1974, S. 65

Lenins Argumente noch mit den Forderungen des orthodoxen Marxismus übereinstimmten, so boten ihm doch die Dynamik zwischen materialistischer Gesetzmäßigkeit und dem revolutionären Willen des Individuums die Möglichkeit, seine Ungeduld um des revolutionären Endzieles willen zugunsten der voluntaristischen Perspektive zu verändern. Lenin näherte sich im Verlauf der revolutionären Ereignisse des Jahres 1905 der Theorie Trockijs von der permanenten Revolution. So sollte unter anderem im Zusammenhang mit der sozialistischen Revolution in Westeuropa die sozialistische Phase eingeleitet werden /15/. Abweichend von Trockij sah Lenin die Ziele der Revolution in Rußland nicht gleichzeitig als "bürgerlich-demokratisch" und "sozialistisch" /16/. In Anlehnung an Kautsky, der eine Anfrage Plechanovs über den Charakter der russischen Revolution von 1905 beantwortet hatte, erklärte Lenin: "Die Revolution in Rußland ist keine bürgerliche, denn die Bourgeoisie gehört nicht zu den Triebkräften der heutigen revolutionären Bewegung Rußlands. Die Revolution in Rußland ist aber auch keine sozialistische, denn sie kann das Proletariat auf keinen Fall zur Alleinherrschaft oder zur Diktatur bringen ... Der Sieg der jetzigen Revolution aber kann nicht der Sieg nur des Proletariats ohne Hilfe anderer Klassen sein ... 'Eine solche Interessengemeinschaft für die ganze Zeit des revolutionären Kampfes besteht aber nur zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft'" /17/. Lenins Ideologie, die in Wirklichkeit die Partei als Initiator und Verantwortlichen für die Revolution bestimmte und von der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus Abstand nahm,

15) L. Trotzki, Ergebnisse und Perspektiven. Die permanente Revolution, Frankfurt/Main 1971, S. 62

16) Ebd. S. 61 ff

17) W.I. Lenin, Vorwort zur russischen Ausgabe der Broschüre K. Kautskys, in: LW Bd. 11, S. 411 f

rief die orthodoxen Marxisten auf den Plan. So warf Plechanov den Bol'seviki "ihren antimarxistischen Voluntarismus vor, sowie auch ihren Wunsch, die unvermeidbaren Etappen der Geschichte zu überspringen" /18/. Es ist zweifelhaft, ob die Hauptideen, die Lenin in "Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" entwickelte, dazu ausreichen, seine Machtergreifung im Jahre 1917 marxistisch zu rechtfertigen.

Lenin änderte 1917 seine Revolutionstheorie kaum. Zwei Jahre vorher hatte er darauf hingewiesen, daß "das Kommen der proletarischen Revolution eben im Zusammenhang mit diesem Krieg" stünde, der "imperialistische Krieg" würde "die Ära der sozialen Revolution" eröffnen, weshalb es gelte, "das revolutionäre Bewußtsein der Arbeiter zu entwickeln, sie im internationalen revolutionären Kampf zu sammeln, jedes revolutionäre Auftreten zu fördern und die Umwandlung des imperialistischen Krieges zwischen den Völkern in den Bürgerkrieg anzustreben" /19/. Die Februarrevolution bedeutete für ihn den Beginn der sozialistischen Weltrevolution. Auf der sogenannten "Aprilkonferenz" wurde Lenins Programm des Übergangs zur zweiten Etappe der Revolution in Rußland angenommen. Dabei griff Lenin auf seine Theorie von 1905 zurück. Danach würde die Revolution, wenn sie sich weit genug nach links entwickelte, das Proletariat Westeuropas und im besonderen Deutschlands dazu bringen, sich zu erheben. Lenins Politik nach 1917 war auf die Erwartung der sozialistischen Revolution in Europa ausgerichtet. Die russische Revolution sollte ein Beispiel "in bezug auf die Form des Sowjetstaates und die revolutionäre Aktion, keinesfalls jedoch in bezug auf den Sozialismus vorbildhaft sein" /20/.

18)* L. Kolakowski, a.a.O., S. 40

19) W.I. Lenin, Resolutionsentwurf der linken Sozialdemokraten, in: LW Bd. 21, S. 350 f

20) A.K. Wildman, a.a.O., S. 13

Lenin handelte nach der Oktoberrevolution konsequent nach dem Prinzip der "Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg". So wurde der Vertrag von Brest-Litovsk in Erwartung einer europäischen und insbesondere einer deutschen proletarischen Revolution geschlossen. Die Ereignisse schienen Lenins Vermutungen zu bestätigen. Der Sturz des deutschen Kaisers, die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten und die Gründung einer kommunistischen Partei durch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht veranlaßten ihn, die Kommunistische Internationale zu gründen. Weltrevolutionäre Hoffnungen breiteten sich aus: "Die Bewegung geht so schwindelerregend vorwärts, daß man mit Gewißheit sagen kann: nach Jahresfrist werden wir bereits zu vergessen beginnen, daß es in Europa einen Kampf für den Kommunismus gegeben hat, denn nach einem Jahre wird ganz Europa kommunistisch sein" /21/. Der Zusammenbruch der kurzlebigen Räterepubliken in München und Ungarn, die den Revolutionsenthusiasmus genährt hatten und auch der Verlauf des russischen Bürgerkrieges boten jedoch der Komintern wenig Gelegenheit, die europäischen Angelegenheiten nachhaltig zu beeinflussen. Die 1920 eingeleitete "Bolschewisierung" der III. Internationale führte dazu, daß die deutschen Kommunisten im März 1921 zu dem verhängnisvollen Aufstand gezwungen wurden, der von den kommunistischen Führern als Funke für die Weltrevolution gedacht war, wobei die Sowjetunion gleichzeitig ihre eigene Krise am Ende des Bürgerkrieges meistern wollte /22/.

Die revolutionären Impulse, die auf Lenin einwirkten, sind in einem größeren Maß "ein Produkt der russischen revolutionären Tradition" /23/. Welche Beziehung be-

21) Sinoujev, in: Kommunistische Internationale, 1919, Nr. 1, S. XII, zit. nach D. Geyer, Kommunistische Internationale, in: SDG Bd. 3, S. 775

22) Ebd. S. 777

23) A.K. Wildman, a.a.O., S. 26

steht nun zwischen diesem Lenin und jenem marxistischen Prägung? Fest steht, daß er bereits auf dem revolutionären Weg war, als er zum ersten Mal mit Marx' und Engels' Schriften konfrontiert wurde/24/. Nach der Hinrichtung seines Bruders Alexander wegen der Beteiligung an einem Attentat auf den Zaren Alexander III. wuchs in dem Siebzehnjährigen ein ungeahnter Haß gegen das bestehende Regime. Lenin erwog "selbständig die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes" /25/. Dabei übten die russischen Revolutionäre einen großen Einfluß auf ihn aus, wobei er stets für die radikalsten unter ihnen eintrat. Die "Begegnung" mit Marx und Engels muß aus dieser Perspektive gesehen werden. Bei der Charakterisierung des Revolutionärs Lenin darf nicht vergessen werden, daß "zur Zeit als sein Bruder starb und bevor er noch ein Wort von Marx gelesen hatte, er "schon aus den menschlichen Lehren von Lawrow und Herzen als auch aus den dämonischen Visionen von Bakunin, Tkatschew und Netschajew" gelernt hatte/26/. Der zündende Funke, der von Marx' und Engels' Ideen sofort auf Lenin übersprang, als er 1888 in Kasan mit einem von N.E. Fedossejev organisierten marxistischen Zirkel in Berührung kam und das "Kapital" studierte, hatte zwei Berührungspunkte mit den Ansichten der russischen Radikalen /27/. Zunächst entsprach die "Negation der kapitalistischen Ordnung durch Marx Lenins gefühls- und erfahrungsmäßiger Ablehnung der bestehenden Ordnung", d.h. daß Marx mit "wissenschaftlichen Argumenten" beweisen konnte, was Lenin "nur empfand" /28/. Darüber hinaus "erkannte

24) D. Shub, Lenin, Wiesbaden 1957, S. 7 ff

25) N.K. Krupskaja, Erinnerungen an Lenin, Wien-Berlin 1929, S. 8

26) D. Shub, a.a.O., S. 28

27) G. und H. Weber, a.a.O., S. 9

28) G. Wagenlehner, Staat oder Kommunismus. Lenins Entscheidung gegen die kommunistische Gesellschaft, Stuttgart 1971/2, S. 28

Lenin im Marxismus sofort die revolutionäre Theorie, die er als geistige Plattform benötigte, um seine revolutionären Pläne wissenschaftlich zu untermauern" /29/. Lenin sah sich durch Marx vor allem in seiner Überzeugung bestätigt, daß die Revolution mit "absoluter Sicherheit" kommen müsse /30/. Marx bot ihm die ideelle Waffe für den politischen Kampf, woraus die Einheit der revolutionären Theorie mit der revolutionären Politik resultieren mußte. Lenin sah im Marxismus hauptsächlich die Rechtfertigung für die Eroberung der Macht. In seinem Aufsatz "Karl Marx" schrieb er darüber: "Sein Kampf gegen die Bourgeoisie, der sich in verschiedenen und immer inhaltsreicheren Formen äußert, wird unvermeidlich zum politischen Kampf, gerichtet auf die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat (Diktatur des Proletariats)" /31/.

Lenin ließ dabei außer acht, daß Marx' Theorie auch evolutionäre Tendenzen implizierte und die sozialistische Revolution auf das Engste mit der Entwicklung des Kapitalismus verband. So trat er allen Versuchen von Sozialdemokraten, Ökonomen und Men'se-viki wie Plechanov und Martov, den Marxismus als eine natürliche Bewegung anzusehen, entschieden entgegen. Dies brachte ihm den Vorwurf W. Men'sinskijs ein, "ein politischer Jesuit" zu sein, "der seit vielen Jahren den Marxismus dem Zweck des Augenblicks angepaßt hat" /32/.

Lenin berief sich stets darauf, daß Marx nur das Ziel angegeben habe und interpretierte dessen Theorie immer als eine "Anleitung zum Handeln" in Sinne Engels'. Während Marx "ein dreifaches Verhältnis

29) G. Wagenlehner, a.a.O., S. 28

30) Ebd. S. 28; vgl. Offizielle Lenin-Biographie, W.I. Lenin. Eine Biographie, Moskau 1960, S.15

31) W.I. Lenin, Karl Marx, in: LW Bd. 21, S. 60

32) Zit. nach D. Shub, a.a.O., S. 180

zwischen Theorie und Praxis" konzipierte und die Durchschlagskraft der Spontaneität im Geschichtsprozeß hervorhob, sah Lenin im Verhältnis von Theorie und Praxis die Legitimation eines Ziels /33/. Die Revolution als politisches Ziel wird durch eine entsprechende Philosophie legitimiert, "das revolutionäre Wollen begründet den Dialektischen Materialismus, nicht umgekehrt dieser das revolutionäre Wollen" /34/. Um sein Ziel zu erreichen, mußte Lenin von Marx' und Engels' gesellschaftlichen Determinanten abrücken und nach dem voluntaristischen Prinzip das Gewicht auf politische Faktoren legen /35/.

Nach der Oktoberrevolution faßte er seine Gedanken über die erfolgreiche Revolution zusammen: "Das Grundgesetz der Revolution, das durch alle Revolutionen und insbesondere durch alle drei russischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts bestätigt worden ist, besteht in folgendem: Zur Revolution genügt es nicht, daß sich die ausgebeuteten und unterdrückten Massen der Unmöglichkeit, in der alten Weise weiterzuleben, bewußt werden und eine Änderung fordern; zur Revolution ist es notwendig, daß die Ausbeuter nicht mehr in der alten Weise leben und regieren können. Erst dann, wenn die 'Unterschichten' das Alte nicht mehr wollen und die 'Oberschichten' in der alten Weise nicht mehr können, erst dann kann die Revolution siegen. Mit anderen Worten kann man diese Wahrheit so ausdrücken: Die Revolution ist unmöglich ohne eine gesamt nationale (Ausgebeutete wie Ausbeuter erfassende) Krise. Folglich ist zur Revolution notwendig: erstens, daß die Mehrheit der Arbeiter (oder jedenfalls die Mehrheit der klassenbewußten, denkenden, politisch aktiven Arbeiter) die

33) N. Lobkowitz, Theorie und Praxis, in: SDG Bd. 6, S. 427

34) Vgl. G. Wagenlehner, a.a.O., S. 223 (Anmerk. 34)

35) W. Leonhard, Die Dreispaltung des Marxismus ..., a.a.O., S. 76

Notwendigkeit des Umsturzes völlig begreift und bereit ist, seinetwegen in den Tod zu gehen; zweitens, daß die herrschenden Klassen eine Regierungskrise durchmachen, die sogar die rückständigsten Massen in die Politik hineinzieht (das Merkmal einer jeden wirklichen Revolution ist die schnelle Verzehnfachung, ja Verhundertfachung der Zahl der zum politischen Kampf fähigen Vertreter der werktätigen und ausgebeuteten Masse, die bis dahin apathisch war), die Regierung kraftlos macht und es den Revolutionären ermöglicht, diese Regierung schnell zu stürzen" /36/.

Lenin kam im Gegensatz zu Marx und Engels zu der Überzeugung, daß infolge einer ungleichen ökonomischen und politischen Entwicklung "der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist" /37/. Das "siegreiche Proletariat dieses Landes" würde sich dann "der kapitalistischen Welt entgegenstellen" und nach der Befreiung der "unterdrückten Klassen" notfalls mit "Waffengewalt gegen die Ausbeuterklassen und ihre Staaten vorgehen" /38/. 1916 kam Lenin zu dem Ergebnis, daß infolge der ungleichen Entwicklung der Warenproduktion der Sozialismus nicht gleichzeitig in allen Ländern siegen könne und deshalb manche "für eine gewisse Zeit bürgerlich oder vorbürgerlich bleiben" müßten /39/.

Als Lenin 1905 die Theorie aufstellte, daß auch ein ökonomisch zurückgebliebenes Land zu einer sozialistischen Revolution fähig sei, ging er -wie bereits erwähnt- von der bürgerlich-demokratischen Revolution aus. Für die Kommunisten galt es, womöglich die Führung

36) W.I. Lenin, Der "linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: LW Bd. 31, S. 71 f

37) W.I. Lenin, Über die Lösung der Vereinigten Staaten von Europa, in: LW Bd. 21, S. 345

38) Ebd. S. 345 f

39) W.I. Lenin, Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, in: LW Bd. 23, S. 74

zu übernehmen und vor der Abkühlung der Massen diese Revolution in eine sozialistische Überzuführen: "Von der demokratischen Revolution werden wir sofort, und zwar nach Maßgabe unserer Kraft, der Kraft des Klassenbewußten und organisierten Proletariats, den Übergang zur sozialistischen Revolution beginnen. Wir sind für die ununterbrochene Revolution. Wir werden nicht auf halbem Wege stehenbleiben" /40/. Es kam also darauf an, im richtigen Augenblick einzugreifen, d.h. eine revolutionäre Situation auszunutzen. Durch ein Hinüberwachsen einer bürgerlich-demokratischen in eine sozialistische Revolution konnte dann auch eine entschlossene Partei in dem Land eine Revolution durchführen, in dem die von Marx und Engels angeführten sozialen und ökonomischen Voraussetzungen nicht vorhanden waren. Ein Umsturz war "ohne revolutionäre Situation unmöglich", wobei jedoch "nicht jede revolutionäre Situation zur Revolution" führen mußte /41/. Eine revolutionäre Situation war für Lenin gegeben, wenn es "für die herrschenden Klassen unmöglich ist, ihre Herrschaft unverändert aufrechtzuerhalten" ..., weil durch "eine Krise der Politik der herrschenden Klasse" ... ein "Riß" entsteht, "durch den sich die Unzufriedenheit und Empörung der unterdrückten Klassen Bahn bricht", wenn "die Not und das Elend der unterdrückten Klassen" sich "über das gewöhnliche Maß hinaus" verschärfen /42/. Für Lenin ergab sich daraus: "Infolge der erwähnten Ursachen steigert sich erheblich die Aktivität der Massen, die sich in der 'friedlichen' Epoche ruhig ausplündern lassen, in stürmischen Zeiten dagegen sowohl durch die ganze Krisensituation als auch durch die 'oberen Schichten' selbst zu selbst-

40) W.I. Lenin, Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Bauernbewegung, in: LW Bd. 9, S. 232

41) W.I. Lenin, Der Zusammenbruch der II. Internationale, in: LW Bd. 21, S. 206

42) Ebd. S. 206

ständigem historischen Handeln gedrängt werden" /43/. Eine Revolution gelingt jedoch nur dann, wenn "zu den oben aufgezählten objektiven Veränderungen noch eine subjektive hinzukommt, nämlich die Fähigkeit der revolutionären Klasse zu revolutionären Massenaktionen, genügend stark, um die alte Regierung zu stürzen (oder zu erschüttern), die niemals, nicht einmal in einer Krisenepoche, 'zu Fall kommt', wenn man sie nicht 'zu Fall bringt'" /44/.

Aus dem Gesagten ergibt sich die Interpretation der revolutionären marxistischen Theorie in dem Sinne, daß Lenin der industriellen Entwicklung keine Beachtung beimessen wollte und die "objektiven Bedingungen" auf jedes Land angewendet werden konnten. Ferner kann eine entschlossene Revolutionspartei die Unzufriedenheit der Massen noch vergrößern. Seine Ansichten über die Partei legte Lenin in seiner Schrift "Was tun?" im Jahre 1902 dar, als er gegen die Ökonomen Stellung bezog /45/. Dabei ging er von den historischen Verhältnissen des autokratisch-zaristischen Rußland aus, die nach seiner Ansicht eine elitäre und konspirative Form der Partei geradezu erzwingen /46/. Lenin veränderte Marx' und Engels' Konzept der Arbeiterpartei auf drastische Weise. Während sie eine auf demokratischen Grundprinzipien aufgebaute Interessenvertretung aller Arbeiter im Auge hatten, wollte Lenin eine Elitepartei, die von Berufsrevolutionären geführt wurde und auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus basieren sollte. Lenin befürwortete die Doktrin Kautskys, wonach Intellektuelle von außen das revolutionäre Bewußtsein in die

43) Ebd. S. 206

44) Ebd. S. 207

45) Vgl. W.I. Lenin, Was tun? in: LW Bd. 5, S.355-551

46) Vgl. Um die Zukunft der Revolution, Einleitung zu: Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, hrsg. von F. Kool und E. Oberländer, Olten/Freiburg 1967, S.15

Arbeiterschaft hineintragen müßten, weil diese aus eigener Kraft nicht in der Lage sei, "Über das rein ökonomische Bewußtsein und den rein ökonomischen Kampf" sich zu erheben /47/. Er berief sich dabei auf die "soziale Stellung" Marx' und Engels' als "Begründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus", die der "bürgerlichen Intelligenz" angehörten und auf die "ideologische Entwicklung der revolutionär, sozialistischen Intelligenz" in Rußland, die "ganz unabhängig von dem spontanen Anwachsen der Arbeiterbewegung" bei der Entstehung der "theoretischen Lehre der Sozialdemokratie" mitgewirkt habe /48/. Ein revolutionäres Bewußtsein würde in der Arbeiterschaft nicht entstehen, denn "die Geschichte aller Länder zeugt davon, daß die Arbeiterklasse ausschließlich aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches Bewußtsein hervorzubringen vermag, d.h. die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen u.a.m. Die Lehre des Sozialismus ist hingegen aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgegangen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen der Intelligenz, ausgearbeitet wurden" /49/. Lenin sah die eigentliche Aufgabe der Partei darin, nicht ein augenblickliches Bewußtsein der Arbeiter auszudrücken, sondern ihnen den Weg zu weisen. Die Partei hatte somit eine erzieherische Funktion.

Der Streit um das Führungs- und Erziehungsmonopol leitete die Spaltung der russischen Sozialdemokratie ein. Bereits 1903 war Lenins Prinzip der Parteiorganisation auf dem II. Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeiter-

47) L. Kolakowski, Marxismus ... a.a.O., S. 39

48) W.I. Lenin, Was tun? in: LW Bd. 5, S. 386

49) Ebd. S. 385 f

partei in das Parteiprogramm übernommen worden: "Die internationale Sozialdemokratie, die sich die Aufgabe stellt, das Proletariat zu seiner großen historischen Mission zu befähigen, organisiert es in einer selbständigen, allen bürgerlichen Parteien entgegengesetzten politischen Partei, leitet alle Äußerungen seines Klassenkampfes, enthüllt ihm den unversöhnlichen Gegensatz zwischen den Interessen der Ausbeuter und denen der Ausgebeuteten und macht ihm die historische Bedeutung und die notwendigen Voraussetzungen der bevorstehenden sozialen Revolution klar" /50/.

Nicht das Proletariat hatte durch sein Bewußtsein Ideologie und Ziele der Partei zu bestimmen, sondern die Partei schuf beim Proletariat das Klassenbewußtsein. Lenin hat mit der Frage der Partei das Fundament für die Diktatur einzelner gelegt. Die Verantwortung für politische Entscheidungen liegt letzten Endes bei den Führern der Partei. Sie werden weder von den Massen noch von der Partei gefällt. Denn jeder wüßte, daß die Klassen von ihren Parteien geführt und diese von ihren Führern geleitet würden /51/.

Das Problem des geringen Industrieproletariats war ein Zankapfel unter den russischen Marxisten gewesen. Lenin hatte sich mit Plechanov gegen die Ansicht gewandt, der Kapitalismus würde sich in Rußland nicht im gleichen Maß wie in Westeuropa entwickeln, wobei er den Bauern bei der weiteren Entwicklung einige Bedeutung zumaß, indem er erklärte, daß die Republik in Rußland ohne die demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft unmöglich sei /52/. Daß sein Konzept, aufgebaut auf der Revolution diktatorisch beherrschter Soldaten und Bauern und einer bescheidenen Anzahl von Proletariern, mit der Revolution

50) B. Meissner, Das Parteiprogramm der KPdSU 1903 bis 1961, Köln 1962, S. 116

51) W.I. Lenin, Der "linke Radikalismus"..., a.a.O., S. 24ff

52) G. Wagenlehner, a.a.O., S. 34

im Sinne Marx' und Engels' nicht mehr vereinbar war, wußte Lenin. Um die Macht zu erobern, durfte er der ökonomischen Entwicklung keine Bedeutung zumessen, wenn er sein Ziel nicht aus den Augen verlieren wollte. Die Partei würde nach der Eroberung der Macht die Rückständigkeit in Rußland beseitigen, um den Übergang zur kommunistischen Gesellschaft zu bewerkstelligen, ein Ziel, das die Machtergreifung rechtfertigte. Um dieses Zieles willen revidierte er Marx und Engels, als er 1917 Zweiflern aus dem eigenen Lager erklärte: "Ich kenne den ganzen Vorrat der stereotypen, abgenutzten marxistischen Phrasen, die in Wirklichkeit kleinbürgerliche Lappalien sind, von denen Sie sich nicht trennen können ... Lassen Sie sich gesagt sein, darüber sind wir hinaus. All das liegt hinter uns. All das ist nichts als marxistische Haarspalterei. Wir haben das von uns abgetan wie jene unvermeidlichen Kinderkrankheiten, durch die jede Klasse und jede Gesellschaft hindurch muß, und von denen sie sich trennt, wenn sie ein neues Morgenrot am Horizont erblickt" /53/.

Lenin wollte dieses neue Morgenrot, den Sozialismus, im Gegensatz zum späten Marx und Engels durch die gewaltsame Revolution erreichen, wobei er stets die russische Revolution als Teil der Weltrevolution ansah. So erklärte er im Sommer 1921 rückblickend: "Als wir seinerzeit die internationale Revolution begannen, taten wir es nicht in dem Glauben, daß wir ihrer Entwicklung vorgreifen könnten, sondern deshalb, weil eine ganze Reihe von Umständen uns veranlaßte, diese Revolution zu beginnen. Wir dachten: Entweder kommt uns die internationale Revolution zu Hilfe, und dann ist unser Sieg ganz sicher, oder wir machen unsere bescheidene revolutionäre Arbeit in dem Bewußtsein,

53) G. Salomon, Lenin und seine Familie, zit. nach G. Wagenlehner, a.a.O., S. 48

daß wir selbst im Falle einer Niederlage der Sache der Revolution dienen und daß unsere Erfahrungen den anderen Revolutionären von Nutzen sein werden. Es war uns klar, daß ohne die Unterstützung der internationalen Weltrevolution der Sieg der proletarischen Revolution unmöglich ist" /54/. Der Sieg der proletarischen Revolution würde, so Lenin in seinem Werk "Staat und Revolution", "ohne gewaltsame Revolution unmöglich sein" /55/. Lediglich im Herbst 1917 sah er eine letzte Chance der friedlichen Übernahme der Macht in die Hände der Sowjets. Hatte er anfangs diese "Chance einer friedlichen Entwicklung der Revolution" noch nutzen wollen, so erklärte er schon wenige Tage später, daß "der Übergang der Macht an die Sowjets jetzt in der Praxis den bewaffneten Aufstand bedeutet" /56/. Charakteristisch ist dabei, daß er eine regelrechte Lehre vom bewaffneten Aufstand erarbeitete und diese als eine Kunst betrachtete, die lehrbar und erlernbar sei. Um mit einem bewaffneten Aufstand Erfolg zu haben, galt: "1. Nie mit dem Aufstand spielen, hat man ihn aber einmal begonnen, so muß man genau wissen, daß man bis zu Ende gehen muß. 2. Am entscheidenden Ort und im entscheidenden Augenblick muß ein großes Übergewicht an Kräften konzentriert werden, denn sonst wird der Feind, der besser ausgebildet und organisiert ist, die Aufständischen vernichten. 3. Sobald der Aufstand begonnen hat, gilt es, mit der größten Entschiedenheit zu handeln und unter allen Umständen und unbedingt die Offensive zu er-

54) W.I. Lenin, III. Kongreß der Kommunistischen Internationale, in: LW Bd. 32, S. 502 f

55) W.I. Lenin, Staat und Revolution, in: LW Bd. 25, S. 412 f

56) W.I. Lenin, Die Aufgaben der Revolution, in: LW Bd. 26, S. 51 und W.I. Lenin, Ratschläge eines Außenstehenden, in: LW Bd. 26, S. 166

greifen. 'Die Defensive ist der Tod der bewaffneten Erhebung'.

4. Man muß bestrebt sein, den Feind zu überraschen und den Augenblick abzapassen, wo seine Truppen zerstreut sind.

5. Es gilt, täglich (handelt es sich um eine Stadt, so können wir sagen stündlich) wenn auch kleine Erfolge zu erreichen und dadurch um jeden Preis das 'moralische Übergewicht' festzuhalten" /57/.

Lenin berief sich bei diesen Ausführungen auf Marx, wobei man nicht vergessen sollte, daß er im Gegensatz zu diesem und Engels nicht nur Theoretiker war, sondern als Revolutionär und Führer der Partei ständig im praktischen politischen Kampf tätig war. Seine revolutionäre Praxis bekommt so in Verbindung mit der revolutionären Theorie ein größeres Gewicht, als dies jemals bei seinen Lehrmeistern der Fall war, zumal dann, wenn man die von ihm geäußerte und für ihn typische Maxime heranzieht, wonach es "angenehmer und nützlicher ist, die 'Erfahrungen der Revolution' durchzumachen, als über sie zu schreiben" /58/. Außerdem sollte man stets im Auge behalten, daß diese Anweisungen, wonach der bewaffnete 'Aufstand eine Kunst ist genau wie der Krieg', in unveränderter Form auch heute noch zur sowjetischen politischen Theorie und auch Praxis gehören /59/.

57) W.I. Lenin, Ratschläge eines Außenstehenden, in: LW Bd. 26, S. 167

58) W.I. Lenin, Staat und Revolution. Nachwort zur ersten Auflage, in: LW Bd. 25, S. 507

59) W.I. Lenin, Ratschläge eines Außenstehenden, a.a.O., S. 167

2 Koexistenz und revolutionäre Weltbewegung als außenpolitische Relation

Nach der erfolgreich durchgeführten Revolution in Rußland stand Lenin vor einer zweifachen Aufgabe. Er mußte die Existenz des ersten sozialistischen Staates durch eine entsprechende Außenpolitik sichern und gleichzeitig den Marxismus als Theorie und Praxis der Weltrevolution weiterführen. Es galt, "das Schicksal der in Rußland bereits begonnenen sozialistischen Revolution nicht aufs Spiel zu setzen", außerdem "befreien wir uns im höchsten für den gegenwärtigen Augenblick möglichen Grade von beiden einander bekämpfenden imperialistischen Gruppen, nutzen ihre Feindschaft und ihren Krieg - der es ihnen erschwert, ein Abkommen gegen uns zu treffen -, bekommen für eine gewisse Periode die Hände frei, um die sozialistische Revolution fortzusetzen und zu festigen" /60/.

Bereits zwischen 1914 und 1917 hatte Lenin in verschiedenen Artikeln und in seinem Werk "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" festgestellt, daß infolge der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus der Übergang zum Sozialismus über eine "bestimmte historische Periode" andauert, woraus sich notwendigerweise ergibt, daß für einen bestimmten Zeitraum kapitalistische und sozialistische Staaten nebeneinander bestehen /61/. Lenin war zu der Überzeugung gelangt, daß die sozialistische Revolution im "schwächsten Kettenglied" des weltweiten Kapitalismus, also in einem kapitalistisch unterentwickelten Land durch die Verschärfung der Klasseengegensätze ausbrechen würde. Dabei legte er seinem

60) W.I. Lenin, Zur Geschichte der Frage eines unglückseligen Friedens, in: LW Bd. 26, S. 448 f

61) W.I. Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: LW Bd. 22, S. 189 - 309; vgl. J. Laloy, Koexistenz, in: SDG Bd. 3, S. 673

Wesen gemäß den Akzent auf eine "kämpferische Durchbrechung" /62/.

Von sowjetischer Seite wird daraus häufig eine "friedliche Koexistenz" abgeleitet. Lenin hatte jedoch, als er feststellte, "daß Sozialismus und Kapitalismus nicht ewig nebeneinander bestehen werden ..., die Unvermeidlichkeit der Ablösung der einen Ordnung durch die andere im Auge" /63/. Im "Militärprogramm der proletarischen Revolution" hatte er 1916 erklärt, daß es "wissenschaftlich gar nicht richtig - und gar nicht revolutionär" sei, "das Wichtigste, die Niederwerfung des Widerstandes der Bourgeoisie, das Schwierigste, das am meisten Kampf Erfordernde im Übergange zum Sozialismus" zu "umgehen oder vertuschen" /64/.

In dieser Äußerung Lenins wird sowohl der Klassenkampf im Weltmaßstab deutlich als auch der weltrevolutionäre Krieg und sein Ende mit einem sozialistischen Endsieg. Sowjetische Autoren berufen sich stets, wenn sie von Prinzip, Theorie oder Doktrin der "friedlichen Koexistenz" reden, auf Lenin. Hat er tatsächlich ein solches Konzept erstellt oder handelt es sich um einen ideologischen Begriff, in dessen Hülse Ost und West einen gänzlich verschiedenen Inhalt sehen /65/?

Der Begriff "Koexistenz" bedeutete ursprünglich im Sinne des co-existens das Nebeneinanderbestehen von pluralistischen politischen Gesellschaften, wie etwa das von verschiedenen Volksstämmen, Städten, Staaten usw. Charakteristisch für diese Form der Koexistenz war jedoch, daß zwischen den verschiedenen politischen Systemen eine Gemeinsamkeit herrschte, die sich im Be-

62) G. Wetter, Die sowjetische Konzeption der Koexistenz, Bonn 1959, S. 25

63) W.N. Jegorow, Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozeß, Berlin (Ost) 1972, S. 34

64) W.I. Lenin, Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, in: LW Bd. 23, S. 74

65) Vgl. u.a.: W.N. Jegorow, a.a.O.; A.A. Gromyko, Die friedliche Koexistenz - der Leninsche Kurs der Außenpolitik der Sowjetunion, Berlin (Ost) 1964; Suslow u.a., Leninismus und die Gegenwart. Zur Philosophie, Ökonomie, zum revolutionären Weltprozeß, Frankfurt/Main 1973

stehen von Beziehungen zueinander manifestierte. So herrschten Beziehungen zwischen dem Römischen Reich und dem der Arsakiden oder zwischen dem christlichen Europa und den Arabern und Osmanen /66/. Der absolute Gegensatz verschiedener politischer Vorstellungen, Religionen und Philosophien schloß dabei bewaffnete Konflikte nicht aus, weil es keine Prinzipien und Normen gab, die eine Unterdrückung andersgläubiger Völker oder wirtschaftlich schwächerer Nationen hätten verhindern können. Ein Charakteristikum der Koexistenz zwischen Ost und West im heutigen Sinn beruht ohne Zweifel darauf, daß der bestehende Zustand aufgrund der Unfähigkeit heterogener Gesellschaften, sich gegenseitig zu vernichten, zustande gekommen ist. Nachdem auf einem "gemeinsamen kulturellen und zivilisatorischen Boden" ein "radikaler Bruch auf politischem, geistigem und moralischem Gebiet entstand, bildeten sich zwei Welten, "von denen die eine die andere negiert, während die zweite die erstere kaum akzeptieren kann" /67/. So scheint die zukünftige Entwicklung zwischen Ost und West dazu verurteilt, in einen erbarmungslosen Kampf zu münden, weil die kommunistische Welt vom messianischen Glauben besessen ist, die andere Welt -in ihren Augen eine Welt der Ausbeutung und Erniedrigung des Menschen- vernichten zu müssen. Unter diesem Aspekt ist es gerechtfertigt, nicht von "friedlicher Koexistenz" zu sprechen, sondern von einer "Koexistenz in der Furcht" /68/. Der Kommunismus nennt jedoch die Koexistenz "friedlich". Dies müßte implizieren, daß, wenn man nicht miteinander leben kann, so doch wenigstens nebeneinander. Verwirklichte Koexistenz würde dann zwar auf einem "Verhältnis von Verschiedenheit und Einheit", nämlich der Existenz "unabhängiger Gesellschaften"

66) J. Laloy, a.a.O., S. 671

67) Ebd. S. 672

68) Weihnachtsbotschaft Pius XII. 1954, zit. n. J. Hommes, Koexistenz - philosophisch beleuchtet, Bonn 1958, S. 6

bestehen, jedoch auch die "Verwirklichung gemeinsamer Ziele" vor Augen haben, etwa im Sinne Pascals: 'Vielheit, die sich nicht in Einheit verwandelt, bedeutet Konfusion. Einheit, die nicht von der Vielheit abhängt, ist Tyrannei'" /69/.

Der Kommunismus beansprucht für sich, die Problematik der Koexistenz aufgegriffen zu haben. Dies ist richtig. Es ergibt sich die Frage, welche Motive einem solchen Denken zu Grunde gelegt wurden, da die Kommunisten das Nebeneinanderbestehen der zwei Welten für alle Zeiten nicht zu dulden geneigt sind. Wenn man sich im Marxismus-Leninismus darauf beruht, Lenin habe eine Lehre von der *f r i e d l i c h e n* Koexistenz aufgestellt, so ergibt eine chronologische Betrachtung seiner Ausführungen dazu keine stichhaltigen Beweise. Vielmehr sind alle seine Äußerungen in einer außenpolitisch-weltrevolutionären Relation gemacht. Sie beruhen auf einem Verhalten, welches jeder weitsichtige Außenpolitiker an den Tag gelegt hätte und sind darüber hinaus von jenem ideologisch-starrsinnigen Dogmatismus, der auch heute noch die Unlogik des Marxismus-Leninismus kennzeichnet.

Nach der Oktoberrevolution stand die Sowjetunion vor einer Existenzfrage. Ihre Führung war überzeugt, daß die russische Revolution erfolglos bleiben würde, wenn die internationale Revolution ihr nicht zu Hilfe käme. Auf dem VII. Parteitag, dessen historische Bedeutung für die Bol'seviki entscheidend war, stellte Lenin fest: "Hier haben wir die größte Schwierigkeit der russischen Revolution, ihr größtes historisches Problem: die Notwendigkeit, die internationalen Aufgaben zu lösen, die Notwendigkeit, die internationa-

69) J. Laloy, a.a.O., S. 671

le Revolution auszulösen, den Übergang zu vollziehen von unserer Revolution als einer eng nationalen zur Weltrevolution" /70/.

Die Frage der Koexistenz stellte sich nicht. Da sich die beiden Systeme nach Lenins Meinung ausschlossen, gab es im Grunde nur die Alternative: eine erfolgreiche Weltrevolution und damit das Ende des Kapitalismus oder die Verhinderung der Weltrevolution, verbunden mit dem Ende der Bol'sheviki. Dazu stellte Lenin fest: "Wenn man den welthistorischen Maßstab anlegt, so kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Endsieg unserer Revolution eine hoffnungslose Sache wäre, wenn sie allein bliebe, wenn es in den anderen Ländern keine revolutionäre Bewegung gäbe. Wenn wir, die bolschewistische Partei, das ganze Werk allein in unsere Hände genommen haben, so haben wir das in der Überzeugung getan, daß die Revolution in allen Ländern heranreift, daß die internationale sozialistische Revolution, welche Schwierigkeiten wir auch durchzumachen haben werden, welche Niederlagen uns auch beschieden sein werden, zu guter Letzt - und nicht beim ersten Anfang - kommen wird - denn sie ist unterwegs; daß sie reif werden wird - denn sie reift heran und wird völlig ausreifen. Unsere Rettung aus all diesen Schwierigkeiten ist, wie gesagt, die Revolution in ganz Europa" /71/.

Das Ausbleiben der Weltrevolution zwang Lenin, den Erfolg der Revolution im ersten sozialistischen Land, das "sich in kapitalistischer Umkreisung befand und dem Kapitalismus materiell und militärisch unterlegen war", zu verteidigen und die Lösung der Entscheidung zwischen Sozialismus und Kapitalismus hinauszuschieben /72/. Dabei bezog er eine gewaltsame Lösung

70) W.I. Lenin, Außerordentlicher Siebenter Parteitag der KPR(B), in: LW Bd. 27, S. 78

71) Ebd. S. 81

72) W.N. Jegorow, a.a.O., S. 34

in seine Überlegungen mit ein: "Wir leben nicht nur in einem Staat, sondern in einem System von Staaten, und die Existenz der Sowjetrepublik neben den imperialistischen Staaten ist auf die Dauer undenkbar. Am Ende wird entweder das eine oder das andere siegen. Und bis dieses Ende eintritt, ist eine Reihe furchtbarster Zusammenstöße zwischen der Sowjetrepublik und den bürgerlichen Staaten unvermeidlich" /73/. Wenn Lenin in der folgenden Zeit ein Nebeneinanderbestehen der zwei Lager akzeptieren mußte, so geschah dies infolge außenpolitischer Zwänge. Es galt, die Existenz des jungen Staates zu sichern. "Friedliche Koexistenz" war eine Notwendigkeit. Dies wird im Grunde heute von sowjetischen Autoren auch nicht bestritten. Gleichzeitig gestehen sie dabei -wenn auch indirekt- ein, daß der Begriff "friedliche Koexistenz" bereits zur Zeit Lenins nicht mehr war, als eine außenpolitische Taktik, die den Gegner so lange halten sollte, bis die eigene Position so gestärkt war, daß man seine eigenen Absichten wieder offener zeigen konnte. "Friedliche Koexistenz" dieser Art ist nichts Neues und wurde wohl schon immer angewandt, seit es Auseinandersetzungen rivalisierender Systeme gibt. Für die sowjetische Konzeption der "friedlichen Koexistenz" ist jedoch kennzeichnend, daß unter der Worthölse "friedlich" dem Kontrahenten ganz offen die Absicht kundgetan wird, ihn zu vernichten, wobei die Rechtfertigung auf "wissenschaftlicher" bzw. "revolutionärer" Basis erfolgt /74/. Kommunistische Autoren beurteilen dann auch die Situation nach der Oktoberrevolution ganz im Sinne des oben Gesagten: "Davon ausgehend betrachtete die Kommunistische Partei damals den möglichen Übergang zur friedlichen Koexi-

73) W.I. Lenin, VIII. Parteitag der KPR(B), in: LW Bd. 29, S. 138 f

74) Vgl. W.I. Lenin, Das Militärprogramm der proletarischen Revolution, a.a.O., S. 74

stanz Sowjetrußlands mit den imperialistischen Mächten (nach Beendigung der Intervention) nur als die Aussicht auf eine vorübergehende Atempause, die genutzt werden mußte, um den sozialistischen Aufbau zu entfalten und die Wirtschafts- und Verteidigungskraft des Landes zu stärken" /75/.

Lenin hielt unmittelbar nach der Oktoberrevolution -wie bereits erwähnt- den Sieg der kommunistischen Revolution in den kapitalistischen Ländern für unausbleiblich. Die neu geschaffene Sowjetarmee sollte dazu dienen, "zukünftige Revolutionen in Europa zu unterstützen" /76/. Koexistenz bedeutete in dieser Phase "nur einen vorübergehenden Zustand", wobei Lenin "fest an den Untergang der kapitalistischen Welt glaubt" /77/. So sprach er bei der Eröffnung des VIII. Parteitags der KPR(B) am 18. März 1919 über "das Anwachsen der revolutionären Bewegung in allen Ländern", das "Sowjetform" annehme /78/. Lenin fuhr fort: "Darin aber liegt die Gewähr dafür, daß wir mit der Verwirklichung der Sowjetmacht die internationale, weltweite Form der Diktatur des Proletariats herausgefunden haben. Und wir sind fest überzeugt, daß das Proletariat der ganzen Welt den Weg dieses Kampfes beschritten hat, den Weg der Schaffung solcher Formen der proletarischen Macht - der Macht der Arbeiter und Werktätigen -, und daß keine Macht der Welt die Bewegung der kommunistischen Weltrevolution zur Sowjet-Weltrepublik aufhalten wird" /79/.

Lenin, der die sozialistische Revolution antimarxistisch durchgeführt hatte, mußte einerseits an der

-
- 75) S.M. Maiorow, Der Kampf der KPdSU für die Verwirklichung des Leninschen Kurses der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung; zit. n. W.N.Jegorow, a.a.O., S.34
76) Dekrete der Sowjetmacht, Bd.1, Moskau 1917, S.352, zit. n. B. Willms, Entspannung und friedliche Koexistenz, München 1974, S. 110
77) J. Laloy, a.a.O., S.673
78) W.I. Lenin, VIII. Parteitag der KPR(B), a.a.O., S.129
79) Ebd. S. 129 f

marxistischen Überzeugung, daß das Proletariat seine revolutionäre Rolle nur im Weltmaßstab spielen könne, festhalten, andererseits hatte er eine "praktische Politik zu entwickeln, die der Sicherung des revolutionären Besitzstandes dienen mußte, das heißt letzten Endes eine Politik der nationalstaatlichen Interessen der Sowjetunion" /80/. So bedeutete Koexistenz in dieser Zeit "eine Nebenerscheinung im Kampf auf Leben und Tod" /81/. Die Außenpolitik wurde von der Überlegung bestimmt, daß Erfolg und Bestand der Revolution vom Sieg des Sozialismus innerhalb des internationalen Geschehens abhängig war. Lenin hatte sie taktisch als beispielgebend sozialistisch und die zaristische Außenpolitik entlarvend konzipiert: "Die Regierung schafft die Geheimdiplomatie ab, sie erklärt, daß sie ihrerseits fest entschlossen ist, alle Verhandlungen völlig offen vor dem ganzen Volk zu führen, und wird unverzüglich darangehen, alle Geheimverträge zu veröffentlichen ..." /82/. Darüber hinaus erforderte die kapitalistische Umgebung in Verbindung mit der wirtschaftlichen und technischen Rückständigkeit ein Verhalten, das revolutionäre Vorstellungen nicht allzu offen durchblicken ließ. Dies hinderte Lenin jedoch nicht, sofort die kleinste Schwäche des Gegners auszunutzen: Es galt "unter dem Gesichtspunkt politischer Erwägungen die Regel, die wir nicht nur theoretisch erfaßt, sondern auch praktisch angewandt haben und die für uns lange Zeit, bis zum endgültigen Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt, die Grundregel bleiben wird, nämlich daß man die Widersprüche und Gegensätze zwischen zwei imperialistischen Mächtegruppen, zwischen zwei imperialistischen Staatengruppen ausnutzen und sie aufeinander hetzen

80) B. Willms, a.a.O., S. 111

81) J. Laloy, a.a.O., S. 673

82) W.I. Lenin, Zweiter Gesamtrussischer Sowjetkongreß, in: LW Bd. 26, S. 241

muß. Solange wir nicht die ganze Welt gewonnen haben, solange wir, wirtschaftlich und militärisch gesehen, noch schwächer sind als die übrige, die kapitalistische Welt, solange haben wir uns an die Regel zu halten, daß man die Widersprüche und Gegensätze zwischen den Imperialisten geschickt ausnutzen muß" /83/. Lenin erkannte als Widersprüche und Gegensätze das Verhältnis zwischen Amerika und Japan, ferner die Beziehungen zwischen der kapitalistischen Welt und Amerika und schließlich den Gegensatz zwischen der Entente und Deutschland /84/. Für Lenin stand jedoch fest (und diese Äußerung widerlegt den "friedlichen" Charakter der Koexistenz nach der Oktoberrevolution eindeutig): "Solange es den Kapitalismus neben dem Sozialismus gibt, können sie nicht in Frieden leben. Der eine oder der andere wird zuletzt siegen. Entweder wird man die Sowjetrepublik oder den Weltkapitalismus zu Grabe tragen. Das hier ist ein Aufschub des Krieges" /85/. Lenin hat angesichts der mißglückten Interventionskriege gegen das bolschewistische Rußland in den Jahren von 1918 - 1920 nicht von der "Koexistenz", sondern vom "Existenzrecht", das sich Rußland erkämpft habe, gesprochen: "Unsere Lage ist nun so, daß wir den internationalen Sieg, den einzigen Sieg, der uns Sicherheit gäbe, zwar noch nicht errungen, uns aber Bedingungen erkämpft haben, unter denen wir neben den kapitalistischen Staaten bestehen können, die jetzt genötigt sind, Handelsbeziehungen zu uns aufzunehmen. Im Laufe dieses Kampfes haben wir uns das Recht auf selbständige Existenz errungen" /86/. Hier begann eine zweite, bis 1922 dauernde Phase der Koexistenz, die, wie Lenin es in seiner Rede auf der

83) W.I. Lenin, Rede in der Aktivversammlung der Moskauer Organisation der KPR(B), in: LW Bd. 31, S. 434 f

84) Ebd. S. 438 ff

85) Ebd. S. 452

86) W.I. Lenin, Unsere außen- und innenpolitische Lage und die Aufgaben der Partei, in: LW Bd. 31, S. 406

Moskauer Gouvernementskonferenz der KPR(B) am 21. November angedeutet hatte, auch wesentlich von ökonomischen Aspekten bestimmt wurde /87/. Zwischen dem Kapitalismus und dem Kommunismus hatte sich ein "gewisses labiles Gleichgewicht" gebildet, das Lenin ausnutzte, um Handelsbeziehungen abzuschließen, bzw. die durch Revolution, Krieg und Bürgerkrieg vertiefte Kluft der industriellen Rückständigkeit Rußlands zu beseitigen /88/. Das Land befand sich am Rande der Auflösung. Am Ende des Bürgerkrieges und vor der folgenden verheerenden Dürre und Hungersnot, bei der sogar Fälle von Kannibalismus in ländlichen Bezirken auftraten, betrug das Volkseinkommen nur noch ein Drittel von dem des Jahres 1913. Die Industrie produzierte nicht einmal ein Fünftel der Waren, die Kohlengruben förderten nur noch ein Zehntel, die Eisen gießereien nur ein Vierzigstel ihrer normalen Kapazität /89/. Einen Gütertausch zwischen Stadt und Land gab es nicht mehr. Waren die russischen Groß- und Kleinstädte zuerst Zentren der Bol'sheviki und der Revolution gewesen, so betrug 1921 die Einwohnerzahl Moskaus nur noch die Hälfte und die Petrograde nur noch ein Drittel der früheren Einwohnerzahl. Krankheiten wie Typhus suchten die Bevölkerung heim, die "Einwohner der beiden Hauptstädte hatten sich viele Monate lang von zwei Scheiben Brot und ein paar gefrorenen Kartoffeln pro Tag ernährt und ihre Wohnungen mit dem Holz ihrer Möbel geheizt" /90/. Die Widersprüche zwischen Stadt und Land, der Industrie und

87) Vgl. J. Laloy, a.a.O., S. 673

88) W.I. Lenin, IX. Gesamtrussischer Sowjetkongress, in: LW Bd. 33, S. 133

89) D. Horowitz, Imperialismus und Revolution. Zur Theorie des internationalen Klassenkampfes, Berlin 1970, S. 112

90) I. Deutscher, Der unbewaffnete Prophet, Stuttgart 1961, S. 4

Landwirtschaft, dem Proletariat und der Bauernschaft hatten eine ungeheure Dimension angenommen und stellten die Existenz der bolschewistischen Partei in Frage /91/. Das Ziel der Bol'seviki, eine den Industriestaaten ebenbürtige proletarische Gesellschaft zu schaffen, hing davon ab, ob der größte Teil der Bevölkerung, nämlich die Bauern, für den Sozialismus gewonnen werden konnten. Um auch noch der militärischen Intervention der kapitalistischen Feinde entgegenzutreten zu können, mußte ein industrieller Umschwung erfolgen, der eine "erste sozialistische Akkumulation von Kapital" erforderte /92/.

Auf dem VIII. Gesamtrussischen Sowjetkongress hatte Lenin Ende Dezember 1920 festgestellt: "Aber unsere Aufgabe ist es, die Existenz der isolierten sozialistischen Republik, die von kapitalistischen Feinden umringt ist, zu behaupten; die Republik, die unvergleichlich schwächer ist als die kapitalistischen Feinde ringsum, unversehrt zu erhalten; dadurch den Feinden die Möglichkeit zu nehmen, sich miteinander im Kampf gegen uns zu verbünden; ihre Politik zu vereiteln und ihnen keine Gelegenheit zu geben, den Sieg zu erringen. Unsere Aufgabe ist es, Rußland die notwendigen Werkzeuge und Mittel zum Wiederaufbau der Wirtschaft zu sichern; denn wenn wir das erreichen, werden wir so fest auf den Füßen stehen, daß wir keinen kapitalistischen Feind zu fürchten brauchen" /93/. Es galt vor allem, einen möglichen Angriff abzuwehren. Dazu mußte er eine Politik der Kooperation anstreben, auch wenn seine Ansichten über die Vergabe von Konzessionen an ausländische Kapitalisten im eigenen Land auf heftige Kritik stießen.

91) D. Horowitz, a.a.O., S. 113

92) Ebd. S. 113

93) W.I. Lenin, VIII. Gesamtrussischer Sowjetkongreß, in: LW Bd. 31, S. 482

Hier zeigt es sich, daß Lenin auch noch für die heutigen Führer der Sowjetunion ein großer Lehrmeister ist, denn auch heute noch werden - zwar unter anders gearteten Verhältnissen - mit Hilfe des Zauberspruchs der "friedlichen" Koexistenz Technologien des Kapitalismus importiert, die dazu beitragen sollen die Gewichte zu Gunsten des Sozialismus zu verändern. Lenin sah in dieser zweiten Phase der Koexistenz als Ausdruck der unter allen Umständen nach Frieden trachtenden sowjetischen Außenpolitik, daß sein Land wegen des industriellen Nachholbedarfs und wegen seines sozialistischen Charakters nur durch eine Politik der Sicherheit existieren könne. Es ergab sich die Konsequenz: Deshalb "machen wir jetzt maximale Zugeständnisse und glauben, daß es in unserem Interesse ist, ein Handelsabkommen zu erlangen und möglichst schnell einiges von dem, was unerlässlich ist für die Wiederherstellung des Verkehrswesens, d.h. Lokomotiven, für den Wiederaufbau der Industrie, für die Elektrifizierung einzukaufen. Das ist für uns das allerwichtigste. Wenn wir das bekommen, so werden wir uns in ein paar Jahren so festigen, daß sogar im schlimmsten Fall eine militärische Intervention, wenn sie nach einigen Jahren erfolgen sollte, zum Scheitern verurteilt wäre, weil wir stärker sein werden als jetzt" /94/.

Die Sowjetunion war nach dem Bürger- und Interventionskrieg und nach dem Scheitern kommunistischer Revolutionsversuche in Europa bemüht, um der inneren Konsolidierung willen eine Atempause bis zur nächsten Revolutionswelle zu gewinnen. Lenin war zwar auf dem XI. Parteitag der KPR(B) im März und April 1922 vom Wachsen der "kommunistischen Bewegung" in der "ganzen Welt" überzeugt, befürchtete jedoch auch einen Angriff,

94) W.I. Lenin, VIII. Gesamtrussischer Sowjetkongress, in: LW Bd. 31, S. 469 f

weshalb man "zugunsten der Roten Armee gewisse schwere Opfer bringen" müsse /95/. Seine Furcht vor einer Intervention gipfelte in der Feststellung: "Uns steht die ganze Welt der Bourgeoisie gegenüber, die nur nach einer Form sucht, uns zu erwürgen" /96/. Die sowjetische Außenpolitik suchte deshalb in dieser Zeit die internationale Isolation zu beseitigen, durch Verträge mögliche Gegner gegeneinander auszuspielen, bzw. zu binden, eine Sicherheitszone zwischen das Land und die imperialistischen Staaten zu legen und die übrige Welt von der Furcht vor neuen weltrevolutionären Unternehmungen zu befreien /97/.

So wurden 1920 Friedensverträge mit den neu entstandenen baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen und mit Finnland geschlossen, am 16. März 1921 folgte das provisorische Handelsabkommen zwischen der RSFSR und Großbritannien, im gleichen Jahr kam es zum Friedensvertrag mit Polen und der Wiederherstellung friedlicher Beziehungen mit Persien, Afghanistan, der Türkei und der Mongolei und am 16. April 1922 zum Rapallo-Vertrag mit Deutschland, der die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, den gegenseitigen Verzicht auf alle Ansprüche aus Kriegs- und Zivilschäden, sowie eine wirtschaftliche Annäherung zum Inhalt hatte /98/. Dieses System von Nichtangriffs- und Neutralitätsverträgen wurde in den folgenden Jahren von der Sowjetdiplomatie weiter ausgebaut.

Ab Dezember 1922 kam Lenin zu der Einsicht, daß die Revolution in Europa "zum Stillstand gekommen" sei /99/. Seit der Oktoberrevolution, von Lenin als Inbegriff

95) W.I. Lenin, XI. Parteitag der KPR(B), in: LW Bd. 33, S. 248 und 292

96) Ebd. S. 292

97) R. Ahlberg, Weltrevolution durch Koexistenz, Berlin 1962, S. 25

98) Ebd. S. 25

99) J. Laloy, a.a.O., S. 674

und Signal der Weltrevolution angesehen, war er immer wieder auf die sozialistische Umgestaltung zurückgekommen, hatte die Revolution in Europa immer wieder vorhergesagt und mit brennender Ungeduld erwartet. Koexistenz betrachtete er dabei lediglich als "Atempause" in dieser Entwicklung. Wenn sie friedlich war, dann nur zufällig oder infolge geschickten Taktierens. Koexistenz im Sinne des friedlichen Nebeneinanderlebens konnte es nicht geben. Dies ließen weder die Ideologie des Marxismus noch sein eigenes Klassenkampfdenken zu. Koexistenz war in Lenins Weltbild das "Verhältnis zwischen zwei antagonistischen Welten, zwischen der sozialistischen Welt und der kapitalistischen Welt" /100/.

Als die Revolution in Europa ausblieb, setzte Lenin seine Erwartungen auf Asien, ähnlich wie Marx seine Hoffnungen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts auf Rußland gesetzt hatte. In seinem Artikel "Lieber weniger, aber besser", der sich mit Fragen des Staatsapparates im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung beschäftigte, kam Lenin zu der Überzeugung, daß "die westeuropäischen kapitalistischen Länder ihre Entwicklung zum Sozialismus" nicht so "vollenden, wie wir es früher erwartet haben. Sie vollenden sie nicht dadurch, daß der Sozialismus in diesen Ländern gleichmäßig 'ausreift', sondern auf dem Wege der Ausbeutung der einen Staaten durch die anderen, auf dem Wege der Ausbeutung des ersten während des imperialistischen Krieges besiegten Staates, verbunden mit der Ausbeutung des gesamten Ostens. Der Osten andererseits wurde eben infolge dieses ersten imperialistischen Krieges endgültig von der revolutionären Bewegung erfaßt und endgültig in den allgemei-

100) J. Laloy, a.a.O., S. 674

nen Strudel der revolutionären Weltbewegung hineingerissen" /101/. Die Entscheidung des Kampfes, die "Unausbleiblichkeit des Endsieges des Sozialismus" sah Lenin darin, "daß Rußland, Indien und China usw. die gigantische Mehrheit der Erdbevölkerung stellen. Gerade diese Mehrheit der Bevölkerung wird denn auch in den letzten Jahren mit ungewöhnlicher Schnelligkeit in den Kampf um ihre Befreiung hineingerissen, so daß es in diesem Sinne nicht den geringsten Zweifel darüber geben kann, wie die endgültige Entscheidung des Kampfes im Weltmaßstab ausfallen wird. In diesem Sinne ist der endgültige Sieg des Sozialismus vollständig und unbedingt gesichert" /102/.

Lenins Auffassung, daß die sozialistische Revolution sich in den unterentwickelten Ländern fortsetzen und erst später auf die entwickelten kapitalistischen Länder übergreifen werde, wird in der heutigen kommunistischen Literatur als "Entdeckung einer neuen objektiven Gesetzmäßigkeit durch Lenin" bezeichnet /103/. Sie dient offensichtlich dazu, seine Theorie vom Übergang des Weltkriegs in die sozialistische Revolution abzulösen. Dabei erklärt die Parteiliteratur, "Lenin habe die Verbindung von sozialistischer Revolution und Weltkrieg keineswegs als 'fatale Unvermeidlichkeit' angesehen" /104/. Die Revolution blieb trotz vieler Schwankungen und Richtungsänderungen von Parteitheorie und -politik immer der Mittelpunkt, das "objektive Gesetz der Entwicklung" /105/. Am Ziel hat sich bis heute nichts geändert: der Übergang der "Diktatur des Proletariat" von einer nationalen in eine internationale Diktatur oder anders ausgedrückt, der Übergang der Macht an die KPdSU.

101) W.I. Lenin, Lieber weniger, aber besser, in: LW Bd. 33, S. 487

102) Ebd. S. 488

103) L. Révész, Kommentar zum Statut der KPdSU, Bern 1973, S. 130

104) Ebd. S. 130

105) Ebd. S. 130

III Sechzig Jahre Weltrevolution: Von der Koexistenz der Schwäche zur Koexistenz der Herausforderung

1 Der Aufbau des Sowjetimperiums

Die weltrevolutionäre Entwicklung seit der Oktoberrevolution ist vor einem doppelten Hintergrund zu sehen. Zunächst stellt sie sich als Forderung des Marxismus-Leninismus im Sinne eines gesetzmäßig-notwendigen Ablaufs des Geschichtsprozesses dar, der unaufhaltsam zum Kommunismus führt. Jeder Einwand, wie das Problem der Koexistenz sich mit der kommunistischen Weltrevolution vereinbaren läßt, ob diese Politik ein Aufgeben dieses Ziels bedeutet oder nur den Verzicht auf eine (nuklear-) kriegerische Auseinandersetzung, wird heute von kommunistischer Seite mit dem Vorwurf abgetan, "daß die Ideologie des Imperialismus immer noch das Phänomen des Sozialismus als gesetzmäßige Entwicklung einer neuen soziologisch-ökonomischen und politischen Ordnung und damit auch die Rechtmäßigkeit sozialistischer Revolution bestreiten" /1/. Hier beruft man sich sowohl auf Marx und Engels, als auch auf Lenin, weil dessen Revolutionstheorie und -praxis der Weltrevolution mehr Spielraum geben. Die Rechtfertigung erfolgt dabei stets -wie oben schon erwähnt- auf "wissenschaftlicher" Basis, wobei eine Vielzahl theoretischer Möglichkeiten offengelassen wird, um die Geschichte und den handelnden Menschen in Einklang bringen zu können, was dann als Dialektik apostrophiert wird.

So wird die Notwendigkeit der Koexistenz von Sozial-

1) W.I. Samkowskij, Krieg und Koexistenz in sowjetischer Sicht, Pfullingen 1969, S. 62; vgl. G. Wetter, a.a.O., S. 44

lismus und Kapitalismus als "diachroner Reifungsprozeß der sozialistischen Revolution in den verschiedenen Ländern" dargestellt, wobei man sich auf die ungleichmäßige Entwicklung des Imperialismus als Gesetzmäßigkeit beruft /2/. Auch Lenin hat immer wieder das Kommen der Revolution in diesem Sinne beschrieben. Der kommunistischen Ideologie zufolge handelt es sich bei der Relation von Koexistenz und Weltrevolution um ein "objektiv-gesetzmäßiges" Phänomen. "Bürgerliche" Ideologen bezweifeln dies, und auch der Verlauf der Geschichte hat bis jetzt eine Revolution, die von selbst kommt, noch nicht hervorgebracht. So scheint es zuzutreffen, daß die Revolution - nach der sowjetischen politischen Theorie "humanster Akt der Geschichte" - und der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus "nichts anderes als der realisierte Humanismus" - in Wirklichkeit eine revolutionäre Heilslehre darstellt, die mit größerem Fanatismus verbreitet wird, als dies je bei der Ausbreitung von Religionen der Fall war./3/. Dabei wird die Komponente der Freiheit, sich so oder anders zu entscheiden, völlig negiert. Die Koexistenz wird der "bürgerlichen Ideologie" faktisch unter Drohungen aufgezwungen: "Ob diese Koexistenz ein friedlicher Wettbewerb oder 'kalter Krieg' sein wird, hängt ausschließlich davon ab, ob und inwieweit sich die reaktionäre Bourgeoisie der imperialistischen Staaten dazu bereit finden wird, die Grundsätze der friedlichen Koexistenz als Grundlage der Außenpolitik der sozialistischen Staaten anzuerkennen" /4/.

Hier hat sich zweifellos eine Wandlung vollzogen, denn

2) W.I. Samkowoj, a.a.O., S. 68

3) G. Smirnov, Der sozialistische Humanismus; zit. nach L. Revesz, Kommentar zum Statut der KPdSU, a.a.O., S. 131

4) W.I. Samkowoj, a.a.O., S. 69

Lenin war durch innen- und außenpolitische Ereignisse gezwungen, von einer Position auszugehen, die man als Koexistenz der Schwäche bezeichnen kann. Somit ist auch der zweite Aspekt der weltrevolutionären Entwicklung angesprochen, nämlich der Aufbau, die Konsolidierung und Expansion des sowjetischen Imperiums mit Hilfe der marxistisch-leninistischen Ideologie. Hier muß die Frage gestellt werden, welches das primäre Ziel der sowjetischen Führung ist: Befreiung und Rückführung des Menschen zu sich selbst wie Marx und Engels dies forderten oder Unterdrückung und Knechtschaft unter ein System, das nur einer Klasse dient und nicht der gesamten Menschheit?

Die politische Realität seit der Oktoberrevolution spricht für die Durchsetzung politischer Ziele zur Erlangung der Macht. Wenn sowjetische Autoren heute darauf hinweisen, daß nach dem Tod Lenins "die Kontinuität der Leninschen Politik, die auf dem Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung beruhte", weitergeführt wurde, so ist damit die besondere Situation nach der Oktoberrevolution angesprochen./5/. Die Isolation der Sowjetunion nach dem Ausbleiben der Weltrevolution, die wirtschaftliche Zerrüttung des Landes und die Notwendigkeit des Wiederaufbaus als Existenzfrage schlechthin, sowie die Existenzangst der nach der Revolution "herrschenden Schicht von Funktionären", die nach "politischer und sozialer Sicherheit strebte, die sie durch Trockijs Politik der permanenten Revolution" gefährdet glaubte, ließen zunächst keine Abweichung der Grundüberzeugungen und Praktiken Lenins zu /6/. Die Politik der Koexistenz war primär eine nationale

5) W.N. Jegorow, a.a.O., S. 69

6) R. Ahlberg, a.a.O., S. 27

Notwendigkeit der Sowjetunion, sekundär folgte die kommunistische Weltbewegung: "Nach der Oktoberrevolution trafen zwei strategische Richtungen bei der Bestimmung der Politik der KPdSU und der kommunistischen Weltbewegung aufeinander. Die eine Richtung, die auf der materialistischen Geschichtsauffassung beruhte und daher den Aufbau des Sozialismus in der UdSSR als Basis der Weltrevolution betrachtete, stellte die Linie der weltweiten Unterstützung der revolutionären Bewegung in den kapitalistischen Ländern und des nationalen Befreiungskampfes der unterdrückten Völker der Kolonien dar. Diese Strategie ging von der Möglichkeit der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung aus. Die andere Linie, die Linie der 'linken' Kommunisten, der Trotzkiisten und anderer ultrarevolutionärer Gruppen, die eine abenteuerliche Politik des Anpeitschens der Revolution in den anderen Ländern durch Krieg darstellte, nahm das Risiko des Untergangs der Sowjetmacht in Kauf und lehnte die Möglichkeit des Aufbaus und der Festigung des Sozialismus in der UdSSR ab, auch wenn sich die Revolution im Westen verzögerte" /7/. Auch Stalin betrachtete die Oktoberrevolution als "Beginn und ... Voraussetzung der Weltrevolution"/8/. Wie bei Lenin bot für ihn das Verhältnis von Kapitalismus und Sozialismus keine Gemeinsamkeit, sondern barg einen Widerspruch in sich, dessen Lösung zugunsten des Sozialismus erfolgen würde. Solange der Imperialismus existiere, gäbe es imperialistische Kriege, welche die Koexistenz bedrohten. Stalin wollte deshalb eine Politik betreiben, die dem ersten sozia-

7) W.N. Jagorow, a.a.O., S. 48

8) Vgl. J. Laloy, a.a.O., S. 674

listischen Staat eine unbedingte Autonomie garantierte. So gelangte er von Lenins Politik der "Atempause" zur Theorie vom Aufbau des "Sozialismus in einem Lande". Diese Theorie implizierte die wirtschaftliche Autarkie und eine Aufwertung des Nationalismus, was zwangsläufig eine Abwertung des Internationalismus nach sich zog. Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees zum XIV. Parteikongress beschrieb Stalin das Ziel der sozialistischen Industrialisierung: "Es gibt eine ... Generallinie, die davon ausgeht, daß wir alle Kräfte aufbieten müssen, um unser Land zu einem wirtschaftlich selbständigen, unabhängigen, auf dem inneren Markt basierenden Land zu machen, einem Land, das als Anziehungsfeld für alle anderen Länder dient, die nach und nach vom Kapitalismus abfallen und in die Bahnen der sozialistischen Wirtschaft einlenken werden. Diese Linie erfordert maximale Entfaltung unserer Industrie, jedoch nach Maßgabe und in Einklang mit den Hilfsquellen, die uns zur Verfügung stehen. Sie lehnt eine Politik der Verwandlung unseres Landes in ein Anhängsel des kapitalistischen Weltsystems entschieden ab.... Diese Linie ist unerläßlich, solange es eine kapitalistische Umkreisung gibt" /9/. Für Stalin ergab sich daraus die Konsequenz, einen Krieg mit den kapitalistischen Staaten zu vermeiden. Deshalb erklärte er im gleichen Rechenschaftsbericht: "Das Grundlegende und Neue in den außenpolitischen Beziehungen, das Entscheidende und alle Ereignisse dieser Periode Durchdringende besteht darin, daß zwischen unserem Lande, das den Sozialismus aufbaut, und den Ländern der kapitalistischen Welt ein gewisses zeitweiliges Gleichgewicht der Kräfte zustande ge-

9) J.W. Stalin, Werke (weiter zit. StW), Berlin 1950 ff, Bd. 7, S. 259 f

kommen ist, ein Gleichgewicht, das die gegenwärtige Phase des 'friedlichen Zusammenlebens' des Landes der Sowjets und der Länder des Kapitalismus kennzeichnet. Das, was wir eine Zeitlang als eine kurze Atempause nach dem Krieg betrachteten, ist zu einer Atempause geworden, die sich über eine ganze Periode erstreckt. Hieraus entspringt ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte und eine gewisse Periode des 'friedlichen Zusammenlebens' der Welt der Bourgeoisie und der Welt des Proletariats" /10/.

Stalins Außenpolitik war zunächst insofern eine Politik der "friedlichen" Koexistenz, als sie einen Krieg mit den kapitalistischen Staaten vermeiden wollte. Die erfolgreich durchgeführte Industrialisierung des Sowjetstaates "war eine wesentlich stärkere Garantie für den weltweiten und langfristigen Erfolg des Sozialismus, als es die Unterstützung revolutionärer Unternehmen in anderen Ländern sein konnte" /11/.

Stalin betrachtete jedoch die von ihm 1925 zum erstenmal gebrauchte Formel vom "friedlichen Zusammenleben" nicht als unumstößlich. Aus der Notwendigkeit der Existenzsicherung entstanden, diente sie danach als bolschewistische Taktik der Revolutionierung im Ausland. Die von den Kommunisten hervorgerufene Verschlechterung der internationalen Lage interpretierte Stalin dementsprechend: "Konnte und mußte man vor zwei Jahren von der Periode eines gewissen Gleichgewichts und 'friedlichen Zusammenlebens' zwischen der UdSSR und den kapitalistischen Ländern sprechen, so haben wir jetzt allen Grund zu der Behauptung, daß die Periode 'friedlichen Zusammenlebens' der Vergangenheit anzugehören beginnt und einer Periode impe-

10) Ebd. S. 227 f

11) U. Schmiederer, a.a.O., S. 18

rialistischer Anrempelungen und der Interventionsvorbereitungen der UdSSR Platz macht" /12/. Aus dem "historischen Provisorium" wandelte Stalin das "friedliche Zusammenleben" in eine "Art politischer Forderung zum Schutz der staatlichen Integrität Sowjetrußlands" /13/. Danach sah Stalin "die Grundlage unserer Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern ... darin, daß wir ein Nebeneinanderbestehen der beiden entgegengesetzten Systeme für möglich halten" /14/. Die von Stalin betriebene Politik brachte insofern keine Wandlung der Anschauungen Lenins, als er die Außenpolitik aller Staaten stets als "kapitalistische Einkreisung" der UdSSR sah, weshalb der Kapitalismus durch eine aggressive Außenpolitik bekämpft werden mußte /15/.

Um der Staatsräson willen änderte Stalin seine Meinung radikal. Der Beitritt der Sowjetunion zum Völkerbund verdeutlichte dies. Hatte Lenin ihn als "Gruppe von Raubtieren" bezeichnet und Stalin als "Absteigequartier für die imperialistischen Drahtzieher" und "völkerfeindliche Komödie", so war dies kein Hinderungsgrund, sich 1933 aus Gründen der internationalen Aufwertung um die Aufnahme zu bemühen /16/. Die Rede des Schweizer Deligierten Motta, der gegen eine Aufnahme plädierte, enthielt alle Argumente, die den Bolschewismus (entgegen der Beteuerung einer "friedlichen Koexistenz") so suspekt erscheinen ließen: "Erfüllt ein Regime, das in Theorie und Praxis für die Verbreitung des Bolschewismus kämpft, die Bedingungen für die Aufnahme in den Völkerbund? ... Der Bolschewismus bedeutet auf jedem

12) StW Bd. 10, S. 250 f

13) R. Ahlberg, a.a.O., S. 28

14) StW Bd. 10, S. 251

15) J. Laloy, a.a.O., S. 674

16) Zit. n. L. Singer, Sowjetimperialismus, Stuttgart 1970, S. 104

Gebiet - auf dem der Religion, der Moral, der Gesellschaft, der Politik, der Wirtschaft - die gründlichste Verneinung aller Ideen, auf denen unser Wesen und unser Leben beruhen ... Lenin hat die Religion mit dem Opium verglichen. Die Gewissensfreiheit besteht nur zum Schein ... In Moskau gab es einst 500 Kirchen und Kapellen. Heute sollen nur 40 davon übrig sein... Der Bolschewismus löst die Familienbande auf. Er verwirft die individuelle Initiative. Er unterdrückt das Privateigentum. Er organisiert die Arbeit in einer Form, die kaum von Zwangsarbeit zu unterscheiden ist. Aber mit den Merkmalen des Bolschewismus ist eine Charakterisierung noch nicht erschöpft. Es fehlt noch ein ganz wesentlicher und entscheidender Zug, der ihn in Gegensatz zu den unentbehrlichsten, in aller Welt anerkannten Grundsätzen des Verhaltens von Staat zu Staat stellt. Das ist sein Anspruch auf Durchsetzung in der ganzen Welt. Sein Ziel ist die Weltrevolution" /17/!

Stalin änderte Lenins Konzept der Weltrevolution, indem er die Interessen der kommunistischen Weltbewegung denen der Sowjetunion unterordnete. Dies hatte zur Folge, daß nur Moskau über die Interpretation des Marxismus-Leninismus entschied, eine politische Generallinie festlegte, deren "beherrschendes Motiv in den zwanziger und dreißiger Jahren" darin bestand, "gefährliche Verwicklungen der Sowjetunion in fremde Klassenkämpfe und Konflikte zwischen Revolution und Gegenrevolution zu vermeiden" und schließlich autoritär die kommunistischen Parteien des Auslandes zu beherrschen suchte./18/. Die Politik des ersten sozialistischen Staates war untrennbar mit der Entwicklung der Weltrevolution verbunden. Programmatisch hatte

17) Vgl. L. Singer, a.a.O., S. 104

18) I. Deutscher, Der große Wettkampf - Rußland und der Westen; zit. n. U. Schmiederer, a.a.O., S.19

Stalin bereits im März 1925 von den kommunistischen Parteien des Auslands gefordert, "die Sowjetunion zu unterstützen und die interventionistischen Mächtschaften des Imperialismus gegen die Sowjetunion zu durchkreuzen, eingedenk dessen, daß die Sowjetunion das Bollwerk der revolutionären Bewegung aller Länder ist, daß die Erhaltung und Stärkung der Sowjetunion die Beschleunigung des Sieges der Arbeiterklasse über die Weltbourgeoisie bedeutet" /19/. Stalins Direktiven bewirkten, daß besonders zur Zeit des Hitler-Stalin-Paktes viele Kommunisten in Europa in ein Dilemma gerieten, das auf dem Gegensatz von Sozialismus und sowjetischer nationaler Macht beruhte. So zwang der Hitler-Stalin-Pakt die europäischen kommunistischen Parteien zur moralischen Unterstützung des Faschismus. Mit V. Gollancz verließen in England zahlreiche Prominente die KP, nach Hitlers Überfall auf Norwegen arbeitete ein Teil der dortigen Kommunisten mit den Deutschen zusammen, französische KP-Abgeordnete überwarfen sich wegen der Unterstützung des Faschismus mit der Partei, der französische Kommunist Maurice Thorez desertierte von seiner Truppe und löste damit zahlreiche Desertationen und Sabotageakte in der französischen Rüstungsindustrie aus usw./20/.

Das Verhältnis von Koexistenz und Weltrevolution wandelte sich zur Zeit Stalins. Während Lenin aus einer Position der nationalen Schwäche immer wieder den Umsturz im Weltmaßstab forderte, auf ihn hinarbeitete, auf den Westen hoffte und wartete, dabei sogar in letzter Konsequenz den Untergang der Sowjet-

19) StW Bd. 7, S. 49

20) R. Ahlberg, a.a.O., S. 31

union einkalkulierte, strebte Stalin nach einer gestärkten nationalen Position, wobei er mit einer gewissen Ausgleichsbereitschaft in Verbindung mit einer expansiven Außenpolitik den Imperialismus diffamierte und dabei das offene und direkte Vorgehen der kommunistischen Parteien einzuschränken suchte. So bestand "die primäre Aufgabe der Komintern nicht mehr darin, neue Revolutionen in der Welt auszulösen und zu unterstützen (auf die, wie man meinte, keine Aussicht bestand und die das vorteilhafte Verhältnis der Sowjetunion zu kapitalistischen Staaten trübten), sondern die bereits im eigenen Land durchgeführte Revolution zu verteidigen..So wurde es nach Ansicht der Sowjetführer das Ziel der Kominterntaktik, nicht die kommunistische Machteroberung in den kapitalistischen Ländern zu unterstützen, sondern vielmehr, auf die herrschenden Klassen dieser Länder Druck auszuüben mit dem Ziel, eine Koexistenz mit dem Kommunismus der Sowjetunion anzustreben" /21/. Das strategische Ziel der Weltrevolution wurde nicht mehr offen zu erreichen gesucht, es sollte getarnt durch das sowjetische Staatsinteresse erlangt werden. Die Koexistenzidee als bolschewistische Taktik hatte ein anderes Gewicht bekommen. Die Interessen des Weltkommunismus mußten mit den Interessen der Sowjetmacht identifiziert werden./22/.Dies zeigte sich deutlich 1928 auf dem VI. Weltkongress der Kommunistischen Internationale in Moskau, nachdem schon zu Lebzeiten Lenins eine Bolschewisierung der Komintern eingesetzt hatte. Die These Stalins vom "Aufbau des Sozialismus in einem Lande" bedeutete zugleich die

21) D. Horowitz, Kalter Krieg, 2 Bde.,Berlin 1969, Bd. 2, S. 141

22) D. Geyer, Kommunistische Internationale, in: SDG Bd. 3, S. 776

Übertragung der Stalin-Diktatur auf den internationalen Kommunismus, denn "oppositionelle Gruppierungen traten nicht mehr in Erscheinung" /23/. Wie weit sich Stalin mit seiner Politik von Marx, dem Schöpfer der Idee von der Weltrevolution, abgewandt hatte, zeigte seine Forderung an die kommunistische Weltbewegung: "Ein Internationalist ist, wer vorbehaltlos, ohne zu schwanken, ohne Bedingungen zu stellen, bereit ist, die UdSSR zu schützen" /24/. Hitlers Angriff auf die Sowjetunion bewog Stalin, das Instrument der Kommunistischen Internationale aufzulösen, weil es sich nicht in "die große Koalition der Kriegsalliierten einfügen ließ und für die neu entstandenen "nationalen oder vaterländischen Befreiungsfronten ... neue Organisationsformen" geschaffen werden mußten /25/. Die Auflösung der Kommunistischen Internationale sollte den Alliierten beweisen, daß der Kommunismus demokratische Tendenzen aufweise. Dies stellte freilich nur eine neue Taktik dar, denn die veränderte politische Lage forderte jetzt die Sowjetarmee als Vehikel der Revolution. Deshalb nannte Stalin die Auflösung der Komintern am 15. Mai 1943 "richtig und zeitentsprechend" /26/. Die Auflösung zeige "die Lüge der Hitlerleute, daß 'Moskau' angeblich beabsichtige, sich in das Leben anderer Staaten einzumischen und sie zu 'bol-schewisieren'", außerdem widerlege sie die Vorwürfe der "Gegner des Kommunismus ... , daß die kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder angeblich nicht im Interesse ihres eigenen Volkes, sondern auf Befehl von außen handelten" /27/. Die Nachkriegszeit

23) Ebd. S. 779

24) StW Bd. 10, S. 45

25) D. Geyer, a.a.O., S. 781

26) J. Stalin, Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Moskau 1946/3, S. 120; zit. n. D. Geyer, a.a.O., S. 781

27) Ebd. S. 781

wurde durch den Sowjetimperialismus bestimmt, die Strategie der Weltrevolution erfuhr eine neue Akzentuierung durch das Entstehen kommunistischer Staaten in Europa und Asien und durch den kalten Krieg.

Die Besetzung Polens durch die Rote Armee hatte am Ende des Krieges rasch die Aufkündigung der amerikanischen-sowjetischen Kooperation bewirkt. Die Alliierten mußten bald erkennen, daß sie dem imperialistischen Streben der Sowjetunion auch mit den Beschlüssen der Konferenz von Jalta -also der Schaffung demokratischer Verhältnisse in den osteuropäischen Staaten- nicht entgegentreten konnten. Die USA hatten kein wirksames Druckmittel, vielmehr war in den Ländern der Anti-Hitler-Koalition während des Krieges das Wunschdenken entstanden, in der Sowjetunion finde ein "Demokratisierungsprozeß" statt. Die Ernüchterung, daß Stalin "die Herrschaftsformen der Vorkriegszeit wieder aufleben ließ", führte bald zu der Überzeugung, daß "auf normale Beziehungen zur Sowjetunion nicht zu setzen sei" /28/. Die sowjetische Führung gelangte aufgrund der ideologischen Überzeugung von der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu einem Verhalten, das man als Koexistenz der Herausforderung bezeichnen kann und das sich im kalten Krieg manifestierte. Entgegen der Auffassung Stalins ökonomischem Berater E. Varga, der ein wirtschaftliches Wachstum der kapitalistischen Länder nach Kriegsende voraussagte, setzten sich die Ansichten der Ždanov-Voznesenskij-Gruppe unter den kommunistischen Funktionären durch, wonach die USA den "Übergang von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft nicht meistern" würden /29/. Infolge ei-

28) Claus D. Kernig, Kalter Krieg, in: SDG Bd. 3, S. 479

29) H. Lades, Kalter Krieg, in: SDG Bd. 3, S. 473

ner gewaltigen Überproduktion würde die Krise des Kapitalismus die Dimensionen der Weltwirtschaftskrise von 1929-33 annehmen /30/. Die sowjetischen Funktionäre ließen sich dabei von der marxistisch-leninistischen Theorie leiten, nach der die allgemeine Krise des Kapitalismus "der sichtbare Ausdruck der bereits von Marx vorausgesehenen, von Lenin und Stalin eingehender beschriebenen Niedergangsphase der bürgerlichen Gesellschaft vor dem Sieg des Kommunismus im Weltmaßstab" ist /31/. In ihrem ideologischen Eifer vergaßen die damaligen maßgeblichen Sowjets jedoch den riesigen Nachholbedarf der Übrigen, vom Krieg besonders gezeichneten Länder. Die Annahme großer amerikanischer Lieferungen durch die Sowjetunion erschien ihnen geradezu "als eine dem Kapitalismus gewährte Gnadenfrist" /32/. Während die Sowjets von der Überlegung ausgingen, daß der amerikanische Kapitalismus, um überleben zu können, auf den Export in die Sowjetunion angewiesen sei, berücksichtigten die Amerikaner nicht den autoritär-totalitären Charakter der sowjetischen Wirtschaft. Der sowjetischen Bevölkerung konnte zugunsten der Schwer- und Rüstungsindustrie ein ungeheurer Konsumverzicht auferlegt werden. So bot die Einstellung oder Fortführung der amerikanischen Leih- und Pachtlieferungen keine Möglichkeit, auf die UdSSR Druck auszuüben. Dieses gegenseitige Mißverständnis verschärfte rasch die Gegensätze, Moskau nutzte den Sieg über Deutschland und beschleunigte die Ausbreitung des Kommunismus. Das Vorgehen der Sowjets in Europa

30) H. Lades, a.a.O., S. 473

31) P. Hollander, Krise, in: SDG Bd. 3, S. 1123

32) H. Lades, a.a.O., S. 473

erkannte oder ahnte Churchill zumindest. Seine Pläne, wenigstens den Balkanraum für westliche Nachkriegseinflüsse offenzuhalten, wurden von den USA als veraltete europäische Mächtepolitik wohl im Sinne der Jahrhunderte dauernden Auseinandersetzungen in der orientalischen Frage angesehen. Die Warnungen Churchills, Moskau "sei bestrebt, den Balkanraum und Westeuropa zu beherrschen", wurden vom amerikanischen Botschafter in der Sowjetunion, Joseph E. Davis, mit Äußerungen "von Goebbels und Hitler auf eine Stufe" gestellt /33/. West und Ost wurde schließlich die wechselseitige Fehleinschätzung bewußt: Die Kriegskooperation hatte sich auf westlicher Seite auf die Hoffnung einer Demokratisierung des gesamten sowjetischen Einflußbereiches gestützt, die östliche Seite hatte die kommunistische Umgestaltung des gesamten demokratischen Bereiches angestrebt. Dieser Augenblick der Wahrheit setzte bei westlichen Politikern einen Lernprozeß in Gang, der die "Grundannahme der sowjetischen Politik, wonach westliche Politiker - angeblich befangen in der Vorstellungswelt kapitalistischer Produktionsverhältnisse und blind für die von den Marxisten angenommene Gesetzmäßigkeit der Geschichte - nicht in der Lage seien, die kommunistische Strategie zu durchschauen", erschütterte und zu G.F. Kennans containment policy - Theorie führte /34/.

Stalin kam am Ende seines Lebens zu der Erkenntnis, daß die Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Welt größer seien als die Gegensätze zwischen dem sozialistischen und imperialistischen Lager /35/.

33) S. Allard, Diplomat in Wien. Erlebnisse, Begegnungen und Gedanken um den österreichischen Staatsvertrag, Köln 1965, S. 63

34) H. Lades, a.a.O., S. 478 f

35) J. Laloy, a.a.O., S. 675

Auch für Stalin galt die Überzeugung Lenins, daß der Friede erst möglich werde, wenn der Imperialismus ganz vernichtet sei, weshalb die Koexistenz sich über viele Jahre hinziehen könne /36/. Stalin praktizierte eine Politik im Sinne der Atem- oder Kampfpausen im Sinne Lenins, indem er sich zunächst mit den einen, dann mit den anderen Ländern verbündete und schließlich seine Verbündeten fallenließ, wenn eine günstigere Machtkonstellation sich anbot. Innen- und außenpolitisch hatte sich in der Sowjetunion in den drei Jahrzehnten seit Lenins Tod ein gewaltiger Wandel vollzogen. Aus dem von Revolutionswirren zerrissenen Bauernstaat war eine industrielle Weltmacht geworden, welche die Koexistenz immer mehr als Instrument der Herausforderung benutzte, auch wenn nach dreißigjähriger Politik der "Feindschaft und Stärke" die Entwicklung in der Sowjetunion durch innen- und weltpolitische Ereignisse in Frage gestellt war /37/.

Die sowjetische Wirtschaft geriet in eine Krise, zunehmende Konsumbedürfnisse der Bevölkerung zogen politische Auseinandersetzungen nach sich, die das gesamte sozialistische Lager erfaßten. Der Versuch, einen eigenen Weg zum Kommunismus zu finden und eigene Probleme selbst zu lösen, implizierte für viele kommunistische Staaten die Ablehnung des politischen und ideologischen Führungsanspruchs Moskaus und kam besonders in der Entwicklung des jugoslawischen und chinesischen Kommunismus zum Tragen. /38/. Darüber hinaus kam es zu einer schrittweisen Auflösung des Kolonialismus, viele Entwicklungsländer forderten für ihre politische Zukunft einen eigenen Weg, der jen-

36) Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin (Ost) 1952, S. 33 ff

37) J. Laloy, a.a.O., S. 676

38) R. Ahlberg, a.a.O., S. 36

seits von Kapitalismus und Kommunismus verlaufen sollte. Während der kalte Krieg den Westen in zunehmendem Maße integrierte, büßte die Sowjetunion bei den blockfreien Staaten an Ansehen ein. Schließlich geboten Existenz und Weiterentwicklung der thermonuklearen Waffen sowohl ein Überdenken der Koexistenzidee als auch eine neue Strategie der politischen Offensive der Weltrevolution.

2 Die Strategie des begrenzten Risikos

Chruščev bezog die Koexistenz nur auf den militärischen Bereich. Politisch, wirtschaftlich und sozial und vor allem ideologisch stellte sie eine Herausforderung dar, deren Intensität bis heute ständig zugenommen hat. Auch Chruščev ging von der ideologischen Position aus, als er erklärte: "Wir sagen und sagten, daß im friedlichen Wettbewerb der beiden Wirtschaftssysteme das sozialistische Lager siegen wird als das fortschrittlichste, progressivste System, das auf der einzig richtigen, der marxistisch-leninistischen Lehre beruht" /39/. Aus dieser Äußerung ergibt sich die offensive Zielsetzung der Koexistenz in Verbindung mit der Weltrevolution. Der Krieg als Kampfform scheidet aus (oder wird zumindest sehr fragwürdig), weil das Risiko zu groß geworden ist. Dies gilt besonders seit der Erkenntnis, daß die Atombombe keine "Klassenunterschiede" kennt. Wenn Stalin auch 1946 die Atombombe als "Einschüchterung von Leuten mit schwachen Nerven" angesehen hatte, Atombomben, die "aber nicht die Geschichte des Krieges entscheiden", so mußte Chruščev sich doch später den veränderten Gegebenheiten anpassen; er wandelte mit seiner Koexistenzpolitik die kämpferische Auseinandersetzung in eine langfristige Strategie der Überwindung des Kapitalismus um /40/.

Eine sehr prägnante Formulierung des offensiven Charakters der Koexistenzpolitik gab er 1959 in einer Rede in Nowosibirsk: "Die Koexistenz ist die Fortsetzung des Kampfes zweier sozialer Systeme, aber eines Kampfes mit friedlichen Mitteln, ohne Krieg und

39) Rede vor dem Obersten Sowjet der UdSSR, in: Pravda v. 30.12.1955

40) Pravda v. 25.9.1946; zit. n. H.E. Bahr, a.a.O., S. 52

ohne daß der eine Staat sich in die inneren Angelegenheiten des anderen einmischt. Man soll diesen Kampf nicht fürchten. Wir müssen entschieden und folgerichtig für unsere Ideen kämpfen, für unsere Lebensart, für unser sozialistisches System. Die Verteidiger des Kapitalismus werden ihrer Lebensart selbstverständlich nicht abschwören und ihre Ideologie nicht aufgeben, sie werden kämpfen. Wir sind der Meinung, daß dies ein ökonomischer und ideologischer, aber kein militärischer Kampf ist"/41/.

Die sowjetischen Führer haben stets deutlich zu erkennen gegeben, daß es ihnen niemals um ideologische Koexistenz, d.h. die Beendigung des weltweiten Klassenkampfes ging und geht. Sowjetische Theoretiker weisen in diesem Zusammenhang immer darauf hin, man dürfe "niemals außer acht lassen, daß zwischen den beiden gegensätzlichen Systemen ein unversöhnlicher Klassenantagonismus" bestehe, wobei "das Prinzip der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten verschiedener Systeme" nicht "den Verzicht auf internationalen Klassenkampf gegen den Kapitalismus" bedeute /42/.

Der Parteitag von 1956, der als neue Generallinie der Außenpolitik die friedliche Koexistenz propagierte, versuchte die sowjetische Ideologie der neuen Situation, die sowohl durch Stalins Tod als auch durch den kalten Krieg gegeben war, anzupassen /43/. Angesichts des atomaren Patts waren die Ideologen der Sowjetunion gezwungen, einen neuen Weg zum Sozialismus zu finden. Der Erste Weltkrieg und auch der Zweite hatten der Ausbreitung bzw. Festigung des Kommunismus gedient. Kriege waren schlechthin ein Vehikel der kommunistischen Revolution gewesen. Da

41) H.E. Bahr, a.a.O., S. 53

42) P.N. Fedossejew, in Pravda v. 16.3.1966; zit. n. H.E. Bahr, a.a.O., S. 53

43) Vgl. L. Révész, Kommentar zum Statut der KPdSU, a.a.O., S. 511

diese Möglichkeit der Verbreitung der Revolution nun auf das enge mit der totalen Vernichtung verbunden war und so den ersehnten kommunistischen Endzustand in eine möglicherweise unerreichbare Ferne rückte, wurde die Koexistenz in Verbindung mit der Weltrevolution zu einem "Prinzip der weltpolitischen Offensive mit begrenztem Risiko" ausgeformt /44/.

Chruščev ging im Rechenschaftsbericht zum XX. Parteitag auf die von westlicher Seite hervorgehobenen inneren Widersprüche der Politik der "friedlichen Koexistenz" ein, wonach die Sowjetunion das Prinzip der "friedlichen Koexistenz" nur aus "taktischen, konjunkturbedingten Erwägungen" aufgestellt habe /45/. Um diese Vorwürfe zu entkräften, berief er sich auf Lenin, der allerdings - wie bereits dargelegt - die Koexistenz als außenpolitischen Schachzug um des Überlebens willen hatte wählen müssen. War es nach der Oktoberrevolution die Übermacht des kapitalistischen Feindes gewesen, die dieses "Grundprinzip der sowjetischen Außenpolitik" erzwungen hatte, so forderte nun der Krieg als nicht mehr risikolos nutzbare Kampfform "auf der Grundlage des Leninschen Prinzips der friedlichen Koexistenz Kurs auf die Verbesserung der Beziehungen, die Festigung des Vertrauens und die Entwicklung der Zusammenarbeit mit allen Staaten zu halten" /46/.

Der Kommunismus ist seit dem XX. Parteitag gezwungen, eine noch größere Vielfalt von Möglichkeiten für seine Ausbreitung bereitzuhalten. Dies impliziert, daß er - da der Krieg weitgehend unmöglich ist - im Grunde nur auf atypisch friedlichem Weg erreicht werden kann, was wiederum nur durch eine Politik "auf lange Sicht, welche die traditionell-militante Politik ablösen" muß,

44) R. Ahlberg, a.a.O., S. 37

45) Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag, Berlin (Ost) 1956, S. 38 f

46) Ebd. S. 167

möglich sein kann /47/. So gilt auch in den siebziger Jahren das Resümee Chruščevs im Marxismus-Leninismus, wonach "das Prinzip der Koexistenz ... das Ziel" hat, "Kriege nicht zuzulassen" /48/. Dies bedeutet jedoch kein Dogma, vielmehr werden Kriege, die "überschaubar" sind, jederzeit für revolutionäre Zwecke genutzt. Weil die ideologische Leitlinie zunächst auf die Vermeidung eines globalen Konflikts abzielt, kann die Dauer der "friedlichen Koexistenz" bis zum endgültigen Sieg der Weltrevolution nicht vorherbestimmt werden. Sie hängt von den geschichtlichen Gegebenheiten ab. So stellte Chruščev fest: "Wenn man fragt, wie dauernd diese Koexistenz sein kann, so muß man sagen, daß dies von den historischen Bedingungen, von der historischen Entwicklung abhängen wird" /49/.

Auch Chruščev mußte sich naturgemäß bei seinen Aussagen zur Koexistenz und dem Sieg des Kommunismus eng an die marxistisch-leninistische Ideologie anlehnen, wobei er der Ansicht war, daß der Klassenkampf und die Widersprüche im kapitalistischen System schließlich dem Sozialismus den Sieg im Weltmaßstab ermöglichen würden. Somit würde der friedliche ökonomische Wettbewerb als eine Form der Koexistenz den Kapitalismus beseitigen. Chruščev war nicht der erste kommunistische Führer, der einem Irrtum der Ideologie zum Opfer gefallen ist, wonach es die auf wissenschaftlicher Basis erkennbare Kontinuität des Geschichtsprozesses gibt. Wenn in der Sowjetunion die Politik der "friedlichen Koexistenz" immer wieder auf Lenin zurückgeführt wird, bzw. Lenin immer wieder beschworen wird, so bedeutet dies im Grunde eine ideologische Hilflosigkeit und einen ideologischen Still-

47) J. Laloy, a.a.O., S. 680

48) N.S. Chruschtschow, Für dauerhaften Frieden und friedliche Koexistenz, Berlin (Ost) 1959, S. 124

49) Pravda v. 11.2.1955; zit. n. R. Ahlberg, a.a.O., S. 42

stand. Die heutigen Führer des Kreml stecken in dem Dilemma, mit dem veralteten und nicht mehr relevanten Koexistenzdenken Lenins in der veränderten Weltlage neue Akzente setzen zu müssen. Auch Chruščev war gezwungen, die goldene Mitte zwischen Revisionismus, also Eklektizismus, Toleranz, Frieden um jeden Preis und Dogmatismus, nämlich Radikalismus, Krieg und Intoleranz zu suchen /50/.

Im Rechenschaftsbericht an den XX. Parteikongress stellte er fest: "Die Leninsche These, daß die ökonomische Grundlage der Kriege erhalten bleibt, solange der Imperialismus besteht, behält natürlich ... ihre Gültigkeit ... Aber eine schicksalhafte Unvermeidbarkeit der Kriege gibt es nicht. Heute existieren mächtige gesellschaftliche und politische Kräfte, die über ernsthafte Mittel verfügen, um die Entfesselung eines Krieges durch die Imperialisten zu verhindern" /51/. Bezüglich der gewaltsamen Revolution, die eine Maxime Lenins schlechthin darstellt, führte Chruščev im gleichen Bericht aus: "Es ist richtig, daß wir die Notwendigkeit der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische Gesellschaft anerkennen. Und das unterscheidet die revolutionären Marxisten von den Reformisten, den Opportunisten ... Aber es gibt verschiedene Formen der sozialen Revolution. Und daß wir angeblich Gewalt und Bürgerkrieg als den einzigen Weg zur Umgestaltung der Gesellschaft anerkennen - das entspricht nicht den Tatsachen" /52/. Schließlich rückte Chruščev von Stalin ab und stellte eine strategische Leitlinie der Koexistenz auf, die jedoch keineswegs mit dem geschichtsnotwendigen Endsieg des Kommunismus kollidierte. Er erklärte, um einem Zerfall des sozialistischen Systems vorzubeugen, bzw. den

50) J. Laloy, a.a.O., S. 680

51) N.S. Chruschtschow, Rechenschaftsbericht..., a.a.O., S. 43

52) Ebd. S. 45

Sozialismus so attraktiv wie möglich zu machen: "Heute gibt es neben der sowjetischen Form der Umgestaltung der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage die Form der Volksdemokratie ... Viele Besonderheiten bringt in den sozialistischen Aufbau die Volksrepublik China hinein, deren Wirtschaft vor dem Sieg der Revolution äußerst rückständig war und halbfeudalen und halbkolonialen Charakter trug. Auf der Grundlage der Eroberung der entscheidenden Kommandohöhen verfolgt der volksdemokratische Staat im Laufe der Entwicklung der sozialistischen Revolution den Kurs auf friedliche Umgestaltung der Privatindustrie und des Privathandels und deren allmähliche Umwandlung in einen Bestandteil der sozialistischen Wirtschaft ... Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die Formen zum Übergang des Sozialismus immer mannigfaltiger werden" /53/.

Gleichzeitig verdeutlichte Moskau jedoch auch seinen Führungsanspruch im sozialistischen Lager, nachdem der XX. Parteitag "die Linie des Zentralkomitees und der Sowjetregierung für völlig richtig" gehalten hatte /54/. Die Konsequenz der EntschlieÙung des XX. Parteitages war das Aufoktroieren der Koexistenzidee für die regierenden kommunistischen Parteien - ausgenommen die KP Jugoslawiens - auf einer Konferenz im Jahr 1957. In einem Beschluß dieser Moskauer Konferenz hieß es: "Die an dieser Beratung teilnehmenden kommunistischen und Arbeiterparteien erklären, daß das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz der beiden Systeme, das unter den modernen Verhältnissen seine Fortentwicklung durch die Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU erhalten hat, die unantastbare

53) N.S. Chruschtschow, Rechenschaftsbericht..., a.a. O., S. 44

54) Ebd. S. 167

Grundlage der Außenpolitik der sozialistischen Länder und eine verlässliche Grundlage des Friedens und der Völkerfreundschaft ist" /55/. Das Prinzip der "friedlichen Koexistenz" wurde seit dem XX. Parteitag kontinuierlich im Marxismus-Leninismus manifestiert und schließlich auch für alle kommunistischen Parteien verbindlich gemacht. Die entsprechenden Dokumente über die "friedliche Koexistenz" lassen den Schluß zu, daß dieses Prinzip heute als ein "integrierter Bestandteil des Marxismus-Leninismus" angesehen werden kann, also ein Dogma der sowjetischen Ideologie darstellt /56/.

Das dritte, bis 1980 gültige Parteiprogramm trug dieser Entwicklung Rechnung. Als Leitlinie für die zukünftige Politik impliziert es eine universelle Herausforderung, ideologischer, ökonomischer und militärischer Natur: "Die friedliche Koexistenz bildet die Grundlage des friedlichen Wettbewerbs zwischen Sozialismus und Kapitalismus im internationalen Maßstab und stellt eine spezifische Form des Klassenkampfes zwischen ihnen dar. Indem die sozialistischen Länder sich konsequent für die friedliche Koexistenz einsetzen, streben sie nach unablässiger Festigung der Positionen des sozialistischen Weltsystems in seinem Wettstreit mit dem Kapitalismus. Bei friedlicher Koexistenz hat die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder günstigere Kampfmöglichkeiten, fällt es den Völkern der kolonialen und unabhängigen Länder leichter, für ihre Befreiung zu kämpfen. Auch jener Teil der Bourgeoisie, der versteht, daß ein Thermonuklearkrieg die herrschenden Klassen der kapitalistischen Gesellschaft gleichfalls nicht verschonen würde, ist daran interessiert, das Prin-

55) "Neues Deutschland" v. 22.11.1957; zit. n. R. Ahlberg, a.a.O., S. 37

56) R. Ahlberg, a.a.O., S. 38

zip der friedlichen Koexistenz zu unterstützen. Die Politik der friedlichen Koexistenz entspricht den ureigenen Interessen der gesamten Menschheit mit Ausnahme der Beherrscher der Mammutmonopole und des Militärklüngels" /57/.

Betrachtet man die drei von Chruščev 1956 dargelegten Prinzipien unter dem Aspekt des Traditionalismus, so bedeutet Koexistenz ein Vorgehen, das mit dem Koexistenzdenken Lenins und Stalins im wesentlichen konform geht, also lediglich Geduld und Ausdauer in einem unerbittlichen Kampf bedeutet. Unter dem Aspekt des Revisionismus müssen die Prinzipien der Koexistenz "letztlich zur Aufgabe des Leninismus" führen, "durch den festgestellt war, daß die Sowjetunion einen Staat sui generis darstellt, universal in seiner Berufung und ohne Gemeinsamkeit mit der übrigen Welt" /58/.

Chruščev stellte bei der Formulierung seiner Koexistenztheorie Lenins Imperialismustheorie in Frage. Hatte Lenin festgestellt, daß in der Epoche des Imperialismus Kriege nicht zu vermeiden seien und das friedliche Zusammenleben eines kommunistischen Staates mit der imperialistischen Welt für alle Zeiten nicht denkbar sei, so erklärte Chruščev 1956 vor dem Parteitag der KPdSU zunächst im Sinne Lenins, daß "reaktionäre Kräfte bemüht sein"würden,"einen Krieg zu entfesseln ... solange es auf der Erde noch einen Kapitalismus gibt" /59/. Danach wies er - wie bereits angedeutet - jedoch darauf hin, daß es "Kräfte"gebe, die dies verhindern könnten.

Es besteht kein Zweifel, daß Chruščev darunter den Kommunismus verstand. Dabei erhebt sich sogleich die Frage nach dem Wesen dieses Kommunismus. Beharrt er

57) Zit. n. Ost-Probleme, 11.Jg. Nr. 25, November 1961, S. 802 ff

58) J. Laloy, a.a.O., S. 681

59) Zit. n. R. Ahlberg, a.a.O., S. 43

auf seiner Diktatur und Intoleranz oder verzichtet er auf Gewaltanwendung und führt die Revolution friedlich, d.h. durch Reformen durch? In diesem Fall müßte er jedoch Lenins Doktrin fallenlassen und sich selbst in Frage stellen. Chruščev verstand es, sowohl Krisen als auch Situationen der Entspannung in der internationalen Lage mit seiner Koexistenzauffassung zu interpretieren. Ein Charakteristikum dieses Koexistenzdenkens bestand darin, daß der Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern sich ständig zuspitze und der friedliche ökonomische Wettbewerb den Untergang des Kapitalismus beschleunige.

Die Politik der "friedlichen Koexistenz" beruht heute zweifellos auf der Seite der Sowjetunion auf einem gestärkten nationalen Bewußtsein. Seit Stalin ist das kommunistische Rußland zu einer Macht herangewachsen, die sich ihrer Stärke wohl bewußt ist. Die Führer des ersten sozialistischen Staates haben vor dem Hintergrund ihrer militärischen Stärke eine Politik des gesteigerten Selbstbewußtseins eingeschlagen. So trug Chruščev der neuen Situation Rechnung und stellte die These von der Vermeidbarkeit von Kriegen auf, wobei er eine Koexistenz der Herausforderung propagierte. Dazu erklärte er 1961: "In unmittelbarer Beziehung zur Politik der friedlichen Koexistenz steht die ... These, daß der Krieg in unserer Zeit nicht unvermeidlich ist. Die von Lenin aufgestellten Leitsätze über den Imperialismus bleiben in Kraft, dienen uns nach wie vor und werden uns als Leitstern in unserer Theorie und Praxis dienen. Man darf jedoch nicht vergessen, daß die Leninschen Leitsätze über den Imperialismus vor Dutzenden von Jahren von ihm aufgestellt worden sind, als viele Erscheinungen nicht vorhanden waren, die jetzt für die Entwicklung des geschichtlichen Prozesses, für die ganze internationale Lage

entscheidend geworden sind ...

In der Geschichte wird möglicherweise eine Zeit kommen, da der Kapitalismus nur in einer kleinen Anzahl von Ländern bestehenbleiben wird, dazu vielleicht in solch kleinen wie beispielsweise ein Westenknopf.

Und was dann? Muß man auch unter solchen Bedingungen im Buch nachsehen, was Wladimir Iljitsch Lenin völlig richtig für seine Zeit gesagt hat, muß man einfach wiederholen, daß die Kriege unvermeidlich seien, weil kapitalistische Länder existieren? ...

All das gibt Grund, mit Sicherheit zu sagen, daß der Krieg unter den heutigen Bedingungen nicht unvermeidlich ist. Wer dies nicht begreift, der glaubt nicht an die Kraft und an die schöpferischen Möglichkeiten der Arbeiterklasse, der unterschätzt die Macht des sozialistischen Lagers, der glaubt nicht an die starke Anziehungskraft des Sozialismus, der mit aller Offensichtlichkeit seine Vorzüge gegenüber dem Kapitalismus manifestiert hat" /60/.

Gedanken und Überzeugungen dieser Art führten zu Bestrebungen in der Sowjetunion, die unter dem Leitmotiv "einholen und überholen" gewaltige Anstrengungen seitens der KPdSU hervorbrachten, um den Kapitalismus auf wirtschaftlicher Basis niederzuringen /61/. Schon damals wurde die Koexistenz von dem Gedanken mitbestimmt, Entwicklungsprobleme mit Hilfe kapitalistischer Industriestaaten zu lösen. Die gesamte sowjetische Führung hat Chruščëvs Pläne und Experimente öffentlich gutgeheißen und unterstützt. Dazu stellte Brežnev auf dem XXI. Parteitag fest: "Im Vortrag Nikita Sergejewitsch Chruschtschows wurden glänzende Entwicklungsperspektiven für unsere Heimat in nächster Zukunft eröffnet, in denen sich die vielfältige Umgestaltungsaktivität unserer Partei spiegelt, schöpfe-

60) Zit. n. R. Ahlberg, a.a.O., S. 43

61) B. Lewytzkyj, Sowjetische Entspannungspolitik heute, Stuttgart 1976, S. 51

risch ausgearbeitet wurden die großen Probleme der marxistisch-leninistischen Wissenschaft, aufgezeigt wurde der volle und unteilbare Sieg des Leninschen Kurses, der vom XX. Parteitag ausgearbeitet und verkündet wurde. Dieses Siebenjahresprogramm, das von Genossen Chruschtschow dargelegt wurde, beflügelte uns alle durch seine Grandiosität, durch die Maßstäbe des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus. Es mobilisiert alle Sowjetmenschen zu neuen Großtaten" /62/.

Nach Chruščëvs Entmachtung und der historischen Bewältigung seiner Person hinderte dies seine Nachfolger jedoch nicht daran, ihm "Voluntarismus" und "zügellosen Reformismus" vorzuwerfen /63/. Die heutigen Führer der Sowjetunion haben viele Ideen Chruščëvs zu ihren eigenen gemacht. Sie haben an den Vorstellungen festgehalten, die Sowjetunion müsse so schnell wie möglich auf "dem ersten Platz der Welt stehen, sowohl nach dem absolut gemessenen Produktionsvolumen wie auch nach der Produktion pro Kopf und Bevölkerung" /64/. Dieser weltweite historische Sieg des Sozialismus soll in friedlichem Wettbewerb mit dem Kapitalismus in der internationalen Arena errungen werden. Paradox ist dabei, daß der Kapitalismus selbst durch enge ökonomisch-technische Zusammenarbeit dazu beitragen soll. So versucht die sowjetische Führung unter Brežnev, den Kommunismus durch die Hintertür ins Haus zu bringen. Neben dem "Zustandekommen einer gemeinsamen Front gegen China nach Mao" als Fernziel, sowie der "Besserung der Verhältnisse im eigenen Land", galt es zunächst in Europa Sicherheit zu schaffen /65/. Dabei wurde das Vorhaben für eine europäische Sicherheitskonferenz "eng mit dem taktischen Ziel verknüpft,

62) B. Lewytzkyj, a.a.O., S. 52

63) Ebd. S. 51

64) Ebd. S. 53

65) M. Morozow, Leonid Breschnew. Biographie, Stuttgart u.a. 1973, S. 273

die sowjetische Vormachtstellung gegenüber der westlichen Allianz zu stärken, und in die starren Gebote der ideologischen Verpflichtungen der sowjetischen Führung eingeordnet" /66/. Für Brežnev bedeutete das Problem der europäischen Sicherheit nicht nur ein "außenpolitisches", sondern auch ein "höchst bedeutungsvolles gesellschaftliches" /67/. Brežnevs taktische Bemühungen gingen und gehen dahin, auch Nichtkommunisten in Europa für das höchste kommunistische Interesse, die sozialistische Revolutionierung Westeuropas zu gewinnen. Auf der Karlsbader Konferenz, die vom 24. - 26. April 1967 stattfand, und an der Repräsentanten von sechzehn kommunistischen Parteien aus allen Teilen Europas teilnahmen, gab Brežnev bekannt, daß die kommunistische Partei der Sowjetunion bereit sei, "Kontakte mit den sozialdemokratischen Parteien zu entwickeln, die gemeinsam mit uns vorgehen wollen" /68/.

Brežnevs Ausführungen auf dieser Konferenz machten deutlich, wie aus der Verringerung von Spannungen die europäische Politik in eine prosowjetische Richtung gelenkt werden kann. Aus den Erfahrungen der Nachkriegszeit hatten die Strategen des Kreml gelernt, was Brežnev in seinem Referat betonte, daß nämlich in den Zeiten gespannter politischer Atmosphäre der Antikommunismus gefördert würde, während "unter den Bedingungen nachlassender internationaler Spannungen der Zeiger des politischen Barometers nach links wandert" /69/.

Spannungsminderung bedeutet kein Preisgeben der kom-

66) M.D. Shulman, Sowjetische Vorschläge für eine europäische Sicherheitskonferenz (1966-1969); in: H. Volle und W. Wagner (Hrsg.), KSZE-Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Beiträge und Dokumente aus dem Europa-Archiv, Bonn 1976, S. 7

67) Ebd. S. 7

68) Ebd. S. 6 f

69) Ebd. S. 7

munistischen Versuche einer revolutionären Umwälzung hin zum sowjetischen Sozialismus. So stellte Brežnev 1967 fest, was er in den Jahren danach häufig wiederholte: "Immer wieder ist eines der grundlegenden Postulate kommunistischer Strategie bestätigt worden: der Kampf für den Frieden steht nicht im Widerspruch zum Kampf für den Sozialismus. Das historische Ziel unserer Bewegung ist Sozialismus und Kommunismus. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiterklasse und die Völker Westeuropas früher oder später den sozialistischen Weg wählen werden" /70/.

Vor diesem Hintergrund ist die sowjetische Koexistenz der siebziger Jahre zu sehen. Begleitet wird sie von einem militärischen Wettrüsten höchsten Grades. Diese Tatsachen machen sie zu einer Koexistenz der Drohung; denn die sowjetische Argumentation blieb bis heute in dreifacher Hinsicht unnachgiebig: "Selbst der geschwächte Imperialismus bedeutet eine Kriegsgefahr; es sind nicht alle Kriege, sondern nur bestimmte Formen des Krieges zu vermeiden; Koexistenz auf ideologischem Gebiet ist unmöglich" /71/.

Im folgenden Teil wird deshalb darzustellen versucht, inwieweit die Doppelsinnigkeit der "friedlichen Koexistenz" in der Ära Brežnev sich fortsetzt.

70) M.O. Shulman, a.a.O., S. 7

71) J. Laloy, a.a.O., S. 685

IV Die Intransigenz der "friedlichen Koexistenz" und des revolutionären Weltprozesses

1 Der Primat der staatsbürokratischen Ideologie

In jüngster Zeit wurde wiederholt die Frage gestellt, ob die Sowjetführer die Weltrevolution noch "wollen" /1/. Die Gründe für einen solchen Zweifel beruhen auf der Tatsache, daß sich die Sowjetunion in wachsendem Umfang dem Westen "öffnet". Im Gefolge dieser Annäherung wurde eine innere Liberalisierung erwartet, die jedoch nicht stattgefunden hat. Vielmehr entsprang der Wunsch nach dem Dialog mit dem Westen dem Interesse des Überlebens, und zwar in zweifacher Hinsicht. Zum ersten ist es die Überzeugung der Sowjetführer, daß ein Nuklearkrieg möglicherweise die Zerstörung der UdSSR und das Ende des Geschichtsverlaufs im Sinne des Marxismus-Leninismus bedeuten könnte, zum zweiten betrifft es die Weiterentwicklung der Sowjetgesellschaft unter dem herrschenden System schlechthin. Denn auch ein Stillstand der gesellschaftlichen Entwicklung gegenüber den modernen Industriestaaten könnte das Ende dieses starren, totalitären Systems bedeuten.

Eine Einschätzung der Absichten des kommunistischen Zentrums war seit je sehr spekulativ, weil die Relation von Ideologie und nationalstaatlichem Handeln seit Bestehen der Sowjetunion stets komplex und daher schwer überschaubar war. Die Folge davon ist, auch heute noch in der UdSSR (und zwar mit Recht) ein "einzigartiges, völlig unbiegsames, in der Geschichte moderner internationaler Beziehungen noch nie vorgekommenes Phänomen" zu sehen, bzw. eine 'als Staat ge-

1) W. Leonhard, Am Vorabend einer neuen Revolution? Die Zukunft des Sowjetkommunismus, München u.a. 1975, S.258

tarnte Verschwörung' zu vermuten /2/. Diese Ansicht läßt sich auf den Primat der Ideologie zurückführen, die der Marxismus-Leninismus als ein "System von Anschauungen und Ideen" definiert, "das direkt oder vermittelt, die ökonomischen und sozialen Besonderheiten der Gesellschaft widerspiegelt, der Lage, den Interessen und Zielen einer bestimmten Klasse der Gesellschaft Ausdruck verleiht und auf die Erhaltung oder Veränderung einer bestehenden gesellschaftlichen Ordnung gerichtet ist" /3/. Da die Ideologie "in das Bewußtsein einer Klasse durch ihre Theoretiker, durch ihre Fachideologen hineingetragen"/4/wird, und dieses "Hineintragen" von den Sowjetideologen stets missionarisch verstanden wurde, kann die Frage des einstigen Marineministers und späteren Verteidigungsministers der USA, James Forrestal, daß es von größter Wichtigkeit sei, Klarheit zu bekommen, ob die Sowjetunion "ein Staat oder eine Religion" ist, im Sinne einer revolutionären Erlösungslehre beantwortet werden /5/.

Ähnlich äußerte sich ein Diplomat nach vier Jahrzehnten Konfrontation mit sowjetischen Problemen: "Ich glaube nicht, daß wir eine ruhige Welt sehen werden, solange sich die Sowjetunion in ihrer jetzigen Form betätigt. Meine einzige Hoffnung, und diese ist sehr gering, ist, daß die Sowjetunion an einem gewissen Zeitpunkt anfangen wird wie ein Staat zu handeln, instead of a cause" /6/.

Seit dem XXV. Parteikongress wissen wir, daß diese Gedanken weiterhin nur Hoffnung sein werden; denn eine stärker anwachsende Tendenz der Ideologisierung

2) S.L. Sharp, Sowjetisch-amerikanische Beziehungen in den Siebziger Jahren, in: R.Löwenthal (Hrsg.), Die Sowjetunion als Weltmacht, Berlin 1976, S.20

3) Grundlagen der marxistisch-leninistischen Philosophie, Frankfurt/Main 1974⁵, S.448

4) Ebd. S. 448

5) S.L. Sharp, a.a.O., S.20

6) Ch.E. Bohlen, Witness to history, zit.n. S.L.Sharp a.a.O., S. 20

läßt das weltrevolutionäre Element der sowjetischen Außenpolitik in Zukunft eine stärkere Betonung erfahren, wobei in Verbindung mit militärstrategischen Gesichtspunkten die außenpolitische Generallinie korrigiert wurde /7/.

Als nach der Gründung des sowjetkommunistischen Regimes das Streben nach der internationalen Revolution den Bedürfnissen nach nationaler Sicherheit weichen mußte, wurde doch mit Hilfe der Ideologie die revolutionäre Perspektive in Form der Ausweitung der Sowjetmacht durch eine Revolution von oben unter dem Schutz des Hitler-Stalin-Paktes und auch am Ende des Zweiten Weltkrieges unter der noch bestehenden Westallianz fortgesetzt /8/.

Auch Chruščev schürte wie jede sowjetische Führung die weltrevolutionären Hoffnungen. Wenn auch der "antirevolutionäre" Faktor der Ära Chruščev, nämlich die Tatsache, daß "mehr kommunistische Staaten nicht notwendig mehr Macht und Größe der Sowjetunion bedeuten", hinzugetreten ist, stellt sich doch die Frage, ob es richtig ist -wie jüngst dargestellt wurde- daß die "Weltrevolution nach mehreren Schwankungen endgültig aufgehört hat, eine Triebkraft der sowjetischen Außenpolitik zu sein"/9/.

Wenn die Generallinie der sowjetischen Außenpolitik versucht, "die günstigen internationalen Bedingungen für die Festigung und Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus zu sichern", so bedeutet dies mit anderen Worten den Versuch des Aufoktrozierens der marxistisch-leninistischen Weltanschauung von der Basis des Sowjetimperiums aus /10/. Die Hegemonial-

7) L.Breshnew, Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik, 24.Februar 1976, in: Sozialismus. Theorie und Praxis, Nr.3/1976, Moskau 1976, S.37 ff

8) R. Löwenthal, Die Sowjetunion als Weltmacht, a.a.O., S. 10

9) Ebd. S. 11

10) W.N. Jegorow, a.a.O., S. 202

ansprüche der UdSSR sind untrennbar verbunden mit dem weltrevolutionären Ziel. Die Aufgabe des einen bedeutet die Aufgabe des anderen. So bewirkte der Abfall des kommunistischen China sowie der Versuch kleinerer kommunistischer Staaten wie etwa der ČSSR, eigene Wege zum Sozialismus einzuschlagen, eine ideologische Straffung.

Daß die Ausdehnung kommunistischer Herrschaft den Begriff "Sowjetimperialismus" rechtfertigt, empfinden die heutigen Herrscher kaum als Widerspruch, sind es doch die Glaubenssätze der Ideologie, die Dialektik der Geschichte, die ein solches Vorgehen rechtmäßig erscheinen lassen. Anders ausgedrückt: Der Sowjetkommunismus unternimmt gewaltige Anstrengungen, zu einer "ideologischen Integration" zu kommen, zu einer "weitgehenden Festigung der ideologischen Disziplin, einer uniformen Auslegung des 'Marxismus-Leninismus'...", um mit dieser Legitimation handeln zu können /11/. Eine solche Festigung impliziert das Ausüben politischer und militärischer Macht auf dem gesamten Territorium der sozialistischen Staatengemeinschaft im Sinne des sozialistischen Internationalismus. Dieser verlangt sowohl in der Innen- wie in der Außenpolitik der sozialistisch gewordenen Länder eine totale Gleichschaltung, die auf die 'allgemeinbindende Natur der sowjetischen Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus' zurückgeführt wird /12/. Dogmatisch wurde dieser Sachverhalt so dargestellt: "... unsere sowjetische Erfahrung enthält also allgemeine Gesetzmäßigkeiten, ohne die der Aufbau des Sozialismus nicht möglich ist" /13/.

Die UdSSR hat stets unmißverständlich deutlich gemacht, daß es auch beim Entspannungsprozeß etwa nach Nixons Formel "confrontation - negotiation - cooperation" keinen ideologischen Kompromiß mit dem Imperia-

11) L. Grünwald, Der Mythos "Weltsystem" und "Weltbewegung", in: Osteuropa, 22.Jg. Juli 1972, S.520 f

12) L. Révész, Export der Revolution, Bern 1971, S.115

13) Grundsatzartikel von Franzev, zit.n. L. Révész, ebd. S. 115

lismus gibt. So erklärte Gromyko 1968 zur Rechtfertigung seines Angebots für gute Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gegenüber der kommunistischen Welt:

"In internationalen Fragen gibt es Unternehmungen, die sich nur schwer als rein außenpolitische oder rein ideologische Handlungen einstufen lassen. Mehr als einmal sind sie eine Kombination aus beidem. Das kann auch gar nicht anders sein, da es so etwas wie eine einzige grundlegende Form der Außenpolitik weder gibt noch gab, eine Politik, die es versäumt, die Interessen bestimmter Klassen und ihrer Ideologien zu berücksichtigen oder zu reflektieren. Die außenpolitischen Aktionen der Regierungen sind heute untrennbar mit dem Widerstreit der Ideologien, dem Kampf der Meinungen und der Zustimmung der Massen verbunden und davon gekennzeichnet" /14/.

In der Sowjetunion stellt die Ideologie somit ein Grundprinzip dar, das jegliches außenpolitische Handeln beeinflusst, wobei neben der wirtschaftlichen Basis das Machtprinzip im Sinne Lenins stark hervorgehoben wird. Wenn die Ideologie einen maximalen Einfluß auf die Politik ausübt, so hängt dies zweifellos mit dem Sowjetsystem als einem weitgehend abgeschlossenen System zusammen /15/. Die Tatsache, daß die Menschen dort bereits vor dem Entstehen der Sowjetmacht Jahrhunderte von der übrigen Welt isoliert waren, daß westliches Gedankengut nur begrenzt Einfluß genommen hat, und sowjetische Reaktionen auf westliche Vorgänge Unwissenheit und mangelnde Vertrautheit an den Tag brachten, führt in Verbindung mit einer aufoktroierten Weltanschauung zu falschen Einschätzungen, die wiederum politische Entscheidungen in hohem Maße beeinträchtigen können /16/.

M. Shulman, Sow. Vorschläge f. eine europ. Sicherh.k., in:

- 14) H. Volle u. W. Wagner (Hrsg.), KSZE. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Beiträgen und Dokumenten aus dem Europa-Archiv, Bonn 1976, S. 9
- 15) E. Schulz, Moskau und die Integration Westeuropas, in: R. Löwenthal (Hrsg.), Die Sowjetunion als Weltmacht, a.a.O., S. 36
- 16) Ebd. S. 37

Lenin hat als Gründer der Sowjetunion die Basis für das Ideologie-Monopol auf den Wurzeln Marx'schen Denkens gelegt, Stalin wußte es für rein national-machtpolitische Ambitionen auszubauen, man denke nur an die Komintern als das von Anfang an konzipierte und perfekt weiterentwickelte Machtinstrument der sowjetischen Außenpolitik /17/. Die sowjetische Führung hat das Monopol der Ideologie seit Stalin mit allen Mitteln verteidigt. Der Marxismus-Leninismus, Inkarnation des sowjetischen Imperiums schlechthin, ist die unentbehrliche Legitimation für eine Groß-machtpolitik und die Führungsrolle der KPdSU in der internationalen kommunistischen und revolutionären Bewegung geworden. Orthodoxe Marxisten sehen darin einen Widerspruch gegenüber einer "wissenschaftlichen Auffassung des Sozialismus als einem ständigen Forschungsprozeß" und somit auch die "Wurzel des Desintegrationsprozesses der Weltbewegung und die Ursache der Lähmung der revolutionären und antiimperialistischen Bewegungen" /18/.

Der Primat der Ideologie dirigiert beim politischen Entscheidungsprozeß sämtliche Initiativen, besonders natürlich auf der höchsten Ebene. Auch die Autorität des Generalsekretärs wird weitgehend von ideologischen Direktiven bestimmt. Sein Hauptanliegen, das Erlangen, Erhalten und Stärken der Macht ist untrennbar mit der Ideologie verbunden. Stalin hatte dies rechtzeitig erkannt und gebärdete sich um an die Macht zu gelangen "leninistischer" als Lenin selbst es zu Lebzeiten jemals getan hatte. Auch der Pragmatiker Brežnev mußte nach längerer Krankheit zur Stärkung seiner Stellung auf die von dem mehr und mehr in den Vordergrund getretenen Politbüro-Vorsitzenden und Chefideologen Suslov und dessen Gesinnungsgegens-

¹⁷) Vgl. N. Lobkowicz, Einleitung zu "Die Technik der Macht", a.a.O., S. 36

¹⁸) L. Grünwald, a.a.O., S. 517

sen Ponomarjov und Sarodov eingeschlagene ideologische Linie einschwenken, die zu einem "stärkeren Hervortreten des weltrevolutionären Elements in der sowjetischen Außenpolitik geführt" hat /19/.

Sieht man das Verhältnis zwischen "Parteiführern und dem Rest der Gesellschaft" als ein "Befehlsverhältnis, in dem politische und gesellschaftliche Organisationen als 'Transmissionsriemen' für KP-Direktiven dienen", so stellt diese Beziehung zwischen Partei und Gesellschaft ein Anwenden verbürokratisierter Ideologie dar /20/. Die Hierarchie- und Befehlsstruktur des gesamten Systems wird von einem Bündel von Zielen geleitet, dessen einigendes Band der Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung darstellt. Im Gegensatz zu den Anfängen der Sowjetunion und zur Stalin-Zeit, als unter bestimmten Umständen Nachteile für die kommunistische Sache in Kauf genommen wurden, um des Vaterlandes und der Weltrevolution willen einen Schritt voranzukommen, gilt heute die Maxime Brežnevs:

"Wenn ein Zugeständnis an den Opportunismus irgendeinen zeitweiligen Vorteil ergibt, wird es im Endeffekt der Partei zum Schaden gereichen" /21/.

Dieses Denken stellt die ideologische Kehrseite des sowjetischen Koexistenzprinzips dar. In seiner Konsequenz mag es zum Sturz des ehemaligen KGB-Chefs und späteren Vorsitzenden des Rates der Sowjetgewerkschaften Šelepin beigetragen haben. Trifft die Behauptung Solženicyns in seinem Buch "Bodalsja teljonok s dubom" zu, so trat Šelepin für eine "Versöhnung und einen Kompromiß mit der VR China" ein /22/. Mag dies für seine Verbannung aus dem Politbüro noch nicht den Ausschlag gegeben haben, so ist sicher sein Verständnis für eine mit dem 'Historischen Kompromiß' verbundene

-
- 19) B. Meissner, Die Ergebnisse des XXV. Parteikongresses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, in: Europaarchiv, 31. Jg. Mai 1976, S. 292
 - 20) R.E. Kanet u. D.L. Bahry, Mitwirkung, Einfluß und Anpassung in der KPdSU, in: Osteuropa, 26.Jg. Januar 1976, S. 36
 - 21) L. Breshnew, Rechenschaftsbericht ...,a.a.O., S.42
 - 22) B. Meissner, Die Sowjetunion zwischen dem XXIV. u. XXV. Parteikongress...,in:Osteuropa,26.Jg.,S. 25

"Strategie und Taktik der italienischen Kommunisten" schwerer ins Gewicht gefallen /23/. Šelepin, der im Sinne der nichtregierenden kommunistischen Parteien deren Wunsch nach einem eigenen Weg befürwortete, geriet damit in eine Konfrontation mit Suslov und Ponomarjov, die jede Krise des Westens revolutionär nutzen wollen und dabei auch eine gewaltsame Macht-ergreifung befürworten. So hatte Suslov anlässlich des 105. Geburtstages Lenins im außenpolitischen Teil seiner Rede davon gesprochen, daß der Kapitalismus "von der tiefsten Krise der gesamten Nachkriegsperiode erschüttert wird, die die Wirtschaft, den politischen Überbau und die Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft erfaßt hat" /24/.

Im Sinne der sowjetischen Koexistenzkonzeption betrachtet Suslov die Entspannung als ein "Objekt harter politischer und ideologischer Auseinandersetzungen", wobei das kommunistische Weltssystem "unter den Bedingungen der Entspannung und der weiteren Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus" ständig stärker würde /25/. Ein Passus aus dem innenpolitischen Teil seiner Rede verdeutlicht den Primat der Ideologie. Suslov betonte das "Anwachsen der führenden Rolle der Partei" und verlangte, "einen unversöhnlichen Kampf gegen den Antikommunismus und Antisowjetismus, gegen bürgerliche Ideologie und Revisionismus sowie gegen schädliche Überbleibsel der Vergangenheit zu führen" /26/.

In den letzten Jahren sind auf vielen Gebieten des Staatslebens, so in den Streitkräften, in der Partei, in der Kulturpolitik und im Parteiapparat "Anstrengungen zur ideologischen Indoktrination unternommen worden" /27/. Im Herbst 1976 erklärte Brežnev, als er

23) B. Meissner, Die Sowjetunion zwischen dem XXIV. und XXV. Parteikongress der KPdSU, in: Osteuropa, 26.Jg., Januar 1976, S. 25

24) Zit. n. B. Meissner, ebd. S. 27

25) Ebd. S. 27

26) Ebd. S. 27

27) Bundesinstitut für ostwissenschaftliche u. internationale Studien (Hrsg.), Sowjetunion 1974/75, München 1975, S. 31

die Leitlinien für die sowjetische Außenpolitik nach dem XXV. Parteitag darlegte, "daß unter den Bedingungen der Entspannung immer höhere Anforderungen an unsere ideologische Arbeit gestellt werden"/28/. Sowohl im Inland als auch im Ausland müsse "die Propaganda ... feinfühlig auf die in der Welt vor sich gehenden Veränderungen reagieren", sie müsse "verständlich und überzeugend sein" /29/. Brežnev stellte unmißverständlich klar:

"Das ZK wird auch künftig die Fragen der ideologischen Arbeit in den Mittelpunkt seiner Aufmerksamkeit stellen. Das gleiche werden wir von allen Parteiorganen und -organisationen fordern" /30/.

Eine verstärkte Ideologiesierung der Armee, verbunden mit einer "Mobilisierung der patriotischen Kräfte in der Sowjetbevölkerung" wird sowohl durch Politoffiziere, die in allen militärischen Einheiten tätig sind, vorgenommen als auch durch Parteikader, die ebenfalls alle Ebenen des gesamten Militärapparates durchdringen /31/. Das besondere Gewicht, das in den Augen maßgebender Sowjets einer ideologisch-politisch gefestigten Führung der Streitkräfte zukommt, läßt sich an der Realität einer 90-prozentigen Zugehörigkeit aller Offiziere und Mannschaften zur KPdSU und zum Komsomol absehen./32/. Die Differenzierung dieser Zahl zeigt, daß die Offiziere zu 85 Prozent Mitglieder der KPdSU sind, während der Anteil der Mannschaftsdienstgrade am Komsomol 81 Prozent beträgt/33/. Die ideologische Indoktrination wird dementsprechend

28) Rede des Generalsekretärs des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Leonid Breschnjew, vor dem Zentralkomitee am 25. Oktober 1976, auszugsweise in: Europaarchiv 31.Jg., 10.12.76, D 639

29) Ebd. D 639

30) Ebd. D 639

31) B. Meissner, Die Sowjetunion zwischen dem XXIV, u. XXV. Parteikongress der KPdSU, a.a.O., S.27

32) Bundesinstitut für ostwissenschaftliche u. internationale Studien (Hrsg.), Sowjetunion 1974/75, a.a.O., S. 30

33) Ebd. S. 30

auf verschiedenen Konferenzen sowohl der KPdSU- Sekretäre als auch der Komsomolsekretäre vorbereitet. Eine chronologische Betrachtung dieser Beratungen ergibt, daß sie stets mit wichtigen innen- oder außenpolitischen Vorgängen im Zusammenhang standen. So fand die letzte (V.) Armeekonferenz der KPdSU-Sekretäre, die vor allem die Offiziere ansprechen sollte, im März 1973 in Moskau statt (die ersten vier waren 1925, 1928, 1931 und 1960 einberufen worden); ihre wichtigsten Beratungspunkte betrafen "Fragen der Absicherung des inneren Risikos der sowjetischen Entspannungspolitik" /34/.

Die sowjetische Führung benutzt die Entspannungspolitik innenpolitisch zur Verteufelung des Partners, mit dem sie eben diese Politik zu ihren Gunsten betreibt. So hieß es, daß unter den Bedingungen weltweiter Entspannung infolge unablässig fortgesetzter Aktivitäten der reaktionären Kräfte ein Prozeß verschärft werde, der sich als materielle Vorbereitung eines neuen Weltkrieges erweise, weshalb das Eigeninteresse der Sowjetunion eine hohe Gefechtsbereitschaft ihrer Streitkräfte und damit ein Höchstmaß an Disziplin erfordere /35/.

Weitere Zielrichtungen der ideologischen Indoktrination richten sich an das Sozialverhalten und den Arbeitseifer der jungen Generation, an die Aufrechterhaltung kommunistischer Moralvorstellungen und gegen Mißverständnisse, die sich als Folge der Entspannungspolitik ergeben könnten. Wurde durch "versöhnliche" Gesten sowjetischer Politiker gegenüber westlichen Staatsmännern und durch den Abschluß verschiedener Verträge sowie durch die wirtschaftlich-technische

34) Bundesinstitut für ostwissenschaftliche u. internationale Studien (Hrsg.), Sowjetunion 1974/75, a.a.O., S. 30

35) Ebd. S. 30

Kooperation das Ansehen des Kapitalismus gestärkt, so mußte als Reaktion eine ideologische Kampagne erfolgen, die einen kompromißlosen Kampf gegen das Eindringen westlichen Gedankengutes und gegen jede Art von "Revisionismus und Reformismus" implizierte. Hier zeichnet sich die Asymmetrie der "friedlichen Koexistenz" kommunistischer Prägung ab: Während nach dem Export sozialistischer Ideen der ideologische Kampf in den kapitalistischen Ländern uneingeschränkt geführt werden muß, werden sämtliche unerwünschte Einwirkungsmöglichkeiten des Westens auf das sozialistische Lager abgeblockt, bzw. als "Unterminierung der führenden Stellung der Partei" und als "Erosion des sozialistischen Staates" bezeichnet /36/.

Die ideologische Indoktrination zielt vor allem auch auf die Verbesserung der Ausbildung der führenden Kader ab. Da jede moderne Industriegesellschaft durch eine wachsende Zahl von Differenzierungsprozessen gekennzeichnet ist, die notwendigerweise den Einsatz hochqualifizierter Techniker erfordert, welche einen wesentlichen Anteil an Entscheidungen haben, sieht es die Sowjetführung als dringend an, die Technokratisierung der Gesellschaft in systemkonforme Bahnen zu lenken. Um einen Rückzug der Ideologie aus dem Bereich der Technik und Wirtschaft aufzuhalten und eine Aufweichung zu vermeiden, wird die Schulung der Parteikader verbessert und "neben der parteipolitischen Arbeit (werden) auch gewisse fachliche Qualifikationen vermittelt" /37/.

Die Indoktrinationsbeschlüsse wenden sich besonders auch an alle Vertreter der Massenmedien und Kulturfunktionäre. Der Festigung der ideologischen Position wurde und wird ein solches Gewicht beigemessen -und

36) Bundesinstitut für ostwissenschaftliche u. internationale Studien (Hrsg.), Sowjetunion 1974/75, a.a.O., S. 34; vgl. G. Wettig, Freiere Begegnungen und Dialoge zwischen Ost und West, in: Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B 11/75, v. 15. März 1975, Bonn 1975, S.22

37) Ebd. S. 35

das ist verständlich, denn mit der Ideologie steht oder fällt der Kommunismus- daß auch Brežnev auf dem XXV. Parteikongress ihre zentrale Bedeutung besonders hervorhob. Die für die Innenpolitik verbindliche Generallinie strebt nach einer noch stärkeren Ideologisierung der sowjetischen Gesellschaft, wobei als tragende Säulen die beherrschende Stellung der Partei und die damit verbundene starre Haltung des zentralistisch-bürokratischen Systems maßgebend sind. Symptomatisch ist, daß zwar auf eine "schöpferische Atmosphäre" hingewiesen wird, gleichzeitig aber auch "der schöpferische Meinungsstreit auf unserer gemeinsamen marxistisch-leninistischen Plattform vor sich gehen" muß /38/.

Die Sowjetführung ist sich heute der Erfolge ihrer Entspannungspolitik durchaus sicher. Sie versucht diesen Prozeß irreversibel zu machen und innenpolitisch entsprechend zu motivieren. So stellte Brežnev auf dem XXV. Parteitag fest:

"Die positiven Veränderungen in der Weltpolitik und die Entspannung schaffen günstige Möglichkeiten für eine weitgehende Verbreitung der Ideen des Sozialismus. Andererseits aber wird die ideologische Auseinandersetzung zwischen den beiden Systemen aktiver, die imperialistische Propaganda raffinierter" /39/. Die zentrale Bedeutung der ideologischen Erziehung läßt deswegen "im Kampf der zwei Weltanschauungen... keinen Raum für Neutralismus und Kompromisse" zu /40/. Die Sowjetführer versuchen mit allen Mitteln, die ideologische Front zu stärken, wobei der Erfolg des Systems "im Bewußtsein der Massen" gesehen wird /41/. Die Parteiführung sucht einerseits die verbürokrati-

38) L. Breshnew, Rechenschaftsbericht ... a.a.O., S.95

39) Ebd. S. 95 f

40) Ebd. S. 96

41) Ebd. S. 93

sierte Weltanschauung des Marxismus-Leninismus als "einzige zuverlässige Grundlage für die Ausarbeitung einer richtigen Strategie und Taktik" anzuwenden, andererseits auch die "patriotische Erziehung der Werktätigen" für ihr Ziel einzusetzen /42/. Jubiläen wie etwa zum Sieg im "Großen Vaterländischen Krieg" oder der "Bildung der UdSSR" dienen dazu, die "Einheit aller Klassen und sozialen Gruppen, Nationen und Völkerschaften" des Landes zu beschwören /43/. Die politische Ausbildung der Armee nach den 'Ideen des Sowjetpatriotismus und sozialistischen Internationalismus' muß als Grundlage im Rahmen der verstärkten Reideologisierungsbestrebungen angesehen werden /44/.

Brežnev betonte, als er über die ideologische Erziehungsarbeit sprach, die "bedeutende Rolle" der Sowjetarmee:

"Unsere Armee ist im Geist tiefer Ergebenheit zur sozialistischen Heimat erzogen, zu den Ideen des Friedens und Internationalismus, zu den Ideen der Völkerfreundschaft. Gerade dadurch unterscheidet sich die Sowjetarmee von den bürgerlichen Armeen. Gerade deshalb lieben die sowjetischen Menschen ihre Armee und sind stolz auf sie" /45/.

Dem politischen Druck von oben steht die sehr weit verbreitete Einstellung der Bevölkerung nach "einem von der Politik nicht besetzten Freiraum" gegenüber, einem Verlangen, der Grundforderung des Staates, sich ständig für ihn einzusetzen, zu entgegen /46/. Die Allgegenwart der Staatsmacht und

42) L. Breshnew, Rechenschaftsbericht ..., a.a.O., S.96

43) Ebd. S. 97

44) Vgl. B. Meissner, Die KPdSU zwischen Stabilität und Stagnation, in: Osteuropa, 26.Jg., August/September 1976, S. 589

45) L. Breshnew, Rechenschaftsbericht ..., a.a.O., S.98

46) K. Mehnert, Moskau 1976 (I). Beobachtungen und Gespräche, in: Osteuropa, 26.Jg., Oktober 1976, S.882

ihrer Weltanschauung hat innerhalb des Systems zwei Welten geschaffen, zwischen denen der Sowjetmensch geschickt hin- und herzuwandern gelernt hat. Neben der Welt der Leitartikel, der Plakate, der politischen Versammlungen, der 'Losungen' zum 1. Mai und zum Revolutionstag" besteht die andere, die "private Welt", vor der die Grenzen des gesunden Menschenverstandes der Propaganda Halt gebieten /47/.

Hier impliziert die Intention, die Sowjetunion als Religion zu betrachten, bzw. den Marxismus-Leninismus als religiöse Heilslehre zu sehen, den Vergleich mit dem Christentum des Abendlandes. Während im Mittelalter die Lehrinhalte der Kirche bewußt und gläubig aufgenommen wurden, und der Mensch kaum eine Möglichkeit hatte, den Bannkreis der Kirche zu verlassen, bedeutet Christsein heute für viele häufig nur noch das "Bekenntnis zu einer Kulturidee im ganz allgemeinen Sinn" /48/. Man kann davon ausgehen, daß die Gesellschaft in der UdSSR zu einem guten Teil "pro forma ideologisiert" ist, daß die Mehrheit "pro forma" die ideologischen Lehrsätze anerkennt, zumal sich dann das Leben in materieller Hinsicht leichter ertragen läßt /49/.

Eine Annäherung der zwei Welten ist nur durch eine emotionelle Motivierung an den Patriotismus und die Sehnsucht nach Frieden möglich. Die Parteiführung ist sich dessen bewußt. Deshalb wird der Sowjetpatriotismus vom Selbstbewußtsein genährt, im Zweiten Weltkrieg "die beste Kriegsmaschine der Weltgeschichte, nämlich die deutsche Wehrmacht, der die Menschen- und Industriekraft ganz Europas zur Verfügung stand, allein geschlagen ..." zu haben /50/. Darüber hinaus

47) K. Mehnert, Moskau 1976 (I), a.a.O., S.882

48) H. König, Sowjetideologie heute - eine Bilanz, in: Osteuropa, 23.Jg., Dezember 1973, S. 948

49) Ebd. S. 948

50) K. Mehnert, Moskau 1976 (I), a.a.O., S.883

weisen die Leitlinien zur ideologischen Indoktrination der Streitkräfte auf eine "Erziehung zum Haß" gegenüber dem Westen /51/. Die Rechtfertigung stützt sich dabei auf die Behauptung, daß infolge des Zerfalls des Imperialismus dessen Anhänger eine Auseinandersetzung mit Raketenwaffen vorbereiteten.

Daneben zeichnet sich die Tendenz ab, mehr und mehr China als Feindbild für die patriotische Beeinflussung zu verwenden /52/. So wird durch die mit Patriotismus verbrämte Ideologie versucht, sowohl den Westen weltanschaulich und politisch zu diffamieren als auch die chinesische Gefahr zu verteufeln. Daraus entspringt zu einem guten Teil die Liebe der sowjetischen Menschen zur Armee, denn häufig bewirkt das Wort China "nichts als Sorge, Feindseligkeit und Abscheu" /53/. Diese Haltung beruht zu einem guten Teil auf einem "offensiven Verhalten des Kreml" in der ideologischen Polemik, die durch einen unverminderten Kampf gegen den Maoismus und die Politik der chinesischen Führung gekennzeichnet ist und die Chinesen zu "diskreditieren und zu isolieren" versucht /54/. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, wenn der stellvertretende Vorsitzende des chinesischen Nationalen Volkskongresses, Tan Tschen-lin, auf die Frage, wie lange Peking den ideologischen Krieg gegen Moskau fortsetzen wolle, antwortete: "Mindestens tausend Jahre, vielleicht auch zehntausend Jahre"/55/. Um einem weiteren Schisma im Kommunismus zu entgehen, bzw. das Fundament der sowjetischen Weltmachtposition

51) H. König, Sowjetideologie heute - eine Bilanz, a.a.O., S. 957

52) K. Mehnert, Moskau 1976 (I), a.a.O., S. 882

53) Ebd. S. 883

54) Bundesinstitut für ostwissenschaftliche u. internationale Studien (Hrsg.), Sowjetunion 1974/75, a.a.O., S. 213

55) Augsburger Allgemeine Zeitung, 8.11.1976, S.2

zu erhalten und zu stärken, hat Moskau in den letzten Jahren im osteuropäischen Raum neben einer Koordinierung der Außen-, Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik auch den ideologischen Zusammenschluß forciert, der mit dem sowjetischen Drängen auf Entspannung Hand in Hand geht. Zahlreiche Konferenzen und Kongresse, die immer auf "Betreiben und unter Anleitung der KPdSU" zusammentreten, haben die primäre Aufgabe, die ideologischen Bindungen zu festigen und die organisatorische Zusammenarbeit zu gewährleisten /56/. Die Wichtigkeit dieses Unterfangens unterstrich Brežnev auf dem XXV. Parteitag im Februar 1976:

"In den letzten Jahren wurde unsere ideologische Zusammenarbeit (Hervorhebung im Original, R.L.) mit den Parteien der Bruderländer stark ausgebaut. Die führenden Funktionäre unserer Parteien, die auf ideologischem und internationalem Gebiet wirken, treffen sich nicht von Fall zu Fall, sondern regelmäßig. Viele Wissenszweige entwickeln sich jetzt auf der Grundlage der kollektiven Bemühungen von Wissenschaftlern der sozialistischen Länder. Auch eine nützliche Zusammenarbeit der Massenmedien - Rundfunk, Fernsehen und Presse - ist zu verzeichnen. All das hilft, das Niveau der ideologischen Erziehungsarbeit in jeder unserer Parteien zu heben. und in der ideologischen Auseinandersetzung der beiden sozialen Systeme erfolgreicher aufzutreten. Das ist unter den gegenwärtigen Bedingungen sehr wichtig, denn die Probleme des ideologischen Kampfes rücken immer mehr in den Vordergrund, und die Wahrheit über den Sozialismus ist eine machtvolle Waffe in diesem Kampf" /57/.

Die Bedeutung des ideologischen Kampfes wuchs auch als

56) Sowjetunion 1974/75, a.a.O., S. 198

57) L. Brežnev, Rechenschaftsbericht ..., a.a.O., S. 16

"terminologische Eskalation" seit Chruščev ständig/58/. Während der gestürzte Prophet vergleichsweise mild von "der Unmöglichkeit der ideologischen Koexistenz" sprach, verschärfte sich in der Folgezeit das Vokabular über den 'ideologischen Kampf' hin zum 'unerhört verschärften ideologischen Kampf' des Ideologie-Plenums des ZK der KPdSU im April 1968, um schließlich in die Formel vom 'ideologischen Krieg' zu münden, die als Vorlage des Literaten L. Sobolev offizieller Terminus des XXV. Parteitages wurde /59/.

Der offensive Charakter der Ideologie und die damit verbundene Eskalation der Terminologie sind auch eine Reaktion auf Versuche -wie etwa der ČSSR 1968- aus dem sozialistischen Lager auszubrechen, bzw. die innersowjetische Opposition niederzuhalten. Da die Literatur in der UdSSR für die Beeinflussung der der Bevölkerung von größerem Gewicht ist als die des Westens, versucht die Sowjetführung in steigendem Maße auch Literaten in die erste Reihe des ideologischen Kampfes zu stellen. Diese Tatsachen verifizieren die These, daß die "Ideologie der Zement des Ostblocks" ist /60/.

Darüber hinaus stellt sich jedoch die Frage nach der Dynamik der heutigen Sowjetideologie oder anders formuliert: Dient der sowjetische Marxismus-Leninismus noch primär weltrevolutionären Zwecken oder hat er lediglich noch die Funktion, die innen- und außenpolitische Existenz eines konservativ-totalitären Staates zu erhalten?

Es gibt meines Erachtens auf Grund der irrationalen Handlungsweise des Systems keine eindeutige Antwort auf diese Frage, eine Antwort, die nur die eine oder die andere Möglichkeit in Betracht zieht. Vielmehr stellt das Sowjetsystem eine Synthese aus "defensivem

58) H. König, Sowjetideologie heute - eine Bilanz, a.a.O., S. 958

59) Ebd. S. 958

60) Ebd. S. 942

Realismus" und "permanenter Revolution von oben" dar /61/. Das Regime ist einerseits gezwungen sich zu verteidigen, wobei die Devise lautet: "Rührt uns nicht an, dann rühren wir euch nicht an!", andererseits gilt es das Versprechen einzulösen, die kommunistische Gesellschaft aufzubauen /62/.

Unter diesem Aspekt stellt sich der revolutionäre Weltprozeß als Dilemma zwischen nationalkonservativem Streben und ideologischem Utopismus dar. Wenn die Weltrevolution immer mehr in die Ferne rückt, bleibt der Ideologie nur mehr die Bedeutung der Rechtfertigungsfunktion. Sind also die weltrevolutionären Beteuerungen der Sowjetführer nur noch Lippenbekenntnisse? Wohl kaum, denn die Gesellschaft der UdSSR wird heute von "zwei völlig verschiedenen Antriebskräften beseelt ..., dem sozialistischen Gehalt der marxistisch-leninistischen Ideologie und dem nationalistischen Selbstbewußtsein" /63/.

Da dieses Selbstbewußtsein als solide Basis ständig gefestigt wird, dient es den Ideologen des staatsmonopolistischen und staatsbürokratischen Systems, das mit Sozialismus im orthodoxen Sinn kaum mehr eine Gemeinsamkeit hat, dazu, den Sieg des Kommunismus im Weltmaßstab zu erringen. Alle Anstrengungen werden darauf verwendet, einen unversöhnlichen Kampf gegen "alle Erscheinungen der bürgerlichen Ideologie" zu führen /64/. Dabei gilt es, die Prinzipien der "friedlichen Koexistenz" durchzusetzen und "den Imperialismus (zu) zwingen, auf einem für ihn ungünstigen Schlachtfeld zu kämpfen" /65/. Für den ideologischen Krieg gilt die Lösung: "Er wird geführt, bis es keine antagonistischen Klassen mehr gibt" /66/.

61) H. König, Sowjetideologie heute..., a.a.O., S. 944

62) A. Amalrik, Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben? Zürich 1970, S. 27

63) H. König, Sowjetideologie heute..., a.a.O., S. 948

64) A.A. Gromyko, Die friedliche Koexistenz - der Leninische Kurs der Außenpolitik der Sowjetunion, Berlin 1964, S. 121

65) M.S. Woslenskij, Friedliche Koexistenz aus sowjetischer Sicht, in: Osteuropa, 23. Jg., Nov. 1973, S. 853

66) A.A. Gromyko, Die friedliche Koexistenz... a.a.O., S. 121

2 Die Asymmetrie der "friedlichen Koexistenz"

Der Geschichtsverlauf seit der Oktoberrevolution hat gezeigt, daß die Kommunisten der Sowjetunion ihr Glaubensbekenntnis der revolutionären Weltverbesserung konsequent in die Tat umgesetzt haben. Auf ihrem Weg praktizierten sie sämtliche Spielarten der Machteroberung und nutzten Vorteile der gesellschaftlichen Auseinandersetzung ihrer Doktrin gemäß stets skrupellos aus. Der totalitäre Charakter des Systems ermöglichte und ermöglicht dabei vorteilhaft eine langfristige Strategie, die ihrer Mentalität nicht zuwiderläuft und auch in der Lage ist, eine zeitweilige Stagnation zu überwinden. Die Frage, warum dieses System noch nicht zusammengebrochen ist, läßt sich mit der jahrhunderte alten vorrevolutionären Tradition der Unterdrückung der Bevölkerung erklären.

Ganz anders beruht dagegen die Politik des Westens häufig auf jener Kurzlebigkeit des politischen Handelns, das den Regierungen oft nur von einer Wahl zur anderen gewährt wird. Dies impliziert einen taktischen Nachteil, der größer einzuschätzen ist als gegensätzliche Strömungen im sowjetischen System. Während liberalisierende Kräfte in der UdSSR wie z.B. die "Westler" oder "Demokraten", welche das System nach dem Muster der westlichen Industriegesellschaft reformieren wollen, überzeugt sind, daß man die Macht nur aufrechterhalten kann, wenn man den Lebensstandard der Bevölkerung anhebt, sucht die Stalinistische Strömung innere Schwierigkeiten, wie sie sich etwa aus der Politik der Koexistenz ergeben, mit einem inneren und äußeren Feindbild zu kompensieren. Die sowjetische Koexistenzdoktrin ver-

zichtet auf eine riskante zwischenstaatliche Gewaltanwendung, sie sucht jedoch gerade den Kampf auf der gesellschaftlichen Ebene, auf der sie sich die revolutionären Umwälzungen erhofft. So bedeutet die "friedliche Koexistenz nicht und kann nicht bedeuten die Aufrechterhaltung des politischen Status quo, den Verzicht der sozialistischen Länder und der anderen revolutionären Kräfte auf den Kampf für den Triumph der Idee des Sozialismus im weltweiten Maßstab" /67/.

Vielmehr übernimmt die gegenwärtige Koexistenzpolitik die Funktion eines Katalysators. Denn durch die konsequente Durchsetzung dieses Prinzips und das Bestreben der Sowjetunion, die Entwicklung im Westen nicht mehr rückgängig machen zu lassen, wird versucht, "den revolutionären Weltprozeß zu beschleunigen" /68/. Aber "friedliche Koexistenz" bedeutet dabei nicht, "daß die Konfrontation beider gesellschaftlicher Weltsysteme aufhört" /69/. Vielmehr wird "der Kampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, zwischen dem Weltsozialismus und dem Imperialismus ... bis zum vollen Sieg des Kommunismus im Weltmaßstab fortgesetzt" /70/. Um diesen Sieg auf der ganzen Welt zu erringen, wurde die Politik der "friedlichen Koexistenz" zum Dogma der Sowjetideologie erhoben. Deshalb ist die theoretische Darstellung in den sozialistischen Ländern standardisiert worden, d.h. die sowjetideologische Darstellung ist verbindlich. Abweichungen werden streng kritisiert und nicht geduldet /71/. Die Analyse von Texten zur "friedlichen Koexistenz" beweist jene

67) G. Wettig, *Freiere Begegnungen und Dialoge zwischen Ost und West*, a.a.O., S. 22

68) M.S. Woslenskij, a.a.O., S. 851

69) Ebd. S. 854

70) Ebd. S. 854

71) Vgl. W.N. Jegorow, a.a.O., S. 205

ideologische Einheitlichkeit, welche die sowjetischen Sachwalter des Marxismus-Leninismus für erfolgversprechend erklärt haben.

Aus der Flut von Abhandlungen, die in den letzten Jahren über die "friedliche Koexistenz" im Sinne der Sowjetideologie publiziert wurden, mag das folgende Zitat als pars pro toto stehen. Es enthält alle Aspekte dieser Strategie des "Nicht-Krieges" /72/:

"Die friedliche Koexistenz der Staaten mit entgegengesetzten Gesellschaftssystemen ist eine der Haupttendenzen der Entwicklung in der Welt, die durch das Entstehen der kommunistischen sozialökonomischen Formation, durch die Entwicklung des revolutionären Weltprozesses bedingt ist.

Die friedliche Koexistenz ist ein Beispiel für die dialektische Einheit und den Kampf der Gegensätze. Einerseits stellt sie eine spezifische Form des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus, der historischen Offensive des Sozialismus gegen den Kapitalismus, des Kampfes um die Untergrabung seiner Positionen im Weltmaßstab dar. Andererseits setzt die friedliche Koexistenz in den internationalen Beziehungen Gleichberechtigung, gegenseitiges Verständnis und Vertrauen zwischen den Staaten mit entgegengesetzten Gesellschaftssystemen, die Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, die Anerkennung der Unabhängigkeit und die strikte Achtung der Souveränität und territorialen Integrität aller Länder voraus. Die friedliche Koexistenz enthält den Verzicht auf den Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen und ihre Beilegung durch Verhandlungen. Die friedliche Koexistenz schließt den Kampf der beiden Systeme ein, einen Krieg zwischen ihnen jedoch aus.

Die friedliche Koexistenz ist die einzige mögliche

72) K. Mehnert, Ideologischer Krieg trotz Koexistenzsagt Moskau, in: Osteuropa, 23.Jg., Januar 1973, S.1

Form des friedlichen ökonomischen Wettbewerbs zwischen Sozialismus und Kapitalismus im Weltmaßstab, der die Entwicklung ökonomischer, wissenschaftlich-technischer und kultureller Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten der beiden Systeme auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils umfaßt. Die friedliche Koexistenz ist kein Allheilmittel, das die kapitalistische Welt vom Klassenkampf, von sozialen Revolutionen und nationalen Befreiungsrevolutionen befreit. Friedliche Koexistenz bedeutet weder Erhaltung des politischen Status quo noch Abschwächung des ideologischen Kampfes. Sie trägt zur Entwicklung des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern und zum Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegungen bei. Die Politik der friedlichen Koexistenz schließt den entschlossenen Widerstand gegen Angriffe der Imperialisten auf die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker und gegen die Versuche ein, die revolutionäre Bewegung zu ersticken. Die friedliche Koexistenz ist eine wichtige Form des Kampfes gegen den Imperialismus. Die friedliche Koexistenz ist keine Kategorie, die die Beziehungen zwischen den Ländern des Sozialismus einerseits und allen Kräften des Kapitalismus andererseits auf ewig bestimmt. Die friedliche Koexistenz ist eine reale Kategorie, die nur auf die Beziehungen zwischen den Staaten der beiden Systeme anwendbar ist.

... Die friedliche Koexistenz ist eine objektive Notwendigkeit. Die Dauer der friedlichen Koexistenz hing stets vom Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Kapitalismus ab" /73/.

Aus dieser Definition kann zunächst die welthistorische Bestimmung nach dem Geschichtsverständnis

73) W.N. Jegorow, a.a.O., S. 216 f

des Marxismus-Leninismus abgeleitet werden. Von "den bürgerlichen Fortschrittsdenkern der Aufklärung" übernommen, wurde der Geschichtsverlauf als ein mit wissenschaftlicher Objektivität bestimmbarer Prozeß, der in der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus mündet, doktrinär festgelegt /74/. Er dient auch als Legitimation, die Rückständigkeit der UdSSR unter Berufung auf die Revolution zu beseitigen. Deshalb impliziert diese "Haupttendenz" auch die "Zusammenarbeit zwischen den Staaten der beiden Systeme" /75/. Darunter ist eine wirtschaftlich--technische Kooperation zu verstehen, die die Probleme der Sowjetunion lösen helfen soll. Dabei muß jedoch eine grundsätzliche Polarisierung bestehen bleiben. Deshalb darf es auch zu keiner Konvergenz der Systeme kommen, da eine solche sowohl Annäherung und Duldsamkeit als auch Verständigung und Versöhnung mit dem Kapitalismus bedeuten würde /76/. Ein Postulat des Marxismus-Leninismus der Gegenwart, das sich in der Koexistenzdoktrin niederschlägt, besteht, wie schon erwähnt, im Absolutheitsanspruch der eigenen Weltanschauung. Mit anderen Worten: Es ist eine Maxime der Sowjetideologie, unablässig um das Verschwinden des Kapitalismus und Imperialismus zu kämpfen und seine Stellung im Weltmaßstab zu untergraben. Dies wird keinesfalls als Widerspruch zu dem Prinzip der Nichteinmischung empfunden, vielmehr differenziert die Ideologie zwischen Gesellschaft und Staat. Die "friedliche Koexistenz" soll zur "Entwicklung des Klassenkampfes" beitragen, ihre katalytische Funktion zielt auf eine "einseitige Einflußnahme von Osten nach Westen" ab /77/. Charakteristisch für die-

74) B. Willms, a.a.O., S. 101

75) M.S. Woslenskij, a.a.O., S. 850

76) G. Wettig, Das sowjetische Koexistenz-Konzept, in: Osteuropa, 24.Jg.März 1974, S. 184

77) Ebd. S. 185

ses Denken ist ferner, daß der Klassenkampf nur "in den kapitalistischen Ländern" und auch "auf internationaler Ebene" stattfindet, nicht jedoch in den Ländern des Sozialismus /78/. Während dem Kapitalismus a priori bedingungslos der Kampf angesagt wird, darf an der Integrität des Sozialismus nicht gerührt werden. Diese einseitige Inanspruchnahme von Vorteilen erinnert an einen Wettkampf, zu dem die eine Mannschaft nur unter der Bedingung antritt, wenn ihr der Sieg schon vor dem Beginn der Auseinandersetzung garantiert wird.

Widersprüche dieser Art zeigen das politische Defizit der marxistischen Theorie, die dogmatisch von der "Notwendigkeit einer absoluten und einheitlichen Welterklärung ausgeht" /79/. Die kontinuierliche Entwicklung des weltpolitischen Gegensatzes von Kapitalismus und Sozialismus hat Überzeugungen dieser Art in Frage gestellt, wobei die Gefahr der therm nuklearen Vernichtung eine einseitige Inanspruchnahme welthistorischer Gestaltungsansprüche sinnlos erscheinen läßt. Es gibt kein "Definitionsmonopol" für globalen Fortschritt /80/. Die dialektische Einheit der "friedlichen Koexistenz" wird durch politische Realitäten ad absurdum geführt. Eine befriedigende Lösung des Problems scheitert an dem Widerspruch von dogmatischer Abgrenzung, einseitig verstandener Kooperation und der Unversöhnlichkeit auf gesellschaftlicher Ebene.

Einen weiteren kritischen Faktor der oben wiedergegebenen Definition der "friedlichen Koexistenz" stellen die einzelnen Prinzipien dieser Politik dar. Bereits 1954 wurden gemeinsam von der Sowjetunion und China die fünf Prinzipien der Nichteinmischung,

78) M.S. Woslenskij, a.a.O., S. 853

79) B. Willms, a.a.O., S. 104

80) Ebd. S. 105

Anerkennung der territorialen Integrität und der Souveränität, der Gleichberechtigung und des Gewaltverzichts aufgestellt /81/. Ihre Konzeption zielte politisch als eine dem Imperialismus entgegengesetzte sozialistische Außenpolitik auf die Durchsetzung sozialistischen Einflusses in der Dritten Welt ab. Die Prinzipien wurden nach 1954 oft wiederholt (so z.B. auf der Konferenz von Bandung 1955) und erweitert. Ihr Einfluß auf die tatsächlichen politischen Geschehnisse blieb begrenzt. Der sowjetisch-chinesische Konflikt führte nicht nur zum Ende der sozialistischen Zusammenarbeit; vielmehr bedeutete er den Beginn einer tiefgehenden Spaltung im Kommunismus. Auch die Beziehungen der paktfreien Staaten konnten durch die Prinzipien nicht verbessert werden, wie etwa die Auseinandersetzung zwischen Indien und Pakistan, sowie Indonesien und Malaysia zeigte /82/.

Im Grunde genommen sind diese Grundsätze schon im Artikel I und II in der Charta der Vereinten Nationen von 1945 enthalten. Dies mag neben der Tatsache des sowjetisch-chinesischen Konflikts ein Grund gewesen sein, warum das sozialistische Lager seinen Einfluß nach dem Zweiten Weltkrieg nicht -wie vorgesehen- weltweit ausdehnen konnte, und die "friedliche Koexistenz" immer mehr ein Objekt in der Ost-West Auseinandersetzung wurde. Aufgrund eines sowjetischen Antrages mußten die fünf Prinzipien auf der 16. UN-Tagung von 1961 dennoch aufgegriffen werden, weshalb seit 1962 schließlich versucht wurde, 'Prinzipien der freundschaftlichen Beziehungen unter den Staaten nach der UN-Charta' zu formulieren /83/. Daraus wurden danach sieben Prinzipien, nämlich Verzicht auf Gewaltanwendung, friedliche Regelung von Meinungsverschie-

81) J. Laloy, a.a.O., S.683

82) Ebd. S. 683

83) Ebd. S. 683

denheiten, Nichtintervention, gleiche Souveränität der Staaten, Zusammenarbeit zwischen den Staaten, gegenseitiges Vertrauen, sowie Gleichberechtigung und Selbstbestimmung /84/.

Die Effizienz der Prinzipien der "friedlichen Koexistenz" sowohl aus sowjetischer Sicht als auch im Sinne der Charta der Vereinten Nationen ist in der historischen Bewertung bis heute mehr negativ als positiv einzuschätzen. Häufig veränderte sich der "Stellenwert der Prinzipien mit der weltpolitischen Situation", d.h. nicht die Grundsätze und Ideen bewirkten eine Veränderung der Welt, sondern die "konkreten Interessen von Staaten in konkreten Situationen" /85/. Deshalb herrscht Unklarheit in den Fragen des Gewaltverzichts, der Nichteinmischung und der Souveränität. Allzu sehr unterliegen diese Begriffe auf sowjetischer Seite den Dogmen der Ideologie, der messianischen Auffassung, nur der Sowjetkommunismus könne der Welt eine glückliche Zukunft bescheren, und es sei alles das moralisch, was dem Aufbau des Kommunismus nütze. Unter diesem Aspekt bedeuten "gegenseitiges Verständnis und Vertrauen" und "Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen" nur Leerformeln. Denn jeder Staat wird die Interessen eines anderen nur in dem Sinne berücksichtigen, in dem diese mit den eigenen in Einklang zu bringen sind, weshalb die oben genannten Prinzipien in erster Linie unter dem Aspekt der "Erbaulichkeit" gesehen werden müssen/86/. Die gegenseitigen "Interessen" lassen nur eine Gemeinsamkeit erkennen, die letzten Endes das Motiv für die sowjetische Politik der "friedlichen Koexistenz" mitbestimmt haben dürfte: Sie versucht die

84) J. Laloy, a.a.O., S. 683

85) B. Willms, a.a.O., S. 99

86) Ebd. S. 100

als Ergebnis des Kalten Krieges geschaffene Drohung einer nuklearen Vernichtung abzuwenden. Dies ist auch das Ziel der Befürworter einer friedlichen Koexistenz im ursprünglichen Sinne des Wortes. Darüber hinaus soll diese sowjetische Doktrin "als außerordentlich elastische Politik" entgegen aller Logik den Geschichtsverlauf im Sinne des Marxismus-Leninismus determinieren /87/.

Die Asymmetrie der sowjetischen "friedlichen Koexistenz" ist schließlich auch auf dem Gebiet des Völkerrechts offenbar geworden, wobei die sowjetischen Vertreter stets vor dem Dilemma standen, einerseits den Widerspruch zwischen der UdSSR und dem "traditionellen Völkerrecht juristisch" zu erfassen, andererseits die Koexistenz als Objekt der verbindlichen völkerrechtlichen Anerkennung zwischen der UdSSR und den kapitalistischen Staaten darzustellen /88/. Dieser Tatbestand führte zu verschiedenen Interpretationen, die in der Skala von traditionell-ideologisch bis revisionistisch rangieren. Seit der Entstehung der Sowjetunion war die sowjetische Rechtslehre denn auch mehr "Reflex der Politik als eigenständige Größe" /89/.

Revisionistische Interpretationen sehen im Koexistenzprinzip der UN-Charta das Völkerrechtsprinzip umfassender dargelegt, als dies nach dem ursprünglichen sowjetischen Modell der entgegengesetzten Gesellschaftssysteme der Fall ist: "...das Prinzip der friedlichen Koexistenz im geltenden Völkerrecht ist die allgemeinste Norm dieses Rechts, deren Wesen in der Formel ausgedrückt werden kann, daß die Staaten verpflichtet sind, friedlich gutnachbarliche Bezie-

87) W.N. Jegorow, a.a.O., S. 203

88) J. Laloy, a.a.O., S. 682

89) Ebd. S. 682

tungen unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung nach den in der UNO-Charta niedergelegten allgemeindemokratischen Beziehungen zu unterhalten" /90/.

Dieses sogenannte "erweiterte" Prinzip der "friedlichen Koexistenz" ist jedoch mit dem offiziellen "Leninschen Prinzip" nicht vereinbar /91/. Es schließt nämlich jene Forderungen aus, die das Koexistenzdenken im Sinne der Sowjetideologie für den neutralen Betrachter so suspekt machen. Während das "erweiterte Prinzip" auf jegliche ideologische Maxime verzichtet, hebt das "Leninsche Prinzip" die Gegensätzlichkeit der Systeme hervor, erklärt den Klassenkampf zum Dogma und propagiert den "erbitterten grundsätzlichen Klassenkampf", der unlogischerweise "mit friedlichen Mitteln" auszutragen ist /92/. Die scharfe Absage, die dem Koexistenzprinzip als völkerrechtliche Norm erteilt wird, beruht auf der Furcht vor außenpolitischen Konsequenzen, denn seine Anwendung würde letztlich die Aufhebung des proletarischen Internationalismus bedeuten und die "brüderliche Zusammenarbeit" zwischen sozialistischen Ländern überflüssig machen /93/.

Konkret führte dieses Denken zur Politik der Nichtpaktgebundenheit Jugoslawiens, während die "friedliche Koexistenz" sowjetischer Prägung das Beharren auf das Prinzip des sozialistischen Internationalismus ermöglichte, die "Verteidigung des Sozialismus" als "internationale Pflicht der Kommunisten" zu rechtfertigen sucht und somit auch die Ereignisse in der ČSSR 1968 nachhaltig beeinflusste /94/.

90) R.L. Bobrov, Grundprobleme der Völkerrechtstheorie, Moskau 1968, S. 204, zit. n. W.N. Jegorow, a.a.O., S. 205

91) W.N. Jegorow, a.a.O., S. 205

92) Ebd. S. 207

93) Ebd. S. 210

94) Ebd. S. 210

Dem erweiterten Prinzip der Koexistenz wird von sowjetischer Seite in absehbarer Zeit jedoch keine Verwirklichungschance eingeräumt werden, weil damit die Aufgabe ideologischer Positionen verbunden wäre, die unter allen Umständen eine 'Evolution' der sozialistischen Staaten und eine 'Annäherung' der UdSSR an die westliche Welt im Sinne der Konvergenz der Systeme unmöglich machen wollen /95/.

Die Schärfe der zu erwartenden Auseinandersetzungen drückt sich in der sowjetischen Ankündigung, "die bevorstehenden Jahrzehnte würden nicht idyllisch sein" aus /96/. Die sozialistische Seite stützt sich dabei auf die These, daß "in der derzeitigen Lage die Bedeutung der ideellen Einwirkung auf die Masse und der Verbreitung dieser oder jener Ideen und Ansichten unter ihnen gewaltig zunimmt" /97/.

Im Grunde ist die Politik der "friedlichen Koexistenz" identisch mit der Revolutionstheorie Lenins /98/. Denn sie soll nichts anderes als eine revolutionäre Situation herbeiführen. Danach wird der Übergang einer bürgerlichen in eine sozialistische Revolution erwartet, worauf die Errichtung der Diktatur des Proletariats, d.h. der Kommunistischen Partei, als objektive Gesetzmäßigkeit folgen soll. Es bleibt abzuwarten, ob diese Vorstellung sich als realisierbar erweist. Jedenfalls ist das sozialistische Lager gezwungen, sich abzukapseln und keinerlei unkontrollierte Informationen, Ideen und Meinungen einzulassen, während der Westen dies umgekehrt verkraftet. Es ist ein Charakteristikum für die Schwäche der sowjetischen Position, die den ideologischen Krieg zur großen Gefahr für den Frieden macht. Erst die Geschichte wird zeigen, ob durch den Wandel der Generationen eine echte Koexistenz im Sinne freundschaftlicher Beziehungen erreicht werden kann.

95) W.N. Jegorow, a.a.O., S. 210

96) Artikel v. A.Bovin, zit.n.Osteuropa, 24.Jg.Juli 1974, A 458-460

97) V. Micheev, Besonderheiten des ideologischen Kampfes unter neuen Bedingungen, in: Osteuropa, 24.Jg., März 1974, A 132

98) L. Révész, Export der Revolution, a.a.O., S. 30

V Wege zum Kommunismus

1 Das sozialistische Weltsystem

Das Verhältnis zwischen dem kommunistischen Zukunfts-ideal im Sinne Marx' und der tatsächlichen Situation in der UdSSR, die sich an der Schwelle des Kommunismus wähnt, zeigt jene Diskrepanz auf, die sich im Fehlen persönlicher Freiheit manifestiert. Marx hatte die freie Entwicklung des Menschen vor Augen, strebte nach Beseitigung der Entfremdung und forderte die totale Freiheit des Individuums. Arbeit sollte aufhören Zwangsarbeit zu sein, um freie Äußerung des menschlichen Gattungswesens zu werden. Die menschliche Produktion schließlich sollte den Menschen bestätigen und verwirklichen, sollte ein menschliches Wesen schaffen, mit dem sich jeder vollkommen identifizieren könnte. Dies war Marx Absicht, eine Utopie gewiß. Die Sowjets haben daraus im Lauf von sechs Jahrzehnten ihr Ideal realisiert, das zwar realistischer als Marx' Vorstellung ist, dafür jedoch aufgehört hat, 'ideal' zu sein /1/.

Marx' Intention, die Klassenherrschaft abzuschaffen, verkehrte sich ins Gegenteil: Eine "neue Klasse" hat sich etabliert, die mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln versucht, den sozialistischen Charakter der Sowjetunion zu beweisen, die mit gebetsmühlenhaften Formeln der Gesellschaft die Überlegenheit ihres im Staatsbürokratismus erstarrten Regimes aufoktroyieren will, wobei sie die Bevölkerung durch Milderung oder Verschärfung des Terrors, Schaffen von mehr Lebensqualität und Sehnsucht nach Frieden zu lenken sucht. Die Existenz des gewaltigen Staats- und Parteiapparates und die fortschreitende Industrialisierung er-

1) I. Fetscher, Von Marx zur Sowjetideologie, Darstellung, Kritik und Dokumentation des sowjetischen, jugoslawischen und chinesischen Marxismus, Frankfurt/Main 1972, S. 179 f

fordern innerhalb der Bevölkerung eine Schicht, die als leitende Klasse im weitesten Sinn heute etwa zehn Prozent der Bevölkerung umfaßt und infolge ihres erhöhten Lebensstandards sich weit über die restliche Sowjetgesellschaft erhebt /2/. Es ist die Aufgabe der KPdSU, auftretende Spannungen mit weltanschaulichen, politischen und - wenn möglich - wirtschaftlichen Mitteln zu kompensieren. Jenseits der Grenzen der UdSSR mündet dieses Unterfangen in das sozialistische Weltsystem.

Dieses System ist:

"der entscheidende Hebel, um das Verhältnis der Klassenkräfte im internationalen Maßstab zugunsten der Arbeiterklasse zu verändern, die Haupttriebkraft der Weltrevolution und des Kampfes gegen den Imperialismus;

die Vorhut der internationalen Arbeiterklasse, die die ihr von der Geschichte übertragenen, höchst komplizierten schöpferischen Aufgaben beim Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung löst, Erfahrungen von welthistorischer Bedeutung sammelt, die Autorität des Sozialismus stärkt und Millionen Werktätige im Lager des Imperialismus für den Sozialismus gewinnt;

die Basis und die Quelle der internationalistischen Unterstützung des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse in den Ländern des Kapitals und in der Zone der nationalen Befreiungsbewegung;

die entscheidende Kraft und das Hauptbollwerk im Kampf der Völker gegen einen neuen Weltkrieg /3/. Das sozialistische Lager, zu dem die sozialistischen Völker zählen, die in "revolutionären Aktionen ... um den Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus kämpfen", stellt einen der "drei Haupt-

2) I. Fetscher, Von Marx zur Sowjetideologie...a.a. O., S. 178

3) K.I. Sarodw u.a. (Hrsg.), Der Leninismus und der revolutionäre Prozeß. Internationale theoretische Konferenz zur Vorbereitung des 100. Geburtstages W.I. Lenins, Prag 1970, S. 13

ströme" dar, die in der "heutigen revolutionären Weltbewegung wirken", wobei das sozialistische Weltsystem die revolutionäre Hauptkraft darstellt und die Sowjetunion sich als Zentrum versteht: "Das sozialistische Weltsystem ist in eine neue Etappe seiner Entwicklung eingetreten ... und errichtet in raschem Tempo die materielle und technische Basis des Kommunismus... Die Sowjetunion bahnt der ganzen Menschheit als erstes Land in der Geschichte den Weg zum Kommunismus. Die Sowjetunion ist das markanteste Beispiel und das mächtigste Bollwerk für die Völker der ganzen Welt in ihrem Kampf für Frieden, demokratische Freiheiten, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt" /4/.

Unter Berufung, das erste sozialistische Land gewesen zu sein, sucht die Sowjetunion ihren Hegemonialanspruch in der kommunistischen und pro-kommunistischen Welt sowohl theoretisch-ideologisch als auch praktisch-politisch abzusichern. Die Kräfte des sozialistischen Weltsystems, also die herrschenden kommunistischen Parteien, "sollen den Sieg im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus erringen und damit die Entwicklung des revolutionären Prozesses in der ganzen Welt erleichtern und beschleunigen" /5/. Es geht zunächst um die Schaffung der "technischen und ökonomischen Basis", welche die "Produktivkräfte des Kapitalismus übertreffen soll" /6/. Die Sowjets gehen dabei von der Überlegung aus, daß der Sozialismus einen "stärkeren Einfluß auf die Pro-

4) R. Wagner (Hrsg.), „Deklarationen der Moskauer Beratungen 1957 und 1960. Dokumente der Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Dortmund o.J., S. 39f

5) W. Leonhard, „Am Vorabend einer neuen Revolution? Die Zukunft des Sowjetkommunismus, München u.a. 1975, S.259

6) W.N. Jegorow, a.a.O., S. 187

zesse gewinnt, die sich innerhalb des kapitalistischen Systems abspielen" /7/. Die Strategie zielt darauf ab, die "Arbeiterklasse" zur "führenden Kraft im revolutionären Weltprozeß" zu machen /8/. Ausgehend von der Theorie der Ausbeutung dieser Klasse in den kapitalistischen Ländern wird auf die sozialistische Gesellschaft verwiesen, die "ein Beispiel für den Aufbau einer neuen Gesellschaft, einer Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung" gibt, wobei die "kollektiven Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus ... zu einem untrennbaren Teil der Weltkultur und des welthistorischen Entwicklungsprozesses" geworden sind /9/.

Daraus ergibt sich die zwingende Beeinflussung gesellschaftlicher, politischer und auch ökonomischer Bedingungen der internationalen Lage. Das sozialistische Weltsystem tritt dabei als "Freund, Verbündeter und Helfer der um ihre Befreiung kämpfenden Völker" auf und verteidigt sie "gegen den Export der Konterrevolution" und gibt ihnen "ständige politische, ideologische, diplomatische, materielle und moralische Unterstützung im Kampf gegen den Imperialismus und Kolonialismus" /10/. Als Grundlage für die "erfolgreiche Einwirkung" des Sozialismus nennen die Sowjets neben dem ökonomischen, wissenschaftlichen und technischen auch das militärische Potential /11/. All dies soll bewirken, daß sich das Kräftegleichgewicht im Zeichen der Entspannungspolitik zugunsten der sozialistischen Welt verschiebt, deren Hauptkraft natürlich die Sowjetunion darstellt. Der Stolz auf das bisher Erreichte kam im Rechenschaftsbericht

7) W.W. Sagladin, Die kommunistische Weltbewegung. Abriß der Strategie und Taktik, Frankfurt/Main 1973, S. 65

8) W. Sagladin, Arbeiterklasse - führende Kraft im revolutionären Weltprozeß, Berlin (-Ost) 1974

9) Ebd. S. 40

10) Ebd. S. 40 f

11) Ebd. S. 42

des ZK der KPdSU anlässlich des XXV. Parteitags zum Ausdruck, als Brežnev den "Einfluß der Länder des Sozialismus auf das Weltgeschehen" als "von großem Nutzen für die gesamte Menschheit, für alle, die Freiheit, Gleichheit, Unabhängigkeit, Frieden und Fortschritt erstreben", bezeichnete /12/.

Gestützt auf die Entspannungspolitik, sucht die UdSSR durch das Prinzip des sozialistischen Internationalismus ihre Hegemonie sowohl auf der staatlichen als auch auf der Parteebene zu konsolidieren. Mit Hilfe des Warschauer Paktes und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe soll die Integration der in der "sozialistischen Gemeinschaft" zusammengefaßten osteuropäischen Staaten beschleunigt vorangetrieben werden. So stellt das "Komplexprogramm", auf der XXV. Tagung des Rates im Juli 1971 in Bukarest angenommen, einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Schaffung einer von der UdSSR gelenkten Großraumwirtschaft dar /13/.

Dieses Vorhaben, von Brežnev als ein "Prozeß der allmählichen Annäherung der sozialistischen Länder" charakterisiert, trete "heute mit aller Deutlichkeit zutage" /14/. Für 15 Jahre wurde diese sozialistische Wirtschaftsintegration vorerst konzipiert, deren politische Bedeutung auf der ökonomischen Basis der RWG-Länder beruht. Anders ausgedrückt: Während der rasanten Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution soll im Interesse eines noch schnelleren Tempos der gesellschaftlichen Entwicklung das sozialistische System unter der Vorherrschaft der UdSSR mehr denn je ge-

12) L. Breshnew, Rechenschaftsbericht...a.a.O., S.11

13) W. Sagladin, Arbeiterklasse - führende Kraft im revolutionären Weltprozeß, a.a.O., S.43

14) L. Breshnew, Rechenschaftsbericht...a.a.O., S.11

festigt werden /15/. Brežnev dazu auf dem XXV. Parteitag:

"Mit dem Aufblühen jeder sozialistischen Nation und dem Erstarren der Souveränität der sozialistischen Staaten werden ihre Wechselbeziehungen immer enger, entstehen immer mehr gemeinsame Elemente ihrer Politik, Wirtschaft und ihres sozialen Lebens, gleicht sich ihr Entwicklungsniveau allmählich einander an" /16/.

Diese sozialistische Gemeinschaft stellt die Basis für den weiteren Aufbau zum Kommunismus dar. Vorbildlich soll sie für den proletarischen Internationalismus, für die anderen kommunistischen Parteien und Arbeiterparteien der übrigen Welt wirken, Vorbildlich aber auch für die sich entwickelnden Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sein. Zwei Aspekte sind hier von Bedeutung. Einerseits erfordert dieses Vorhaben ein gewaltiges technisches Know-how, andererseits geht es zu Lasten der Lebensqualität der gesamten Bevölkerung des sozialistischen Lagers, ausgenommen der privilegierten Klasse. So haben denn auch Brežnev und die Führungsgruppe seit Ende der sechziger Jahre systematisch versucht, Technologien westlicher Staaten dem "sozialistischen Aufbau" zu "Vorzugsbedingungen" zugute kommen zu lassen /17/.

Diese Politik ist auch als Alternative der innenpolitischen Entwicklung zu sehen. Die Kooperation mit dem Westen ermöglicht es der Führung der UdSSR die gewaltigen Militärausgaben aufrechtzuerhalten, gleichzeitig aber auch die dringendsten Wachstums- und Konsumbedürfnisse zu befriedigen. Trotz der Realität

15) W. Sagladin, Arbeiterklasse - führende Kraft im revolutionären Weltprozeß, a.a.O., S. 43

16) L. Breschnew, Rechenschaftsbericht..., a.a.O., S. 11

17) G. Wettig, Freiere Begegnungen und Dialoge zwischen Ost und West, a.a.O., S. 26 f

des wirtschaftlichen Rückstandes behält die Ökonomie weiter den Vorbild-Charakter im sozialistischen Weltssystem. Er ist seit Stalins "Sozialismus in einem Lande" Bestandteil der Ideologie und gehört zum Glaubensbekenntnis des Marxismus-Leninismus:

"Der Kampf der UdSSR und anderer sozialistischer Länder für die friedliche Koexistenz der Staaten unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung weist imperialistische Versuche zurück, den historischen Streit zwischen Kapitalismus und Sozialismus mit militärischen Mitteln zu entscheiden, und trägt dazu bei, daß der Wettstreit in der wirtschaftlichen und ideologischen Sphäre ausgetragen wird. (...) Wir sind überzeugt, in diesem Kampf den Sieg davonzutragen. Die sozialistische Wirtschaft ist organisatorisch der kapitalistischen Wirtschaft überlegen, die wissenschaftliche Ideologie des Marxismus-Leninismus ist ein unvergleichbar wirkungsvolleres Mittel zur Eroberung der Massen als die bürgerliche Ideologie. Das alles zwingt den Imperialismus, auf einem für ihn ungünstigen Schlachtfeld zu kämpfen" /18/.

Chruščev hatte der Sowjetunion 1961 den Tagtraum aufoktroziert, die UdSSR werde die USA 1970 auf ökonomischem Gebiet eingeholt und überholt haben. Auch Ministerpräsident Kossygin prognostizierte 1971, die sowjetischen Produktionsleistungen der Industrie und Landwirtschaft des Jahres 1975 würden denen der USA des Jahres 1970 entsprechen. Ebenso mißt sich der X. Fünfjahresplan -erst kürzlich vom ZK und Obersten Sowjet gebilligt- an der Ökonomie der Vereinigten Staaten: Ende 1980 werde die UdSSR ebensoviel Agrarprodukte und neun Prozent mehr Industriegüter herstellen als die Amerikaner fünf Jahre davor /19/.

18) M.S. Woslenskij, a.a.O., S. 852 f

19) J. Riedmiller, Moskau zieht die Fesseln enger, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 261/1976, S.4

Diese Prognosen zeigen die Illusionen der sowjetischen Planungsbürokraten. Um eine Parität mit der anderen Weltmacht zu erreichen, müßte die Sowjetunion zunächst einmal den Produktionsrückstand aufholen. Das militärische Gleichgewicht in seiner quantitativen Form allein genügt nicht, wirtschaftliche Mängel als Ursachen für Unruhen im sozialistischen Lager zu beseitigen.

Die Strategen des Kreml haben sich angesichts dieser Position rückversichert, indem sie die wirtschaftliche Position der Sowjetunion gegenüber den Partnern im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe gestärkt haben. Hatten Mitgliedsstaaten wie Polen, Ungarn und Rumänien anfangs der siebziger Jahre aufgrund ihres Souveränitätsrechts mit Hilfe westlicher Kredite und industrieller Ausrüstungen ihre Produktionsanlagen modernisieren können, und schien damit auch der Absatz ihrer Waren auf den kapitalistischen Märkten gewährleistet, so stürzten die Folgen von Inflation und Rezession, die auch auf den Ostblock übergriffen, diese Länder in eine wirtschaftliche Misere: Westliche Ausrüstungen verteuerten sich, die Exportmöglichkeiten wurden geringer /20/. Moskau nutzte dies und verteuerte entgegen einer Übereinkunft im RGW die Rohstoffpreise, was sich wiederum auf die volkswirtschaftliche Leistung einiger Ostblockländer negativ niederschlagen mußte /21/. Auch müssen sich im Zeichen des "brüderlichen Beistands" die rohstoffarmen Länder des sozialistischen Lagers jetzt mit Kapital und Personal an der Rohstofferschließung beteiligen /22/. Inflation und Konjunkturschwäche im Westen haben die

20) J. Riedmiller, a.a.O., S.4

21) W. Gumpel, Der RGW als Instrument sowjetischer Hegemonie, in: Osteuropa, 26.Jg., Nov.1976, S.1003f

22) Ebd. S. 1005

ökonomische Handlungsfreiheit solcher Länder wie Polen und Ungarn, die sich wegen des wirtschaftlichen Aufschwungs verschuldet hatten, eingeschränkt. Um Moskaus Rohstoffrechnungen bezahlen zu können, mußten alle Ostblockländer die Preise anheben, eine Maßnahme, die Polen -zwischen verminderter volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Konsumanforderungen der Bevölkerung stehend- an den "Rand des Volksaufbruchs" brachte /23/.

Moskaus Hilfe ist nicht ohne Eigennutz: wirtschaftliche Konzessionen gegen "ideologische Einheit und politische Geschlossenheit" /24/. Diese Lösung besitzt Gültigkeit für das gesamte sozialistische Lager. Die sowjetische Führung nutzt die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit der RGW-Staaten auch für die Ergänzung des eigenen Wirtschaftspotentials skrupellos aus. Im Sinne der Stalinschen Doktrin der Autarkie werden vor allem Rohstoffe gegen industrielle Einrichtungen geliefert. Die Sowjetunion hat das Nachfragemonopol für Maschinen aus dem übrigen sozialistischen Lager erlangt, weil diese häufig infolge ihrer Qualitätsmängel im Westen nur schwer absetzbar sind. Diese Situation kann die sowjetische Führung jederzeit für ihre Machtinteressen ausnützen. Stalins These vom "sozialistischen Weltmarkt" wird nun insofern realisiert, als die "Aufnahme von Integrationsmaßnahmen in die nationale Planung" verbindlich gemacht wird und dadurch die nationalwirtschaftliche Entwicklung der Mitgliedsstaaten weitgehend von Moskau gesteuert werden kann /25/.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe sowohl die wirtschaftliche Integration als auch die politische Vor-

23) J. Riedmiller, a.a.O., S.4

24) Ebd. S.4

25) W. Gumpel, a.a.O., S. 1006

herrschaft der Sowjetunion über Ost- und Südeuropa, sowie die Äußere Mongolei und Kuba (denn auch das sind Mitgliedsländer) gewährleisten soll. Zweierlei Zielen dient somit das sozialistische System: Ein Ausbrechen aus dem gemeinsamen Lager soll verhindert, und auf der Basis eines gefestigten und verewigten Bündnisses die Heilslehre des Kommunismus sowjetischen Couleurs über die Welt verbreitet werden.

Die UdSSR hatte sich mit dem RGW bereits in dessen Gründungsjahr 1949 ein Instrument der Hegemonie geschaffen /26/. Als Pendant zum amerikanischen Marschallplan suchte diese Organisation die sowjetische Vorherrschaft in Osteuropa aufrechtzuerhalten. Durch Produktionsspezialisierung und Kooperation sollte der Aufbau in den Mitgliedsstaaten vorangetrieben werden, Produktionsreserven sollten mobilisiert und zusätzliche Ressourcen verfügbar gemacht werden /27/. Das Herrschaftsinstrument des RGW wurde im Laufe der Jahre planmäßig ausgebaut, um ein Ausbrechen einzelner Staaten aus dem sozialistischen Lager zu verhindern. Moskau machte sich zum Haupthandelspartner aller RGW-Staaten. Durch eine Isolierung vom Weltmarkt sollte ein "sozialistischer Weltmarkt" geschaffen werden. Die Außenhandelsströme der Ostblockstaaten wurden umgelenkt, die Außenhandelspolitik mit der sowjetischen koordiniert. China mußte diese Maßnahme spüren. Ursprünglich Haupthandelspartner der Sowjetunion, wurde der Warenaustausch seit 1959 auf ein Minimum reduziert. Die übrigen Staaten des RGW folgten dem Beispiel der UdSSR /28/.

Die Versuche der Sowjetunion zu einer vollständigen Integration des sozialistischen Lagers zu gelangen,

26) W. Gumpel, a.a.O., S. 997

27) Ebd. S. 998

28) Ebd. S. 999

müssen an den " spezifisch national bedingten Interessen" der einzelnen Länder scheitern /29/. Als Gegengewicht zu den westlichen Bündnissystemen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und des Nordatlantischen Verteidigungspaktes birgt der sozialistische Internationalismus die Realität eines zwischenstaatlichen Bündnisses in sich. Er beruht nicht auf der Basis einer einheitlichen Klasse, vielmehr auf den Vorstellungen einer Elite, die sich immer schwerer tut, mit Hilfe ideologischer Dogmen den Zusammenhalt zu gewährleisten.

Das Beispiel der ČSSR des Jahres 1968 hat gelehrt, daß die Prinzipien des sozialistischen Internationalismus letztlich an der militärischen Gewalt der Sowjetunion gemessen werden. Auf dem XXIII. Parteikongress der KPdSU hatte Brežnev 1966 noch erklärt: "Die KPdSU lehnt jegliche Hegemoniebestrebungen in der kommunistischen Bewegung ab und setzt sich für eine tatsächliche internationalistische Gleichberechtigung der Parteien ein" /30/.

Nach den tschechoslowakischen Vorfällen im August 1968 wurde das Recht auf Souveränität im sozialistischen Lager unter Berufung auf die "Zweiwelten-Theorie" außer Kraft gesetzt, wonach die "Unabhängigkeit jedes einzelnen Staates nur in unlösbarem Zusammenhang mit der Teilung Europas und der Welt in zwei Systeme und im Zusammenhang mit dem erbarmungslosen Kampf betrachtet werden kann, welcher heute zwischen Sozialismus und Imperialismus auf internationaler Ebene ... geführt wird" /31/.

Der sozialistische Internationalismus hat den Verlust einer selbständigen Außenpolitik der Volksdemokratien nach sich gezogen. Für jedes andere Land, in

29) M. Molnar, Internationalismus, in: SDG, Bd.3, a.a. O., S. 290

30) Pravda, 30.3.1966, S.1 ff; zit. n. L. Revesz, Kommentar zum Statut der KPdSU, a.a.O., S. 174

31) Trybuna Ludu, 8.9.1968, S.2; zit.n. L.Revesz, Kommentar ..., a.a.O., S. 177

dem die kommunistische Partei an die Macht gelangt, und die "Diktatur des Proletariats" errichtet, folgt unweigerlich die Diktatur des sozialistischen Systems - also die Herrschaft Moskaus. Ein solcher Staat kann keine eigenständige Politik mehr treiben, alles muß dem Klasseninteresse untergeordnet werden. Eine totale innenpolitische Gleichschaltung ist die Folge. Letzten Endes bedeutet dies nichts anderes als die 'Bolschewisierung' der 'sozialistischen Gemeinschaft' wie es der II. Kominternkongreß 1920 für alle kommunistischen Parteien geplant hatte /32/.

2 Der proletarische Internationalismus

Ähnlich der totalen ideologischen und politischen Gleichschaltung der sozialistischen Länder, versucht die Führung der UdSSR analog auf der Ebene des proletarischen Internationalismus, die nicht regierenden kommunistischen Parteien (vor allem Westeuropas) zu koordinieren. Da jedoch die Ideologie des verbürokratisierten Marxismus-Leninismus als einigendes Band nicht hält, wird mehr und mehr deutlich, daß das Streben nach einer proletarisch-sozialistischen Welt letztlich eine Utopie darstellt. Schon die Politik der IAA scheiterte, da sie ausschließlich auf der Basis der ideologischen Zusammengehörigkeit aufgebaut war. Lenin verwandelte, als er die Regierung übernommen hatte, die Idee des proletarischen Internationalismus in ein Instrument der sowjetischen Machtpolitik. Heute stellt der proletarische Internationalismus die "Identifizierung mit der sowjetischen Staatsräson" dar./33/. Lenin hatte bezüglich des Ursprungs

32). L. Revesz, Kommentar zum Statut der KPdSU, a.a.O., S. 180

33) M. Molnar, a.a.O., S. 287

des proletarischen Internationalismus die Thesen aufgestellt, "daß α) seine ökonomische Lage (le salariat) nicht national, sondern international ist; β) sein Klassenfeind international ist; γ) die Bedingungen für seine Befreiung gleichfalls; daß δ) die internationale Einheit der Arbeiter wichtiger ist als die nationale" /34/.

Die Sowjetideologie beschreibt den proletarischen Internationalismus heute als "in seiner Existenz und seiner Entwicklung objektiven Gesetzmäßigkeiten" unterliegend /35/. Sie beruft sich dabei auf die "Ähnlichkeit ... der ökonomischen und politischen Lage des Proletariats verschiedener Länder in der bürgerlichen Gesellschaft, im System der kapitalistischen Produktion" und auf "die Gemeinsamkeit der Bedingungen für die Befreiung der Arbeiterklasse" /36/. Als eine weitere "objektive Gesetzmäßigkeit" wird "das Vorhandensein eines gemeinsamen Klassenfeindes, der den gemeinschaftlichen Kampf notwendig macht", bezeichnet /37/. Hier beruft man sich -wie bereits angedeutet- auf Lenin, der festgestellt hatte:

"Das Kapital ist eine internationale Kraft. Um sie zu besiegen, bedarf es des internationalen Bündnisses der Arbeiter, ihres internationalen brüderlichen Zusammenschlusses.

Wir sind Gegner der nationalen Feindschaft, des nationalen Haders, der nationalen Absonderung. Wir sind Internationalisten" /38/.

Bereits der nächste Satz läßt die wahre Absicht erkennen: "Wir erstreben die engste Vereinigung und völlige Verschmelzung der Arbeiter und Bauern aller Nationen der Welt zu einer einheitlichen Welt-Sowjet-

34) W.I. Lenin, An Ines Armand, geschr. am 20. Nov. 1916, in LW Bd. 35, S. 223

35) P.N. Fedossejew, Der Marxismus im 20. Jahrhundert. Marx, Engels, Lenin und die Gegenwart, Frankfurt/Main 1973, S. 307

36) Ebd. S. 306

37) Ebd. S. 306

38) W.I. Lenin, Brief an die Arbeiter und Bauern der Ukraine, 28.12.1919, in: LW Bd. 30, S. 282 f

republik" /39/. Den Vorbild-Charakter der Sowjetrepublik, bzw. ihre führende Rolle belegt Lenin mit seiner Aufforderung zum Kampf gegen die Kapitalisten mit dem Hinweis, man könne das "Vertrauen der rückständigsten, von den Kapitalisten am meisten betrogenen und unterdrückten werktätigen Massen der benachbarten kleinen Staaten" erlangen, wenn man ihre "Unabhängigkeit" anerkenne. Auf diese Weise könne man "sie am sichersten der künftigen einheitlichen internationalen Sowjetrepublik" entgegenführen /40/.

Ein weiteres Charakteristikum des proletarischen Internationalismus ist schließlich "die Verbundenheit der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder durch ein gemeinsames Ziel, durch das Ziel, den Kapitalismus zu beseitigen und die sozialistische und sodann die kommunistische Ordnung zu errichten" /41/. Damit bedeutet der proletarische Internationalismus auch "eine gemeinsame Ideologie, von der sich die Arbeiterklasse und ihre Avantgarde, die kommunistischen und Arbeiterparteien, in ihrem Kampf leiten lassen; die marxistisch-leninistische Theorie, die dem Proletariat nicht nur ein zuverlässiges Instrument zur wissenschaftlichen Lösung der ihm gestellten Probleme gibt, sondern auch Millionen von Kämpfern gegen die Macht des Kapitals in den verschiedenen Teilen der Erde durch das feste Band der gleichen Ideologie verknüpft" /42/.

Wie sieht die Realität aus? Eine genaue Betrachtung aller Merkmale des proletarischen Internationalismus im sowjetischen Sinne führt zum Begriff der Solidarität, auf die "grundlegende Gemeinsamkeit der Interessen der internationalen Arbeiterklasse" /43/.

39) W.I. Lenin, Brief an die Arbeiter..., a.a.O., S. 283

40) Ebd. S. 284

41) P.N. Fedossejew, a.a.O., S. 307

42) Ebd. S. 307

43) J. Shilin, Probleme der kommunistischen Bewegung in der gegenwärtigen Etappe, Moskau 1972, S. 98

Diese Solidarität fordert von den westlichen kommunistischen Parteien die bedingungslose Unterstützung des sozialistischen Systems und seines Zentrums, wobei Termini der Stalinzeit verwendet werden:

"Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder sind das Bollwerk der Werktätigen der ganzen Welt im Kampf für die Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung. Daher ist die allseitige Unterstützung der sozialistischen Staaten heilige internationale Pflicht der Werktätigen der ganzen Welt, höchste Äußerung des Internationalismus" /44/.

Diese Beschwörung des proletarischen Internationalismus seitens der UdSSR zeigt seine einseitige Funktion, die "nur in einer Richtung wirksam" ist, als Unterstützung der sowjetischen Hegemonie /45/. Deshalb betonte auch Brežnev auf dem XXV. Parteikongress 1976 die Bedeutung des proletarischen Internationalismus: "Das ist einer der entscheidenden Grundsätze des Marxismus-Leninismus. Leider beginnt manch einer ihn so zu interpretieren, daß vom Internationalismus praktisch kaum etwas übrigbleibt. Es finden sich auch Herrschaften, die sogar offen vorschlagen, sich vom Internationalismus loszusagen. Ihrer Ansicht nach sei der von Marx und Lenin begründete und vertretene Internationalismus veraltet. Unseres Erachtens würde aber ein Verzicht auf den proletarischen Internationalismus bedeuten, daß den kommunistischen Parteien und der gesamten Arbeiterbewegung eine mächtige und erprobte Waffe aus der Hand geschlagen wird. Das wäre ein guter Dienst für den Klassengegner, der übrigens seine antikommunistischen Handlungen aktiv auf internationaler Ebene koordiniert. Wir sowjetischen Kommunisten betrachten die Verteidigung des proletarischen Internationalismus als heilige Pflicht jedes Marxisten-

44) J. Franzew, P. Fedossejew, W. Truchanowskij, F. Konstantinow, Der Leninismus und die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung, Moskau 1970, S. 73

45) K. Seliger, Friedliche Koexistenz und proletarischer Internationalismus; in: Osteuropa, 23. Jg. Dezember 1973, S. 932

Leninisten" /46/.

In der Tat kann sich dieses Problem zu einer existenzbedrohenden Krise für das sowjetische System auswirken. So beruhte bereits der Bruch Moskaus mit Jugoslawien 1948 ebenso wie der Moskau-Peking-Konflikt und der fortschreitende Desintegrationsprozeß des internationalen Kommunismus, der die Bildung des Eurokommunismus beschleunigt hat, auf der Diskrepanz nationaler Interessen und Großmachtsinteressen der UdSSR. Das zunehmende **exterritoriale** Engagement der Sowjetunion hat diesen Widerspruch in steigendem Maße offenbar werden lassen, "friedliche Koexistenz" sowjetischer Art gerät mehr und mehr mit dem proletarischen Internationalismus in Konflikt /47/.

Darüber hinaus wirkte sich das historische Handeln der Sowjetunion kaum positiv aus, im Gegenteil, es hat zur Entwicklung des "Polyzentrismus" im Sinne Togliattis beigetragen. Der Vorbild-Charakter des ersten "proletarischen" Staates ging bereits in der Stalin-Ära verloren, heute bedeutet der Verlust des internationalen Führungsanspruchs eine "Legitimationskrise" der sowjetischen Herrschaft in Osteuropa und damit auch eine Gefahr für das Regime selbst /48/. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn der Chefideologe Suslov -unter Berufung auf Marx und Lenin natürlich- den proletarischen Internationalismus als "das Allerheiligste des Marxismus-Leninismus" bezeichnete und dabei feststellte:

"Die Schatzkammer der marxistisch-leninistischen Ideen wird unter den heutigen Bedingungen durch die kommunistische Partei der Sowjetunion, durch ihre Bruderparteien und durch die kollektiven Bemühungen der Marxisten-Leninisten der ganzen Welt bereichert.

46) L. Breshnew, Rechenschaftsbericht..., a.a.O., S. 42

47) K. Seliger, a.a.O., S. 940

48) A.v. Boróke, Suslov und Sagladin über den proletarischen Internationalismus; in: Osteuropa, 26. Jg. November 1976, A 590

Unsere Partei hält die unermüdliche Arbeit an der Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie, die sich mit unversöhnlichem Kampf gegen alle Formen der bürgerlichen Ideologie verbindet, für einen äußerst wichtigen Bestandteil ihrer internationalen Pflicht gegenüber der weltweiten kommunistischen Bewegung"/49/.

In diesem Zusammenhang ist die Reihenfolge der Bereicherung interessant. An erster Stelle steht die KPdSU. Die grundsätzliche und somit allein-gültige Interpretation des proletarischen Internationalismus wird von der Sowjetunion beansprucht. In Verbindung mit dem sozialistischen Internationalismus drängt sich der historische Vergleich zum Prager Frühling auf. Allerdings scheidet jetzt die militärische Gewaltanwendung zur Durchsetzung von Machtansprüchen (vorerst) aus. Nicht der Kapitalismus war es, der zur Desintegration des kommunistischen Systems geführt hat, sondern das Streben der KPdSU nach Aufrechterhaltung der sowjetischen Hegemonie in der Weltbewegung. Die Stagnation in der Entwicklung verstärkte das Anwachsen des Eurokommunismus. Moskau mußte beim "Tauziehen" um eine Konferenz der europäischen Kommunisten den westeuropäischen Autonomisten erhebliche Zugeständnisse machen, um das Konferenzprojekt im Juni 1976 nicht zu gefährden und ein "Mindestmaß an Kontrolle" über den europäischen Kommunismus zurückzugewinnen /50/.

Gewiß ist das Resümee der albanischen Kommunisten bezüglich der sowjetischen Erwartungen übertrieben, als sie feststellten: "Sie zogen nach Wolle aus und

49) M. Suslov, Unsere Epoche - eine Epoche des Triumphes des Marxismus-Leninismus, in: Kommunist 5/1976, S. 16-18; zit. n. Osteuropa, 26.Jg., November 1976, A 593 ff

50) H. Timmermann, Das Tauziehen um eine Konferenz der europäischen Kommunisten, in: Europa-Archiv, 31. Jg., 25.1.1976, S. 35

kamen geschoren heim" /51/. Trotzdem konnten die Autonomisten sich in zentralen Fragen durchsetzen, so in der Interpretation des Internationalismus, in der Frage nach der Bedeutung der Sowjetunion als Vorbild für die revolutionären Kräfte und der Möglichkeit, verschiedene Wege zum Sozialismus zu finden /52/. Die erklärte Absicht Moskaus war es, unter Berufung auf den proletarischen Internationalismus eine Generallinie auszuarbeiten, deren Direktiven von der KPdSU aufgestellt würden, wobei die Sowjetunion als erstes sozialistisches Land vorbildlich "in konzentrierter, verallgemeinerter Form das Wesen und das lebendige Antlitz des reifen Sozialismus" repräsentieren würde /53/.

Das Unbehagen, das für die Autonomisten der proletarische Internationalismus mit sich bringt, beruht auf dessen historisch-politischer Vergewaltigung durch die UdSSR, auf dem Bestreben, die Eigenständigkeit der einzelnen Parteien dem Zentrum Moskau unterzuordnen. Brežnev stellte den Sachverhalt anders dar, als er auf der Konferenz der kommunistischen und Arbeiter-Parteien Ende Juni 1976 feststellte:

"Getreu den großen Ideen des proletarischen Internationalismus hat unsere Partei niemals einen Trennungsstrich zwischen den Geschicken des Sowjetlandes und den Geschicken der anderen Länder Europas und der ganzen Welt gezogen. Die Außenpolitik der UdSSR ... wie auch unsere Innenpolitik ... entspricht nicht nur den ureigensten Interessen des sowjetischen Volkes, sondern ist auch ... unser Beitrag zum gemeinsamen Kampf der Kommunisten der ganzen Welt um eine besse-

51) H. Timmerman, Die Konferenz der europäischen Kommunisten in Ost-Berlin, in: Europa-Archiv, 31. Jg., 10.10.1976, S. 601

52) Ebd. S. 601

53) Ebd. S. 602

re Zukunft der Menschheit"/54/.

Proletarischer Internationalismus bedeutet für die Autonomisten jedoch Solidarität der Arbeiterklasse, nicht Unterwerfung unter eine Ordnungsmacht und deren Ideologie. Im Abschlußdokument mußte dann auch die KPdSU den Passus hinnehmen, daß die Parteien ihre "internationalistische, kameradschaftliche, freiwillige Zusammenarbeit und Solidarität auf der Grundlage der großen Ideen von Marx, Engels und Lenin entwickeln (also nicht auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus, R.L.), bei strenger Wahrung der Gleichberechtigung und souveränen Unabhängigkeit jeder Partei, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Achtung der freien Wahl verschiedener Wege im Kampf um fortschrittliche gesellschaftliche Umgestaltungen und für den Sozialismus" /55/.

Dies müßte für die Sowjetunion ein Abrücken von der Revolutionstheorie Lenins bedeuten und damit auch den Verzicht, ideologisch und politisch die Führung zu beanspruchen. Mit einer Politik der "taktischen Kompromisse" ist Brežnev nun gezwungen, die zukünftige Entwicklung der westeuropäischen kommunistischen Parteien abzuwarten, wobei er jedoch auf der Unterstützung der Generallinie der sowjetischen Außenpolitik beharrt, den Verzicht der grundsätzlichen Kritik am Sowjetsystem erwartet und auch ein bewußtes Eindringen eurokommunistischer Vorstellungen in das osteuropäische kommunistische Lager nicht zu dulden geneigt ist /56/.

Die schwankende Politik Moskaus zwischen unbedingtem Führungsanspruch und Bereitschaft zum Kompromiß spiegelt die Uneinigkeit und Unsicherheit der sowje-

54) Konferenz der kommunistischen Parteien Europas' in Berlin (Ost) am 29.u.30. Juni 1976, Rede Breschnjews, in: Europa-Archiv, 31.Jg., 10.9.1976, D 437

55) Dokument der Konferenz der kommunistischen Parteien Europas (Auszug betr. Kampf um die gesellschaftliche Umgestaltung Europas), in: Europa-Archiv, 31.Jg., 10.9. 1976, D 450

56) H. Timmermann, Die Konferenz ..., a.a.O., S. 605

tischen Führung wider. Während Realisten und Pragmatiker von der Notwendigkeit der Entspannung und Koexistenz ausgehen, die strategisch eine länger dauernde bzw. zeitlich unbestimmte Übergangsphase zum Sozialismus implizieren, trachtet eine Reihe harter Ideologen wie Suslov, Ponomarev und Sarodov danach, jede sich bietende Möglichkeit wie etwa eine Krise des Kapitalismus zur Beschleunigung des revolutionären Weltprozesses zu nutzen. Dabei wird jene Entwicklung, die gerade hätte vermieden werden sollen, besonders akzentuiert: der Verzicht Moskaus auf den bedingungslosen Führungsanspruch, die Verdammung des Maoismus und das Propagieren eines Kommunismusmodells jenseits des sowjetischen /57/.

Die Auseinandersetzung um den proletarischen Internationalismus zwischen West- und Osteuropa hat dazu geführt, daß sich die zwei Fronten zusehends verhärteten. Der autonomistische Standpunkt beharrt auf der "Zusammenarbeit und Solidarität der kommunistischen und Arbeiterparteien und aller demokratischen progressiven Bewegungen zur Verbreiterung der Möglichkeit einer weiteren Festigung des Sozialismus als Weltprozeß" /58/. Diese Zusammenarbeit beruht jedoch auf Prinzipien wie Gleichberechtigung, Selbständigkeit und Verantwortlichkeit jeder Bewegung vor der eigenen Arbeiterklasse und dem eigenen Volk /59/. Die Stärkung des Internationalismus soll auf nationalem Weg erfolgen, da alle Nationen gemeinsam ein internationales Ziel vor Augen haben: die Abschaffung kapitalistischer Verhältnisse.

Der traditionalistische Standpunkt sieht die Lösung aller anstehenden Probleme nach den dogmatischen Vor-

57) A.v. Borzko, n.n.O., A.591

58) M. Marović, Was ist strittig, in: Osteuropa, 26. Jg., November 1976, A600

59) Ebd. A600

stellungen eines Zentrums. Wenn die Realität eines solchen Zentrums auch formell geleugnet wird, so existieren dennoch 'Generallinien', 'führende Parteien', auf Beratungen gefaßte Entschlüsse oder die Anwendung des Prinzips der 'besonderen Beziehungen' zwischen sozialistischen bzw. prosozialistischen Ländern /60/.

Diejenigen, die eine enge und dogmatische Auffassung ablehnen, berufen sich auf die veränderten gesellschaftlichen und historischen Verhältnisse. Sie handeln nach den Worten Titos:

"Es versteht sich, daß verschiedene Bedingungen einzelnen kommunistischen Parteien auch verschiedene Wege im Kampf für den Sozialismus und den Aufbau des Sozialismus auferlegen. Das ist nach unserer Auffassung ein objektiver und gesetzmäßiger Prozeß. Und nachdem Unterschiede in den Bedingungen einzelner Länder bestehen, so sind auch bestimmte Unterschiede in der Haltung der Parteien unvermeidlich. Wir haben immer behauptet und behaupten, daß die Unterschiede nicht verdeckt, sondern auf demokratische Weise überbrückt werden sollen, im Interesse dessen, was wesentlich und gemeinsam ist. Ohne dies kann es weder eine wirkliche Einheit noch Solidarität der Kommunisten geben" /61/.

Die Ostberliner Konferenz der europäischen Kommunisten kann als das Ende eines einheitlichen europäischen Kommunismus betrachtet werden, der bis dahin mehr oder weniger differenziert das Zentrum Moskau anerkannte. Die Aufspaltung hat zu einer sowjetisch geführten osteuropäischen Gruppierung und zum Eurokommunismus westlicher Prägung geführt,

60) M. Marović, a.a.O., A 600

61) Ebd. A 600

wobei Jugoslawien den letztern in manchen zentralen Punkten unterstützt. Gleichzeitig kam es zu einer grundsätzlichen Kritik der Theorie und Praxis des realen Sozialismus, dessen Führung von der Sowjetunion beansprucht wird. Schon vor der Konferenz hatte die PCI verlangt, einen Unterschied zu machen zwischen einem "grundsätzlichen Antikommunismus" des Imperialismus und den "begründeten Vorbehalten, Differenzen und Divergenzen gegenüber einzelnen Aspekten oder auch grundsätzlichen Entscheidungen der sozialistischen Länder" /62/.

Diese Forderung, die auf der Tatsache beruht, daß das Streben nach Autonomie von der KPdSU stets als antikommunistisch und antisowjetisch ausgelegt wird, wurde -sprachlich etwas anders formuliert- in das Schlußdokument aufgenommen, obwohl Suslov einige Zeit vorher eindringlich vor 'regionalen oder nationalen Varianten' des Marxismus gewarnt hatte, was wiederum den Sowjets den Vorwurf der KPF eingebracht hatte, sie hätten bereits mit dem sozialistischen Internationalismus einen 'Internationalismus erster Kategorie und einen Internationalismus zweiter Klasse' geschaffen /63/.

Falls es eine weitere europäische Kommunistenkonferenz geben sollte, wird Moskau dabei nicht mehr die dominierende Rolle spielen. Der "objektive und gesetzmäßige Prozeß" wird entsprechend der Entwicklung der Nationalstaaten seinen eigenen Verlauf nehmen, die ins Auge gefaßte vierte kommunistische Weltkonferenz könnte einen Rückschlag für den Sowjetkommunismus bedeuten. Der proletarische Internationalismus, als sozialistischer Internationalismus zur Generallinie der Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten geworden, "stellt sich de facto als

62) H. Timmermann, Die Konferenz der europäischen Kommunisten, a.a.O., S. 603

63) Ebd. S. 606 f

sozialistischer Nationalismus dar", im Grunde ist er die Umkehrung des "zwischen den westlichen Industrieländern praktizierten Internationalismus kapitalistischer Prägung" /64/.

Die für die Sowjetunion sich mehr und mehr negativ eskalierenden Auseinandersetzungen um den proletarischen Internationalismus haben bereits vor Jahren ihren Anfang genommen. Charakteristisch wirkt sich dabei das Verhalten des dritten Zentrums des Weltkommunismus aus. Die Kommunisten Chinas tendieren zu einer "Einheit in der Vielfalt", mit anderen Worten, für sie gibt es keine Partei der Hegemonie, jede Partei ist gleichberechtigt und versucht nicht, einer anderen ihre Überzeugungen aufzuoktroyieren /65/.

Die europäischen kommunistischen Parteien sehen ein solches Verhalten als beispielgebend an. Dabei ergibt sich natürlich die Frage, ob die Beteuerungen Chinas ehrlich sind oder ob es sich nur um einen taktischen Schachzug handelt, um den mächtigen Nachbarn und Rivalen auszustechen. Für die Eurokommunisten ist es jedenfalls "notwendig, daß diese Vielfalt unserer Bewegung ein für allemal akzeptiert und daß auf jegliche Form von Intrigen verzichtet wird, die ihr entgegenwirken könnten"/66/. Das starre Festhalten des Führungsanspruchs der KPdSU und damit der UdSSR führte zu jenen Vorstellungen von einer künftig wirksamen kommunistischen Weltbewegung, die sich in der Maxime "einer Vereinigung der humanistischen und wissenschaftlichen Erkenntnisse des Marxismus mit den Erkenntnissen der weltweiten Implikationen der wissenschaftlich-technischen Revolution, der Erfahrung der Demokratie der Produzenten (Selbstverwaltung) und der

64) C.D. Kernig, Zur Problematik der Neutralität im Lichte des Ost-West-Konflikts, in: Schweizerisches Ost-Institut (Hrsg.), Koexistenz 1970, Bern 1970, S. 52

65) H. Timmermann, "Neue Einheit im Weltkommunismus?" in: Osteuropa, 22. Jg., Juli 1972, S. 544

66) S. Carillo, Rede auf der Konferenz der kommunistischen Parteien Europas in Ostberlin am 29. Juni 1976, in: Europa-Archiv, 31. Jg., 10.9.1976, D 441

antiimperialistischen Bewegungen" manifestieren /67/. Diese Forderung bedeutet eine Verzögerung der weltrevolutionären Erwartungen sowjetischen Musters und eine Stärkung des proletarischen Internationalismus ursprünglicher Konzeption. Die Intention der neuen kommunistischen Bewegung zielt darauf ab, die kommunistische Weltbewegung vom sowjetischen Modell und nachstalinistischen Tendenzen zu befreien. Auch Regimekritiker in der UdSSR sind davon überzeugt, daß "alle antidemokratischen Aktionen" der KPdSU in den letzten Jahren "den Ruf der UdSSR und der internationalen kommunistischen Bewegungen in ihrer Gesamtheit schwer beeinträchtigt" haben /68/.

Zweifellos hätte die Unterstützung der Sowjetunion durch die Westkommunisten bei Ereignissen wie dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR deren Glaubwürdigkeit und Existenz schwer beeinträchtigt. Deshalb sind sich die Verfechter eines Sozialismus mit menschlichem Gesicht einig, daß nur ein Demokratisierungsprozeß in der UdSSR den revolutionären Weltprozeß beschleunigen kann:

"Die konsequente sozialistische Demokratisierung in der UdSSR wird die Stärkung der Positionen der internationalen kommunistischen Bewegung und der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern mit sich bringen ... die Zusammenarbeit sowohl der kommunistischen Parteien untereinander wie mit den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, besonders mit ihren linken Flügeln, deren Einfluß ständig wächst, erleichtern" /69/.

67) L. Grünwald, a.a.O., S. 532

68) R. Medwedjew, Sowjet-Bürger in Opposition. Plädoyer für eine sozialistische Demokratie, Hamburg u. Düsseldorf 1973, S. 274

69) Ebd. S. 277

3 Die nationalen Befreiungsbewegungen

Stalin schrieb 1924, daß "der Weg zum Sieg der Revolution im Westen" über die "Befreiungsbewegung der Kolonien und der abhängigen Länder" führe, und Bucharin trat dafür ein, das "Selbstbestimmungsrecht für ... Hottentotten, Buschmänner, Neger, Inder und andere" zu unterstützen, weil das Wasser auf unsere Mühlen" sei /70/.

Als jedoch nach dem Ausbleiben der Weltrevolution die sowjetische Führung ihre dringendste Aufgabe in der Etablierung und Konsolidierung ihres nationalen Imperiums sah, mußte die Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes der Kolonialstaaten zurückgestellt werden. Seit Mitte der fünfziger Jahre ist die Sowjetunion bemüht, den dritten "Hauptstrom" des revolutionären Weltprozesses in prosowjetische Bahnen zu lenken, wobei Chruščev das "Bündnis mit diesen Völkern" als "Eckpfeiler der internationalen Politik der KP der Sowjetunion" bezeichnete /71/. Auch das bis 1980 gültige Parteiprogramm stellt dazu fest:

"Die Kommunistische Partei der Sowjetunion betrachtet das brüderliche Bündnis mit den Völkern, die das koloniale und halbkoloniale Joch abgeschüttelt haben, als einen Grundpfeiler ihrer internationalen Politik. Dieses Bündnis beruht auf der Gemeinsamkeit, die zwischen den Lebensinteressen des Weltsozialismus und der weltumspannenden nationalen Befreiungsbewegung besteht. Die KPdSU betrachtet es als ihre internationale Pflicht, die Völker, die den Weg der Erringung

70) Zit. n. Der Spiegel, 30. Jg., Nr. 12 v. 15.3.1976, S. 104

71) B. Meissner, Das Parteiprogramm der KPdSU, a.a. O., S. 178

und Festigung der nationalen Unabhängigkeit gehen, sowie alle Völker, die für die vollständige Beseitigung des Kolonialsystems kämpfen, zu unterstützen" /72/.

Diese sowjetischen Zielsetzungen, basierend auf dem Dogma des Klassenkampfes, der Vernichtung des Kapitalismus und Imperialismus, stehen im Zusammenhang mit konkreten politischen Erwartungen. Im Zeichen des verstärkten ideologischen und politischen Kampfes zwischen West und Ost zeichnet sich die Dritte Welt als weiteres Feld der Auseinandersetzung ab, wobei die "friedliche Koexistenz" für die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen ebenfalls eine Rolle spielt. Das sozialistische Lager ist bemüht, eine internationale Entspannung zu erreichen und militärische Zusammenstöße zu vermeiden; denn der Imperialismus versuche, den "Völkern der Entwicklungsländer mit Waffengewalt seinen Willen aufzuzwingen" /73/. "Friedliche Koexistenz" und Entspannung fördern nach Ansicht der Sowjets auch "Krisenerscheinungen in den aggressiven imperialistischen Militärblocks, die sich gegen die nationalen Befreiungsbewegungen richten" /74/.

Durch ihre Politik will die Sowjetunion einen dominierenden Einfluß auf die Entwicklungsländer gewinnen, deren zentrales Problem in der Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten liegt. Durch tiefgreifende sozialökonomische Umgestaltungen, Bodenreformen und Beseitigung "feudaler und vorfeudaler Verhältnisse" soll die "Allmacht der ausländischen Monopole überwunden" und das "gesellschaftliche und politische Leben sowie der Staatsapparat demokratisiert" werden /75/. Demokratisierung bedeutet nach

72) B. Meissner, Das Parteiprogramm..., a.a.O., S. 178

73) W. Korionow, Die Politik der friedlichen Koexistenz in Aktion, Moskau 1975, S. 102

74) Ebd. S. 102

75) W.N. Jegorow, a.a.O., S. 191

kommunistischem Sprachgebrauch jedoch ein Freisetzen revolutionärer Kräfte mit dem Ziel, den kapitalistischen Entwicklungsweg zu vermeiden und einen sozialistischen, d.h. sowjetischen Weg einzuschlagen. Das sowjetische Taktieren geht von der Überzeugung aus, Risiken müßten unbedingt vermieden werden, allzu schnelle revolutionäre Umwälzungen implizierten die Gefahr einer unüberschaubaren Eskalation. Deshalb besteht die Forderung, auf den Prinzipien der "friedlichen Koexistenz" zunächst zur "Festigung der nationalen Staatlichkeit der befreiten Länder" beizutragen /76/.

Brežnevs Rechenschaftsbericht zum XXV. Parteikongress hat das sowjetische Interesse an den Beziehungen zu den arabischen, afrikanischen und asiatischen Staaten verdeutlicht, wobei die Afrika-Politik vor der Asien-Politik eine gewisse Priorität genießt /77/. Das vorsichtige schrittweise, aber dennoch entschlossene Vorgehen der UdSSR in den Entwicklungsländern zeigt das Beispiel des "Stellvertreterkrieges" in Angola. Mit dem Hinweis auf "unser revolutionäres Gewissen" und "unsere kommunistische Überzeugung" wurde eine interventionistische Politik zu rechtfertigen gesucht, die jede Schwäche des Westens skrupellos ausnutzt und nicht geneigt ist, sich irgendwelche Beschränkungen aufzuerlegen /78/. Eine Assoziation zur Brežnev-Doktrin dereingeschränkter Souveränität der sozialistischen Länder ist die logische Konsequenz, wenn man seine Äußerungen zur "Einstellung der Sowjetunion zu den komplizierten Prozessen in den Entwicklungsländern" heranzieht, und auch die Parallele, das alleinige Zentrum des Weltkommunismus darzustellen, bietet sich an:

"Die Sowjetunion mischt sich in die inneren Angelegen-

76) W. Korionow, a.a.O., S. 102

77) L. Breshnew, Rechenschaftsbericht...a.a.O., S.18 ff

78) Ebd. S. 19

heiten anderer Länder und Völker nicht ein. Die Achtung des geheiligten Rechts jedes Volkes, jedes Landes, seinen Entwicklungsweg zu wählen, ist ein unumstößliches Prinzip der Leninschen Außenpolitik. Aber wir machen aus unseren Ansichten kein Hehl. In den Entwicklungsländern wie überall stehen wir auf Seiten der Kräfte des Fortschritts, der Demokratie und der nationalen Unabhängigkeit und verhalten uns ihnen gegenüber wie zu unseren Freunden und Kampfgenossen.

Unsere Partei unterstützt die um ihre Freiheit ringenden Völker und wird sie auch künftighin unterstützen. Die Sowjetunion sucht hierbei keinerlei Vorteile für sich selbst, jagt keinen Konzessionen nach, erstrebt keine politische Vorherrschaft und trachtet nicht nach Militärstützpunkten. Wir handeln so, wie es unser revolutionäres Gewissen, unsere kommunistische Überzeugung gebieten" /79/.

Die Realität widerspricht solchen Beteuerungen. Das sowjetische Militärhilfe-Programm der letzten Jahre wurde z.B. so projektiert, daß alle Einrichtungen für die "potentiellen eigenen militärischen und maritimen Bedürfnisse" verwendet werden können /80/. Außerdem soll die Flotte als in "klassischer Weise ... verlängerter Arm der Diplomatie" eventuell entstehenden prowestlichen Tendenzen entgegenwirken, aber auch den "wachsenden chinesischen Einfluß in Asien und Afrika eindämmen" /81/. Die Sowjetunion versucht ihr Ziel, den sowjetischen Sozialismus den Entwicklungsländern aufzuzwingen, nicht nur auf der zwischenstaatlichen Ebene zu erreichen, sondern auch auf der gesellschaftlichen. Die Zusammenarbeit mit den herrschenden Staatsparteien und kommunistischen Parteien

79) L. Breschnew, Rechenschaftsbericht...a.a.O., S. 19

80) W. Leonhard, Am Vorabend einer neuen Revolution? a.a.O., S. 279

81) Ebd. S. 279

der Entwicklungsländer soll der KPdSU die dominierende Stellung in der kommunistischen Weltbewegung garantieren, bzw. den wachsenden Einfluß Chinas oder Jugoslawiens zurückdrängen. Die Vielfalt der sowjetischen Einflußnahme ist damit jedoch nicht erschöpft. Prinzipiell besteht die Taktik der Sowjetregierung darin, sowohl auf der zwischenstaatlichen als auch auf der gesellschaftlichen Ebene die blockfreien Länder in ein "Abhängigkeitsverhältnis" zur UdSSR zu zwingen oder zumindest den eigenen Einfluß ständig zu stärken /82/. Länder, die prowestlich eingestellt sind, sollen auf einen neutralen Kurs gebracht werden. Neutralismus nämlich ist eine "Politik der Schwäche", sowohl des neutralen Staates selbst, als auch des "Funktionsgefüges der internationalen Beziehungen" /83/.

Der Moskau-Peking-Konflikt brachte es mit sich, daß die von Moskau vertretene Idee der "Revolution von oben" mit Maos Konzept der "Revolution von innen" kollidierte und für die Entwicklungsländer von Bedeutung wurde /84/. Der Sowjetunion wurde von China die Führung der Weltrevolution abgesprochen. Durch die Bildung einer "neuen Klasse" baue die UdSSR nicht den Sozialismus auf, sondern gleite in eine "neue technokratische Ordnung" ab, weshalb die "wirklichen Kräfte der Revolution" sich nicht dort befänden und auch nicht in den "verwandten Gesellschaften" der Industriestaaten, sondern in den "Bauernländern von Asien, Afrika und Lateinamerika" /85/. China versteht sich heute als führende Kraft der Weltrevolution. Daß es dabei wie die Sowjetuni-

82) W. Leonhard, Am Vorabend einer neuen Revolution? a.a.O., S. 276

83) C.D. Kernig, Zur Problematik der Neutralität im Lichte des Ost-West-Konflikts, a.a.O., S. 52

84) S.R. Schram, Das Mao-System. Die Schriften von Mao Tse-tung - Analyse und Entwicklung, München 1972, S. 102

85) Ebd. S. 102

on in den Widerspruch von ursprünglichem Ziel und nationaler Macht gerät, wird kaum empfunden, da eine vollständige Identifizierung mit der Revolution stattgefunden hat. Der Kampf Maos um die Macht in China wird global als Einkreisung der Städte durch die Dörfer der Welt gesehen, was nach dem Maoismus zur Folge hat, daß die Länder der Dritten Welt "heute zum Zentrum revolutionärer Stürme" geworden sind und die "entscheidende revolutionäre Hauptkraft der Gegenwart" darstellen /86/.

Diese von den Sowjetideologen als "links" bezeichnete Konzeption wird gleichzeitig als "abenteuerlicher Aufruf zur Entfesselung eines Krieges zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten" betrachtet /87/. Er soll den Entwicklungsländern den Übergang zum Sozialismus leichter machen. Eine solche Auffassung wird von sowjetischer Seite als der objektiven Entwicklung widersprechend angesehen, d.h. die dialektische Einheit der Ablösung einer "sozialökonomischen Formation durch eine andere" wird als gewaltsam zerstört empfunden /88/. Der Maoismus dagegen begründet sein Postulat nach dem Kampf des "Weltdorfes" gegen die "Weltstadt" damit, daß die Sowjetunion jeglichen revolutionären Schwung verloren hätte und nicht bereit sei, ihre "Sicherheit aufs Spiel zu setzen", um den vom Imperialismus unterdrückten Völkern beizustehen"/89/. Wenn man diese Auseinandersetzungen auch als theoretisch-ideologisch ansehen muß, so kann ihr tatsächlicher Einfluß auf die Länder der Dritten Welt die

86) W.N. Jegorow, a.a.O., S. 192

87) Ebd. S. 192

88) Ebd. S. 192

89) S.R. Schram, a.a.O., S. 106

Gewichte zugunsten Chinas verschieben.

In der Praxis gewinnen mehr und mehr jene Tendenzen die Oberhand, die auch Auseinandersetzungen in Form konventioneller Kriege in den instabilen Zonen der Entwicklungsländer möglich erscheinen lassen. Da bei Verhandlungen zwischen den Supermächten der "gesamte Komplex der Dritten Welt ausgeklammert" wird und die Einflußsphären a priori nicht so festgelegt sind wie in anderen Teilen der Erde, besteht sowohl für die USA als auch für die UdSSR ein geringeres Risiko, unmittelbar am Lebensnerv getroffen zu werden /90/.

Die sowjetische Führung muß außerdem bestrebt sein, den wachsenden Prestigeverlust auf der Ebene des proletarischen Internationalismus auszugleichen und auch das sozialistische Lager vor einem Auseinanderbrechen zu bewahren; denn von "erstrangiger Bedeutung für die Perspektive des antiimperialistischen Kampfes ist die Festigung des Bündnisses zwischen dem sozialistischen Weltsystem, der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung" /91/. Deshalb wird die Sowjetunion weiter versuchen, von einer innenpolitisch-ideologisch motivierten Position aus ihren Einfluß auf ökonomischem und strategischem Gebiet auszudehnen, wobei neben dem kapitalistischen Rivalen auch China vermehrt ins Kalkül gezogen werden muß.

90) W. Leonhard, Am Vorabend einer neuen Revolution? a.a.O., S. 282

91) Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969, S. 35; zit. n. P.N. Fedossejew (Hrsg.), Der Leninismus und die nationale Frage der Gegenwart, Frankfurt/Main 1974, S. 614 f

VI Abschied von der Weltrevolution ?

Die sowjetischen Publikationen zur "friedlichen Koexistenz" und zum weltrevolutionären Prozeß, sowie die faktische Politik der UdSSR haben in den letzten Jahren eine Irritation hervorgerufen, die nicht nur auf das kapitalistische Lager beschränkt blieb, sondern auch auf orthodoxe Marxisten nachhaltig gewirkt hat. Das Streben der Sowjetunion wird häufig als nicht mehr weltrevolutionär angesehen. Auf westlicher Seite setzt sich damit eine Fehleinschätzung fort, die der Prager Philosoph Ivan Svitak kurz vor der Okkupation der ČSSR so kritisiert hatte:

"Die europäischen Intellektuellen waren schon in den dreißiger Jahren unfähig, den illusionären Charakter ihrer Vorstellungen über die Sowjetunion zu durchschauen und die Realität des Stalinismus ohne Aberglauen und Illusionen zu erfassen" /1/.

Betrachtet man das Sowjetsystem unter Brežnev als neostalinistisch, so könnte man seine Ziele als primär den nationalen Sicherheitsbedürfnissen und der Großmachtpolitik untergeordnet ansehen /2/. Anders ausgedrückt, von einer Klassenkampfpolitik im Weltmaßstab könnte dann nicht mehr die Rede sein. Wenn dem so wäre, dann hätte das kämpferische Engagement gegenüber dem Westen nur noch "rethorischen Charakter", die sowjetische Führung müßte dann lediglich ihre Existenzberechtigung, bzw. die des Systems als "getreuer Sachwalter des revolutionären Erbes legitimieren", die ungeheuren Anstrengungen, die auf allen Gebieten unternommen werden, wären weiter nichts

1) Zit. n. B. Kirsch, Kalter Friede - was nun ? Die Konfliktstrategie der Sowjets, Zürich 1974, S. 19

2) B. Willms, a.a. O., S. 128

als "machiavellistische Vortäuschung"/3/. Die tatsächlichen Unternehmungen der UdSSR auf allen Gebieten sowohl der gesellschaftlichen als auch der zwischenstaatlichen Ebene widersprechen dem. Da der Marxismus-Leninismus von den Sowjetideologen als (Heils-)Lehre verstanden wird, die ständig weiterentwickelt werden muß, und weil Lenin für sich und die Bol'seviki das alleinige Anrecht darauf in Anspruch nahm, ergibt sich als Konsequenz eines solchen Denkens die monopolistische Interpretation für seine Epigonen. Dies mündete in einer staatsbürokratischen Ideologie, die sich genügend Spielraum geschaffen hat, um mit Hilfe der Dogmen des Marxismus-Leninismus, wie etwa der Lehre von der Einheit von Theorie und Praxis als Legitimation politischen Handelns, innen- und außenpolitische Entscheidungen als 'schöpferische Entwicklungen' zu rechtfertigen /4/.

Es wurde dargestellt, welche Bemühungen das Sowjetsystem unternimmt, um seine Pläne zu realisieren. Gewiß haben sich die weltrevolutionären Vorstellungen der ersten Jahre gewandelt, denn die Verwirklichung der Weltrevolution hängt in wachsendem Maße nicht nur von den subjektiven Bedingungen ab, sondern auch von den objektiven Faktoren. Die Nachfolger Lenins haben sich wie dieser selbst an die Historie anpassen müssen, auch wenn sie diese selbst nach ihren Zielsetzungen häufig beeinflussen konnten. Der Entwicklungsgang der Geschichte hat es mit sich gebracht, "an die Stelle einer revolutionär konzipierten Aufruhrpolitik" eine "staatlich zentrierte Einflußpolitik" zu setzen, die freilich nicht auf ein

3) G. Wettig, Das sowjetische Koexistenzkonzept. Grundlage eines friedlichen Verhältnisses zwischen Ost und West?, in: Osteuropa, 24.Jg., März 1974, S.186

4) vgl. N. Lobkowicz, Theorie und Praxis, in: SDG, Bd. 6, S.439

"antikapitalistisch-revolutionäres Selbstverständnis" verzichtet/5/. Sowohl das "klassisch staatliche Instrumentarium" als auch die "ursprünglich revolutionären Mittel der international gesellschaftlichen Steuerung" werden angewendet /6/. Die Koexistenzkonzeption der Verständigung auf der zwischenstaatlichen Ebene und der Krieg der Ideologie und Gesellschaft verdeutlichen dies. Die Strategie der kommunistischen Machtergreifung hat sich seit Lenin und Stalin stets den objektiven Bedingungen angepaßt. Die neue Westpolitik Brežnevs wurde mit der Methode des "Trojanischen Pferdes" verglichen /7/. Danach besteht das Ziel darin, "die gegnerische Einheitsfront an ihrer schwächsten Stelle ... zu durchbrechen, die Kräfte des Gegners aufzusplintern und ihn, wenn möglich, in der kommunistischen Umarmung zu erdrücken. Ihre Mittel sind: Täuschung des Gegners durch sogenannte Friedensoffensiven, Aktionseinheiten und Volksfrontmanöver, kombiniert mit Spionage, Unterwanderung und systematischer Desinformation" /8/. Die sowjetischen Absichten sind häufig nicht mehr als primär weltrevolutionär deklariert, sondern vielmehr dem nationalen Sicherheitsinteresse dienlich. Innerhalb ihres Herrschaftsbereiches haben die Kommunisten verschiedene "Abstufungen von Herrschaftsformen" angewendet, nämlich die "Eingliederung als Unionsrepubliken, die Unterordnung als Verbündete und die hegemoniale Stellung gegenüber Finnland" /9/. Im Rahmen aller sich bietenden Möglichkeiten der Machtergreifung würde ...

5) G. Wettig, Das sowjetische Koexistenzkonzept, a.a.O., S. 186

6) Ebd. S. 186

7) B. Kirsch, a.a.O., S. 15

8) Ebd. S.15

9) K. Mehnert, Die Folgen der Ratifizierung. Welche Ziele verfolgen die Sowjets in Europa? Stuttgart 1972, zit. n. W. Leonhard, Am Vorabend einer neuen Revolution?..., a.a.O., S. 297

wohl eine "Finnlandisierung" Westeuropas zunächst dem sowjetischen Konzept entsprechen /10/. Wenn die Bol'sheviki die Weltrevolution bis heute nur schrittweise verwirklichen konnten, und jetzt ein Drittel der Erdbevölkerung den Kommunismus im weitesten Sinn als seine Möglichkeit der Lebensbewältigung ansehen muß, so ist dies für die Apologeten Lenins Grund genug, beharrlich an der Zielsetzung festzuhalten. Gewiß sieht sich die als "Vorhut der Arbeiterklasse" verstehende KPdSU dabei vor Schwierigkeiten gestellt, die das Fortschreiten des revolutionären Weltprozesses behindern und verlangsamen. So muß die Aufrechterhaltung ihres eigenen Machtmonopols mit der von der Ideologie vorgeschriebenen Entwicklungslinie übereinstimmen, wobei es gleichzeitig auch die industrielle Entwicklung und Hebung des "materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes zu sichern" gilt /11/.

Während in den Augen der sowjetischen Führung diese Probleme lösbar sind und in der Sowjetunion "neue Höhen bei der Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus" erreicht wurden, die vorbildlich für den Weltsozialismus sein sollen, sehen Außenstehende darin gravierende Widersprüche, welche die Entwicklung der Sowjetgesellschaft immer komplizierter werden lassen /12/. Diese Vorgänge, die ohne Zweifel von großer Bedeutung sind, werden von westlicher Seite häufig als Verzicht auf die Durchsetzung der Weltrevolution angesehen. Der Wille dazu steht jedoch absolut fest, auch wenn innere wie äußere Schwierigkeiten einen

10) Vgl. N. Orvik, Sicherheit auf finnisch, Finnland und die Sowjetunion, Stuttgart 1972, S. 202 ff

11) L. Breshnew, Rechenschaftsbericht..., a.a.O., S. 8
Vgl. I. Fetscher, Demokratie zwischen Sozialdemokratie und Sozialismus, Stuttgart 1973, S. 108

12) L. Breshnew, Rechenschaftsbericht..., a.a.O., S. 8
vgl. W. Leonhard, Am Vorabend einer neuen Revolution?..., a.a.O., S. 140

Kurs bedingen, der durch Pragmatismus und außenpolitische Zwänge bestimmt wird. Das System geht von einem "strukturellen Stalinismus" aus, d.h. der als wissenschaftlich richtig erkannten Ideologie des Sozialismus, dessen Charakteristika offenbar werden durch "das Kurzschließen des Gegensatzes von Staat und Gesellschaft in der Institution der Einheitspartei..., durch "die Notwendigkeit der rapide vorangetriebenen wissenschaftlich-technischen Entwicklung, mit den beiden Aspekten der Behauptung nach außen -Schwerindustrie und Rüstungstechnik- und der Entwicklung nach innen...", durch "die Notwendigkeit intensiver staatlicher, durch die Partei gesteuerter Eingriffe und Beschränkungen der Entfaltung der Interessen der einzelnen, woraus das Hochspielen des allgemeinen Fortschritts folgt...", durch "die zentral gesteuerte und scharf kontrollierte Ideologisierung des einzelnen und die Ermöglichung seiner selbstbewußten Geborgenheit in einer geschlossenen -keine Alternative zur Frage stellenden- Gesamtinterpretation von Welt und Wirklichkeit ..." und durch "das Bestehen auf der einzigartigen nationalen Bedeutung der Sowjetunion..." /13/.

Besonders werden die Machthaber des Kreml auf dem Weg zu ihrem Ziel von den historischen Tatsachen bestärkt (der wissenschaftliche Beweis für die Richtigkeit ihrer Weltanschauung!), daß es in weniger als sechs Jahrzehnten gelungen ist, eine neue Gesellschaft aufzubauen, deren "wichtigstes Ergebnis" der "sowjetische Mensch" ist /14/. Daß Marx als Internationalist niemals den "sowjetischen Menschen" als Maß aller Dinge angesehen hätte, fällt dabei für die Sowjetideologen nicht ins Gewicht. Dieser Mensch,

13) B. Willms, a.a.O., S. 138

14) W. Sagladin, Parteitag der Erbauer des Kommunismus, in: Neue Zeit, Moskau, Nr. 9, Februar 1976, S. 4f, auszugsweise in: Osteuropa, 26. Jg., August/September 1976, A 482 f

der "Erbauer des Kommunismus", kommt in den Augen der Sowjetideologen einem Heros gleich:

Er "eroberte die Freiheit und behauptete(sich) in schwersten Schlachten..., er baut einsatz- und opferbereit an der Zukunft..., er ist aus allen Prüfungen geläutert hervorgegangen... und vereinigt in sich eine kolossale Lebensenergie, Kultur, Kenntnisse sowie die Fähigkeit, sie anzuwenden ... ,er ist ein Mensch, der leidenschaftlicher Patriot, aber zugleich konsequenter Internationalist war und bleibt"/15/.

Wem drängt sich hier nicht der Vergleich mit Hitlers Weltanschauung des Übermenschen auf! Was den Internationalismus des Sowjetmenschen anbelangt, so trachtet dieser heute hauptsächlich danach, an den Konsumgütern der westlichen Welt teilzuhaben.

Neben der Ideologie und dem Patriotismus existiert jedoch noch eine dritte Komponente: die sowjetische Machtentfaltung. Da die Sowjetunion bis jetzt weder "ideologisch durch Komintern und Kominform" ihre Überlegenheit beweisen konnte, noch die "wirtschaftspolitischen Visionen" Chruschtschows realisierbar waren, wurde auf das Mittel der "sowjetischen Machtentfaltung" zurückgegriffen, das bereits im 19. Jahrhundert in Verbindung mit dem russischen Nationalismus und Panlawismus Erfolge erzielt hatte /16/. In dem Maß, in welchem die Ideologie Mißerfolge auf der Welt verzeichnen muß, sucht sie diese mit Hilfe militärischer Macht zu kompensieren. Die propagandistische Wirkung auf die Völker der Dritten Welt beweist dies/17/.

Die Schwächung des Westens während der letzten Jahre sowohl in wirtschaftlicher als auch in weltanschaulicher Hinsicht hat in der UdSSR offen die Forderung

15) W. Sagladin, Parteitag der Erbauer des Kommunismus, a.a.O., A.483

16) H. König, Moskau und die kommunistische Weltbewegung - heute, in: Osteuropa, 26.Jg., Dezember 1976, S.1102

17) Ebd. S. 1103

nach gewaltsamer Machtergreifung in den Vordergrund treten lassen, wobei besonders die Überlegung eine Rolle spielt, daß "auf wirtschaftlichem Gebiet ein Gleichziehen mit den westlichen Industriegesellschaften und eine daraus abzuleitende Überlegenheit doch nicht gelingen wird" /18/. So wurde unter Berufung auf Lenin erklärt, daß es auf die 'revolutionäre Mehrheit' und nicht auf die "Mehrheit der Wahlberechtigten ankomme"/19/. 'Revolutionäre Mehrheit' wird dabei als 'politischer und nicht arithmetischer Begriff' erklärt, durch 'keine noch so aktive Wahlkampagne' könne man 'jene zuverlässige, kämpferische, revolutionäre Mehrheit sichern',..., die sich beim Übergang der Arbeiterklasse zu offensiven Aktionen im Kampf um die Macht herausbildet und die notwendig ist, um die Macht zu erobern und zu behaupten'/20/.

Der "marxistische Mythos vom revolutionären Proletariat" wird hier besonders deutlich und letztlich auf die Formel reduziert, "einfach eine extreme politische Krisensituation" auszunutzen /21/. Die Kommunisten haben sich diese Erkenntnis stets zu Nutzen gemacht und sich an ihr Vorbild Lenin gehalten. Die neue Linie, die gesellschaftspolitische Veränderungen leninistischer Prägung stärker hervortreten läßt, hat einen dominierenden Einfluß auf die Außenpolitik der UdSSR genommen. Sie betont das weltrevolutionäre Element besonders und läßt die sog. Entspannungspolitik des "Pragmatikers" Brežnev noch fragwürdiger erscheinen. Die Differenzen Moskaus mit den Eurokommunisten und der Tod Maos haben

18) H. König, Moskau und die kommunistische Weltbewegung - heute, a.a.O., S. 1105

19) B. Meissner, Die Sowjetunion zwischen dem XXIV. und XXV. Parteikongress der KPdSU, in: Osteuropa, 26.Jg., März 1976, S. 220 f

20) Ebd. S.221

21) N. Lobkowicz, Einleitung zu "Die Technik der Macht", a.a.O., S. 53

den kommunistischen Führern neuen Auftrieb gegeben, ihre beherrschende Stellung in der Weltbewegung zu stärken und weiter auszubauen. So wurde nicht nur die Bereitschaft erklärt, "die Beziehungen zu China nach den Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu normalisieren", vielmehr wurde das Angebot erweitert, "für die Herstellung guter Beziehungen zwischen der UdSSR und der VR China..., die Prinzipien des sozialistischen Internationalismus" anzuwenden /22/. Begleitet wurde diese Umschreibung der Brežnev-Doktrin allerdings -wie der sowjetische Journalist Victor Louis schrieb- von der Drohung, in den kommenden Monaten biete sich 'Chinas letzte Chance', die Moskauer Militärs von einer 'irreversiblen Entscheidung' abzuhalten /23/.

Als Fazit ergibt sich: Die Machthaber des Kreml suchen heute das Ziel der kommunistischen Weltoberung mit Hilfe einer durch die Verschmelzung von Marxismus-Leninismus und Sowjetpatriotismus gebildeten imperialistischen Ideologie zu erreichen. Diese Ideologie des Sowjetkommunismus kann auf Grund ihrer Dogmen nur als "Sozialreligion" oder "pseudoreligiöse Utopie" interpretiert werden /24/. Ihre doppelte Klassenmoral, der alle wahrhaft menschlichen Werte verdächtig sind, gipfelt in der Maxime, "daß in unserer Gesellschaft alles sittlich ist, was den Interessen des Aufbaus des Kommunismus dient" /25/.

Es ist schwierig und erscheint manchem gar unmöglich, diesem unlogischen, ja fanatischen Denken etwas entgegenzusetzen. So ist Vorsicht mehr als ratsam bei jeglichen Verhandlungen mit der Sowjetunion

22) Leitlinien Breschnjews für die sowjetische Außenpolitik. Rede vor dem ZK am 25. Oktober 1976, in: Europa-Archiv, 31. Jg., 10. 12. 1976, D 634 f

23) Zit. n. Der Spiegel, Nr. 52, 30. Jg., 20. 12. 1976, S. 78

24) B. Kirsch, a.a.O., S. 22

25) L. Breschnew, Rechenschaftsbericht..., a.a.O., S. 109

und den Ländern des kommunistischen Blocks. Sie ist wesentlich. Verlaß auf die Sicherheit des Lächelns und Versicherungen der Freundschaft haben sich "in der Vergangenheit als großer Fehler mit fast irreparablen Folgen erwiesen" /26/.

Besteht die Hoffnung, wenn auch eine geringe, eine innere Wandlung des Systems zu erwarten, zumal der Anstoß aus der Schar der 250 Millionen Gefangenen der Sowjetunion kommen muß oder ist es irrational, auf einen Anti-Lenin zu hoffen? Die freie Welt ist vor die Alternative der "Kapitulation" oder "Entschlossenheit" gestellt /27/. Entschlossenheit verlangt die Besinnung auf die wahren menschlichen Werte, die es ermöglichen, Widerstand zu leisten und die kommunistische Vorherrschaft zu verhindern. Dann besteht eine Chance, die dem Kommunismus eigene unmenschliche Organisation menschlichen Lebens ad absurdum zu führen.

26) A. Berzins, The two faces of co-existence, New York 1967, S. 229

27) W. Leonhard, Am Vorabend einer neuen Revolution..., a.a.O., S.295

Bibliographie

- Ahlberg, R., Weltrevolution durch Koexistenz, Berlin 1962
- Allard, S., Diplomat in Wien. Erlebnisse, Begegnungen und Gedanken um den österreichischen Staatsvertrag, Köln 1965
- Amalrik, A., Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben? Zürich 1970
- Bahr, H.E., Weltfrieden und Revolution in politischer und theologischer Perspektive, Frankfurt/Main 1970
- Baron, S.H., Plechanow, London 1963
- Berzins, A., The two faces of co-existence, New York 1967
- Borcke, A.v., Suslow und Sagladin über den proletarischen Internationalismus; in: Osteuropa, 26. Jg. November 1976, A 590
- Breshnew, L., Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik, 24. Februar 1976; in: Sozialismus. Theorie und Praxis, Nr.3/1976, Moskau 1976
- Breshnjew, L., Rede vor dem Zentralkomitee am 25. Oktober 1976; in: Europaarchiv 31.Jg., 10.12.1976, D 639
- Breshnjew, L., Rede auf der Konferenz der kommunistischen Parteien Europas in Berlin (Ost) am 29. und 30. Juni 1976; in: Europaarchiv, 31. Jg., 10.9. 1976, D 437
- Bress, L.G., Kommunismus bei Karl Marx; Stuttgart 1972
- Brinton, C., Die Revolution und ihre Gesetze, Frankfurt/Main 1959
- Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.), Sowjetunion 1974/75. Innenpolitik.Wirtschaft.Außenpolitik.Analyse und Bilanz, München, Wien 1975
- Carillo, S., Rede auf der Konferenz der kommunistischen Parteien Europas in Berlin (Ost) am 29. und 30. Juni 1976; in: Europaarchiv, 31.Jg., 10.9.1976, D 441
- Chruschtschow, N.S., Für dauerhaften Frieden und friedliche Koexistenz, Berlin (Ost) 1959

Chruschtschow, N.S., Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XX. Parteitag, Berlin (Ost) 1956

Deutscher, I., Der unbewaffnete Prophet, Stuttgart 1961

Dokumente der Konferenz der kommunistischen Parteien Europas (Auszug betreffend Kampf um die gesellschaftliche Umgestaltung Europas); in: Europaarchiv 31. Jg., 10.9.1976, D 450

Fedossejew, P.N., Der Marxismus im 20. Jahrhundert. Marx, Engels, Lenin und die Gegenwart, Frankfurt/Main 1973

Fetscher, I., Modelle der Friedenssicherung, München 1973/2

Fetscher, I., Von Marx zur Sowjetideologie. Darstellung, Kritik und Dokumentation des sowjetischen, jugoslawischen und chinesischen Marxismus, Frankfurt/Main 1972

Fleischer, H., Marx und Engels. Die philosophischen Grundlagen ihres Denkens, München 1970

Franzew, J., Fedossejew, P., Truchanowskij, W., Konstantinow, F., Der Leninismus und die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung, Moskau 1970

Geyer, D., Kommunistische Internationale; in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. 3, Freiburg i. Br., Basel, Wien 1966 - 1972

Gromyko, A.A., Die friedliche Koexistenz - der Leninische Kurs der Außenpolitik der Sowjetunion, Berlin (Ost) 1964

Grünwald, L., Der Mythos "Weltsystem" und "Weltbewegung"; in: Osteuropa, 22. Jg., Juli 1972

Grundlagen der marxistisch-leninistischen Philosophie, Frankfurt/Main 1974/3

Gumpel, W., Der RGW als Instrument sowjetischer Hegemonie; in: Osteuropa, 26. Jg., November 1976

Hollander, P., Krise; in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. 3, Freiburg i. Br., Basel, Wien 1966 - 1972

Hommel, J., Koexistenz - philosophisch beleuchtet, Bonn 1958

Horowitz, D., Imperialismus und Revolution. Zur Theorie des internationalen Klassenkampfes, Berlin 1970

Horowitz, D., Kalter Krieg, 2 Bde., Berlin 1969

Hyppolite, J., Hegel; in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. 2, Freiburg i. Br., Basel, Wien 1966 - 1972

Jaroslawski, J., Theorie der sozialistischen Revolution. Von Marx bis Lenin, Hamburg 1973

Jegorow, W.N., Friedliche Koexistenz und revolutionärer Prozeß, Berlin (Ost) 1972

Kanet, R.E., und Bahry, D.L., Mitwirkung, Einfluß und Anpassung in der KPdSU; in: Osteuropa, 26. Jg., Januar 1976

Kernig, C.D., Zur Problematik der Neutralität im Lichte des Ost-West-Konflikts; in: Koexistenz 1970, Schweizerisches Ost-Institut (Hrsg.), Bern 1970

Kirsch, B., Kalter Friede - was nun? Die Konfliktstrategie der Sowjets, Zürich 1974

König, H., Moskau und die kommunistische Weltbewegung - heute; in: Osteuropa, 26. Jg., Dezember 1976

König, H., Sowjetideologie heute - eine Bilanz; in: Osteuropa, 23. Jg., Dezember 1973

Kolakowski, L., Marxismus - Utopie und Anti-Utopie, Stuttgart u.a. 1974

Kool, F., und Oberländer, E., (Hrsg.), Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, Olten/Freiburg 1967

Korionow, W., Die Politik der friedlichen Koexistenz in Aktion, Moskau 1975

Krause, H., Marx und Engels und das zeitgenössische Rußland, Gießen 1958

Krupskaja, N.K., Erinnerungen an Lenin, Wien-Berlin 1929

Lades, H., Kalter Krieg; in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. 3, Freiburg i. Br., Basel, Wien 1966-1972

Laloy, J., Koexistenz; in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. 3, Freiburg i. Br., Basel, Wien 1966 - 1972

Leonhard, W., Am Vorabend einer neuen Revolution? Die Zukunft des Sowjetkommunismus, München u.a. 1975

Leonhard, W., Die Dreispaltung des Marxismus. Ursprung und Entwicklung des Sowjetmarxismus, Maoismus und Reformkommunismus, Düsseldorf und Wien 1975/2

Lewytzkyj, B., Sowjetische Entspannungspolitik heute, Stuttgart 1976

Lobkowicz, N., Einleitung zu: Die Technik der Macht. Dokumente der Weltrevolution. Bd. 5, hrsg. v. H. Dahm und F. Kool, Olten u. Freiburg i. Br. 1974

Lobkowicz, N., Entfremdung; in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. 2, Freiburg i. Br., Basel, Wien 1966 - 1972

Lobkowicz, N., Theorie und Praxis; in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. 6, Freiburg i. Br., Basel, Wien 1966 - 1972

Löwenthal, R., Der romantische Rückfall. Wege und Irrwege einer rückwärts gewendeten Revolution, Stuttgart u.a. 1970

Löwenthal, R. (Hrsg.), Die Sowjetunion als Weltmacht, Berlin 1976

Marović, M., Was ist strittig? in: Osteuropa, 26. Jg., November 1976, A 600

Marx, K., u. Engels, F., Werke. Nach der zweiten russischen Ausgabe besorgt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Berlin 1962 ff

Medwedjew, R., Sowjet-Bürger in Opposition. Plädoyer für eine sozialistische Demokratie, Hamburg und Düsseldorf 1973

Mehnert, K., Die Folgen der Ratifizierung. Welche Ziele verfolgen die Sowjets in Europa? Stuttgart 1972

Mehnert, K., Ideologischer Krieg trotz Koexistenz sagt Moskau; in: Osteuropa, 23. Jg., Januar 1973

Mehnert, K., Moskau 1976 (I). Beobachtungen und Gespräche; in: Osteuropa, 26. Jg., Oktober 1976

Meissner, B., Das Parteiprogramm der KPdSU 1903 bis 1961, Köln 1962

Meissner, B., Die Ergebnisse des XXV. Parteikongresses der Kommunistischen Partei der Sowjetunion; in: Europaarchiv, 31. Jg., Mai 1976

Meissner, B., Die KPdSU zwischen Stabilität und Stagnation; in: Osteuropa, 26. Jg., August/September 1976

Meissner, B., Die Sowjetunion zwischen dem XXIV. und XXV. Parteikongress der KPdSU; in: Osteuropa, 26. Jg., Januar 1976

Micheev, V., Besonderheiten des ideologischen Kampfes unter neuen Bedingungen; in: Osteuropa, 24. Jg., März 1974, A 132

Molnar, M., Internationalismus; in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. 3, Freiburg i. Br., Basel, Wien 1966 - 1972

Morozow, M., Leonid Breschnew. Biographie, Stuttgart u.a. 1973

Oberndörfer, D., / Jäger, W., Marx - Lenin - Mao. Revolution und neue Gesellschaft, Stuttgart u.a. 1974

Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Berlin (Ost) 1952

Orvik, N., Sicherheit auf finnisch. Finnland und die Sowjetunion, Stuttgart 1972

Plamenatz, J., Ideologie, München 1972

Rees, J.C., Lenin und der Marxismus; in: L. Schapiro (Hrsg.), Lenin, Stuttgart u.a. 1969

Révész, L., Export der Revolution, Bern 1971

Révész, L., Kommentar zum Statut der KPdSU, Bern 1973

Rubel, M., Marx; in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd.4, Freiburg i. Br., Basel, Wien 1966 - 1972

Rubel, M., Marx-Chronik. Daten zu Leben und Werk, München 1968/2

Rubel, M. (Hrsg.), Marx/Engels: Die russische Kommune. Kritik eines Mythos, München 1972

Sagladin, W., Die kommunistische Weltbewegung. Abriß der Strategie und Taktik, Frankfurt/Main 1973

Sagladin, W., Arbeiterklasse - führende Kraft im revolutionären Weltprozeß, Berlin (Ost) 1974

Sagladin, W., Parteitag der Erbauer des Kommunismus; in: Neue Zeit, Nr. 9, Februar 1976, Moskau; auszugsweise in: Osteuropa, 26. Jg., August/September 1976

Sankowoj, W.I., Krieg und Koexistenz in sowjetischer Sicht, Pfullingen 1969

Sarodow, K.I., Der Leninismus - die Wissenschaft der Revolution, Prag 1974

Sarodow, K.I. u.a. (Hrsg.), Der Leninismus und der revolutionäre Prozeß. Internationale theoretische Konferenz zur Vorbereitung des 100. Geburtstages W.I. Lenins, Prag 1970

Schapiro, L.R., Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Frankfurt/Main 1962

Schieder, T., Revolution; in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. 5, Freiburg i. Br., Basel, Wien 1966-1972

Schmiederer, U., Zur sowjetischen Theorie der friedlichen Koexistenz, Frankfurt/Main 1968

Schram, S.R., Das Mao-System. Die Schriften von Mao Tse-tung - Analyse und Entwicklung, München 1972

Schulz, E., Moskau und die Integration Westeuropas; in: R. Löwenthal (Hrsg.), Die Sowjetunion als Weltmacht, Berlin 1976

Seliger, K., Friedliche Koexistenz und proletarischer Internationalismus; in: Osteuropa, 23. Jg., Dezember 1973

Sharp, S.L., Sowjetisch-amerikanische Beziehungen in den Siebziger Jahren; in: R. Löwenthal (Hrsg.), Die Sowjetunion als Weltmacht, Berlin 1976

Shilin, J., Probleme der kommunistischen Bewegung in der gegenwärtigen Etappe, Moskau 1972

Shub, D., Lenin, Wiesbaden 1957

Shulman, M.D., Sowjetische Vorschläge für eine europäische Sicherheitskonferenz (1966 - 1969); in: H. Volle und W. Wagner (Hrsg.), KSZE. Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Beiträge und Dokumente aus dem Europa-Archiv, Bonn 1976

Singer, L., Sowjetimperialismus, Stuttgart 1970

Smirnov, G., Der sozialistische Humanismus; in: Pravda, 16.12.1968

Stalin, J.W., Werke, Berlin 1950 ff

Stökl, G., Russische Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 1973/3

Suslow, M. u.a., Leninismus und die Gegenwart. Zur Philosophie, Ökonomie, zum revolutionären Weltprozeß, Frankfurt/Main 1973

Suslov, M., Unsere Epoche - eine Epoche des Triumphes des Marxismus-Leninismus; in: Osteuropa, 26. Jg., November 1976

Swoboda, H. (Hrsg.), Die Pariser Kommune 1871, München 1971

Timmermann, H., Das Tauziehen um eine Konferenz der europäischen Kommunisten; in: Europaarchiv, 31. Jg., 25.1.1976

Timmermann, H., Die Konferenz der europäischen Kommunisten in Ost-Berlin; in: Europaarchiv, 31. Jg., 10.10.1976

Trotzki, L., Ergebnisse und Perspektiven. Die permanente Revolution, Frankfurt/Main 1971

Tucker, R.C., Karl Marx. Die Entwicklung seines Denkens von der Philosophie zum Mythos, München 1963

Ulam, A.B., Die Bolschewiki. Vorgeschichte und Verlauf der kommunistischen Revolution in Rußland, Köln, Berlin 1967

Utschin, S.V., Geschichte der politischen Ideen in Rußland, Stuttgart u.a. 1966

Vranicki, P., Geschichte des Marxismus, 2 Bde., Frankfurt/Main 1972

Wagenlehner, G., Staat oder Kommunismus. Lenins Entscheidung gegen die kommunistische Gesellschaft, Stuttgart 1971/2

Wagner, R. (Hrsg.), Deklarationen der Moskauer Beratungen 1957 und 1960. Dokumente der Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Dortmund o.J.

Weber, G. u. H., Lenin-Chronik. Daten zu Leben und Werk, München 1974

Weiss, A.v., Historischer Materialismus; in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. 2, Freiburg i. Br., Basel, Wien 1966 - 1972

Wetter, G., Die sowjetische Konzeption der Koexistenz, Bonn 1959

Wettig, G., Das sowjetische Koexistenz-Konzept; in: Osteuropa, 24.Jg., März 1974

Wettig, G., Freiere Begegnungen und Dialoge zwischen Ost und West; in: Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B. 11/75 v. 15. März 1975, Bonn 1975

Wildman, A.K., Lenin; in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. 4, Freiburg i. Br., Basel, Wien 1966 - 1972

Willetts, H.T., Die russische Agrarfrage nach der Bauernreform; in: D. Geyer (Hrsg.), Wirtschaft und Gesellschaft im vorrevolutionären Rußland, Köln 1975

Willms, B., Entspannung und friedliche Koexistenz, München 1974

Woslenskij, M.S., Friedliche Koexistenz aus sowjetischer Sicht; in: Osteuropa, 23. Jg., November 1973

Lebenslauf

Roman Vinzenz Lutzmann, geboren am 22. Januar 1942 in Lauingen an der Donau, dem Nachbarort seiner Heimatstadt Gundelfingen, besuchte von 1955 - 1962 das Deutsche Gymnasium seiner Geburtsstadt. Nach einem Studium generale an der Ludwig-Maximilians-Universität München, das mit der 1. Lehramtsprüfung abgeschlossen wurde, war er in Unterfranken und Schwaben als Lehrer tätig. 1970 - 1977 studierte er in München Politische Wissenschaften, Neuere Geschichte und Osteuropäische Geschichte. Vorlesungen und Seminare der Politischen Theorie und Systeme, sowie im Fach Internationale Politik wurden vor allem bei A. Baruzzi, H. Rausch, V. Firoschkow, H. Maier, P. C. Mayer-Tasch und K. Ritter gehört und besucht. Während Seminare der Neueren Geschichte bei K. Bosl absolviert wurden, waren die Hochschullehrer in Geschichte Osteuropas und Südosteuropas P. Bartl und H. Glassl. Anfang des Jahres 1975 begann die Vorbereitung der Dissertation bei N. Lobkowitz, die im Juni 1977 abgeschlossen wurde.

